PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Anhörung der Pazifikstaaten vor dem Internationalen Gerichtshof

Vom 2. bis zum 13. Dezember 2024 fanden vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag die Anhörungen von Staaten statt, die massiv von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Bei den sogenannten „Public hearings on the request for an advisory opinion on the Obligations of States in respect of Climate Change“ sprachen u.a. Vertretende aus Vanuatu, Samoa, Australien, den Philippinen, Fidschi, den Cook-Inseln, den Marshall-Inseln, den Salomonen, Kiribati, Papua-Neuguinea, Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Palau, Samoa, Tonga und Tuvalu. Dazu kamen Vertretende einiger nicht-staatlicher und staatlicher Bündnisse und Organisationen aus dem Pazifik, wie etwa die *Pacific Forum Fisheries Agency*.

98 Staaten und zwölf internationale Organisationen wurden von den 15 IGH-Richter*innen während der zwei Wochen angehört. Diese Anhörungen können aktuell noch auf der Homepage des IGH nachgehört und angeschaut werden.

Samoa forderte bei der Anhörung die „sofortige Beendigung des Fehlverhaltens“ und betonte den wachsenden globalen Konsens über die Verantwortlichkeit für das Klima. Für Samoa sprach Generalstaatsanwältin Su'a Hellene Wallwork. Sie sagte: „Reparationen sind zwar wichtig, aber sie werden unser Überleben nicht sichern. Selbst wenn die Staaten Entschädigungen für ihr Fehlverhalten zahlen, können wir einfach

nicht so weitermachen, dass weiterhin Unrecht begangen und Treibhausgase ausgestoßen werden“.

Die Generalstaatsanwältin von **Tonga**, Linda Simiki Folaumoetu'i, rief die Staaten dazu auf, „gemeinsam transformative und kooperative Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel zum Nutzen der heutigen und der künftigen Generationen abzuschwächen.“

Der stellvertretende Generalstaatsanwalt der **Marshall-Inseln**, Johnathen Kawakami, UN-Botschafter John Silk und die Klimabeauftragte der Marshall-Inseln, Kathy Jetnil-Kijiner, sagten ebenfalls vor dem IGH aus. Botschafter Silk hielt sogar die Eröffnungsrede. Er unterstrich die Bedeutung des Klimawandels als beispiellose Bedrohung für die Menschenrechte des marshallischen Volkes.

Kathy Jetnil-Kijiner wies auf die verheerenden und unmittelbaren Auswirkungen des Klimawandels auf die Bevölkerung der Marshall-Inseln hin, einschließlich der Folgen des steigenden Meeresspiegels, sowie auf die weiterreichenden Konsequenzen für andere gefährdete Gemeinschaften.

Johnathen Kawakami betonte die völkerrechtliche Verpflichtung der Staaten, Umweltschäden zu verhindern, die Menschenrechte zu wahren und die Auswirkungen des Klimawandels zu bekämpfen.

Info: Der Internationale Gerichtshof (*International Court of Justice*) ist das wichtigste Rechtsprechende Organ der Vereinten Nationen (UN). Er wurde 1945 gegründet und hat seinen Sitz in Den Haag (Niederlande). Der Gerichtshof hat die Aufgabe, internationale Streitigkeiten zwischen

Staaten zu entscheiden und rechtliche Gutachten zu erstellen, die von der Generalversammlung oder dem Sicherheitsrat der UN sowie von anderen internationalen Organisationen angefordert werden.

Der IGH beschäftigt sich u.a. mit Grenzstreitigkeiten, der Verletzung internationaler Verträge oder Menschenrechtsverletzungen. Die Urteile des Gerichts sind bindend für die beteiligten Staaten, auch wenn es keine direkte Möglichkeit zur Durchsetzung der Urteile gibt. Staaten, die den Gerichtshof anrufen, müssen dessen Zuständigkeit anerkennen, aber sie können auch im Voraus festlegen, dass sie sich nicht an bestimmte Arten von Fällen binden wollen.

Das IGH-Verfahren – das von Vanuatu angemeldet und organisiert wurde – und das anschließende Gutachten sollen die Verantwortlichkeiten der Staaten bei der Bekämpfung der Klimakrise klären, insbesondere in Bezug auf kleine Inselentwicklungsstaaten, die von den Auswirkungen des Klimawandels unverhältnismäßig stark betroffen sind. (<https://icj-cij.org/home>, Samoa Observer 16.12.24, Matangi Tonga 18.12.24, Marshall Islands Journal 12.12.24)

Startschuss für Pacific Policing Initiative

In Brisbane (Australien) fiel Mitte Dezember der Startschuss für die „Pacific Policing Initiative“. Bei dieser Initiative geht es darum, Polizeikräfte im gesamten Pazifikraum aus- und fortzubilden. Australien unterstützt das Programm mit 400 Millionen AUS-Dollar und dem Fachwissen der australischen Bundespolizei.

Dazu wurden jetzt in Brisbane im Bundesstaat Queensland hochmoderne Unterkunfts- und Ausbildungszentren eingeweiht. Zahlreiche hochrangige Polizeibeamte und Minister nahmen gemeinsam mit Generalstaatsanwalt Mark Dreyfus und Kommissar Reece Kershaw (*Australien Federal Police*) an der Zeremonie in Brisbane teil.

Die Polizeichefs der pazifischen Polizeikräfte gaben bekannt, sie wollten ihre Einsatzkräfte fortan zur Aus- und Fortbildung nach Brisbane entsenden. Je besser die einheimische Polizei ausgebildet sei, desto eher könne man im Katastrophenfall auf einheimisches Knowhow bauen und auf die Unterstützung von außerhalb verzichten, hieß es.

Der Polizeipräsident von Papua-Neuguinea, David Manning, sagte bei der offiziellen Eröffnung des Schulungszentrums, dass die Einrichtungen in Brisbane nicht nur Ausbildungszwecken dienen sollen, sondern auch als Hauptquartier der *Pacific Police Support Group* genutzt werden sollen. Das ist eine multinationale Gruppe von Polizisten, die kurzfristig im Pazifikraum eingesetzt werden kann.

Info: Zukünftig soll auch in der Polizeiakademie von Samoa in Tafa'igata ein Kompetenzzentrum für die Ausbildung von Polizeikräften gebaut werden. Dieses soll sich auf die forensische Ausbildung spezialisieren. Auch für Papua-Neuguinea und Fidschi sind Ausbildungszentren in Planung. (*ABC News.au 10.12.24, <https://www.picp.co.nz/post/pacific-policing-initiative>*)

Pazifik-Polizei ergreift Maßnahmen zur Beseitigung von Cyber-Bedrohungen

Die australische Bundespolizei hat mehrere Schulungen zum Thema Cyber-Sicherheit für pazifische Polizeikräfte finanziell unterstützt, u.a. auf der Insel Niue, wo „*Cyber Safety Pacifica*“ eine Schulung zur Sensibilisierung und Aufklärung in Sachen Cyber-Sicherheit angeboten hatte.

Die Teilnehmenden erfuhren bei dieser Schulung, dass die Mitarbeitenden von Behörden und Einrichtungen an ihren Computern die erste Verteidigungslinie darstellen und eine potenzielle Schwachstelle im Rahmen der Cyber-Sicherheit sein können, wenn sie z.B. E-Mails unbekannter Sender und darin enthaltene Links öffnen.

Ein Polizeiexperte aus dem Pazifik erklärte, dass die Rolle der Regierungen und Organisationen beim Schutz ihrer Vermögenswerte angesichts der immer raffinierteren Cyber-Bedrohungen noch nie so wichtig gewesen sei wie heute. Weiter sagte er, dass die Zusammenarbeit zwischen den Polizeikräften verschiedener pazifischer Inselstaaten einen besseren Austausch von Wissen und Erfahrungen ermögliche, was zur Verhinderung und Aufklärung von Cyber-Kriminalität in Ozeanien beitragen könne.

Info: Die Initiative *Cyber Safety Pasifika* (CSP) konzentriert sich auf drei Schlüsselbereiche: Sensibilisierung und Aufklärung über Cyber-Sicherheit, Gesetzgebung und Politikentwicklung im Bereich der Cyber-Kriminalität sowie Fortbildung der pazifischen Polizei bei der Untersuchung von Cyber-Kriminalität.

(<https://pmn.co.nz/read/law-and-order/pacific-police-taking-decisive-action-to-eliminate-cyber-threats>)

Junge Führungskräfte diskutieren Meeresschutz

Vom 24. bis zum 28. März findet der „*Tiaki Moana Gipfel*“ im Bezirk Pōrīnetia Farāni (Inseln Tahiti, Mo'orea und Ra'iatea) statt. Dazu werden 44 junge pazifische Führungskräfte erwartet. Diese sogenannten „*Young Pacific Leaders*“ (YPL) wurden aufgrund ihrer führenden Rolle im Meeresschutz ausgewählt. Sie vertreten 23 Pazifikstaaten.

Beim Gipfeltreffen wollen sie die Verbesserung der Bemühungen zum Meeresschutz und die Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der Meeresgesundheit diskutieren und mögliche Lösungen erarbeiten.

„*Sie werden die Möglichkeit haben, das Potenzial für andere wirksame Erhaltungsmaßnahmen zu erkunden und dabei indigenes Wissen und interdisziplinäre Wissenschaft einzubeziehen*“, sagte Mara Hosoda Su'a, die regionale Expertin der USA für den pazifischen Raum. Das Programm umfasst die Zusammenarbeit mit pazifischen, internationalen und US-amerikanischen Expert*innen für Meeresschutz.

Info: Die *YPL-Initiative* gibt es bereits seit 2013. Sie fördert die Entwicklung von Führungskräften, regionale Partnerschaften und die Beziehungen zwischen den USA und dem Pazifik. Die Teilnehmer*innen sind im Durchschnitt 28 Jahre alt und Fachleute oder Studierende in meeresbezogenen Fächern. Das Nachwuchskräfte-Programm befähigt sie, sich mit kritischen Themen wie Klima-

wandel, Überfischung und Tiefseebergbau auseinandersetzen. (<https://pmn.co.nz/10.10.25>)

Neues Visa-System

Die Salomonen, Australien und Papua-Neuguinea arbeiten derzeit an einem neuem Visasystem. Einwanderungsbeamte der Salomonen, Australiens und Papua-Neuguineas waren dazu Anfang Februar in Honiara, um die nächste Phase des neuen Grenzverwaltungssystems (*Border Management System, BMS*) der Salomonen voranzutreiben. Das BMS wurde vom stellvertretenden australischen Premierminister, Richard Marles, bei seinem Besuch in Honiara im Mai 2024 angekündigt.

Die Teams von den Salomonen, Australien und PNG kamen jetzt zusammen, um die Entwicklung und Schulung eines neuen Visasystems zu unterstützen, das im Rahmen des BMS-Projekts eingeführt werden soll.

Zusätzlich zu den Arbeiten am neuen Visasystem schulten Vertretende von PNG und Australien Beamte der Einwanderungsabteilung der Salomonen zu wichtigen Themen, die für die Umsetzung des neuen BMS relevant sind, einschließlich der Einführung neuer Grenzverwaltungsstrategien und -verfahren sowie Kriterien für die Visabearbeitung.

„Australien ist stolz darauf, der wichtigste Partner für die Grenzsicherung auf den Salomonen zu sein und mit PNG bei der Umsetzung dieses wichtigen Projekts zusammenzuarbeiten“, sagte Hochkommissar Rod Hilton, der Botschafter Australiens auf den Salomonen. (*Solomon Star 05.02.25*)

Anteil der Bevölkerung unter 14 Jahren

Nach Angaben des „*Pacific Data Hub*“, einer pazifischen Auskunftsdatenbank, wird Nauru im Jahr 2030 die größte Prozentzahl von Kindern und Jugendlichen unter 14 Jahren aufweisen, nämlich 37 % an der Gesamtbevölkerung. Gleich darauf folgt mit 36 % Papua-Neuguinea. Mit 35 % liegt Samoa auf Rang 3 beim Anteil von Kindern an der Gesamtbevölkerung.

Die *Pacific Community*, die diese Daten erhoben und ausgewertet hat, betonte, wie wichtig es bereits heute sei, in das Wohlergehen und die Entwicklung junger Menschen zu investieren. Die prognostizierte demografische Entwicklung führe zu einem großen Bedarf an guter Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialen Diensten, die speziell auf die Bedürfnisse von Kindern zugeschnitten seien, hieß es weiter.

(<https://pacificdata.org/>,
<https://www.spc.int/20.11.24>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Gesetz zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet

Premierminister James Marape hat sich bei den Abgeordneten aller Parteien im neuguineischen Nationalparlament für die einstimmige Annahme des Gesetzes gegen Terrorismusbekämpfung (*Counter Terrorism Bill 2024*) bedankt. Bereits am 29. November letzten Jahres wurde das Gesetz

mit 84:0 Stimmen angenommen. Marape bezeichnete das Gesetz als „Meilenstein“ und erklärte, es ziele darauf ab, Gesetzesverstöße zu verhindern. Das neue Gesetz decke viele Facetten des Terrorismus ab, einschließlich moderner Verbrechen wie Geldwäsche sowie die ‚traditionellen‘ Stammeskämpfe und ihre modernen, von Waffen dominierten Versionen im Hochland von Papua-Neuguinea.

Der Premierminister erklärte, dass das Gesetz zur Terrorismusbekämpfung dem Polizeipräsidenten keine uneingeschränkten Befugnisse einräume, sondern im Zusammenhang mit anderen Gesetzen und dem Strafgesetzbuch gelesen werden müsse. Er fügte hinzu, dass die vom Polizeipräsidenten eingerichtete Anti-Terrorismus-Task-Force von dem Gesetz profitieren wird.

„Bei dieser Task Force handelt es sich um eine spezielle schnelle Eingreiftruppe zur Terrorismusbekämpfung, die in unübersichtlichen und gefährlichen Situationen einsatzbereit sein wird“, erläuterte der Premier. Etwa 200 Polizisten würden dafür mobilisiert, und zwar in Gebieten, in denen Schusswaffen, Stammeskämpfe, Unruhen und Gewalt gegen Frauen und Mädchen im Zusammenhang mit Zauberei und Hexerei weit verbreitet sind. (*PNG Post-Courier 29.11.24*)

Bericht warnt vor drohender Stromkrise

Papua-Neuguinea (PNG) steht am Rande einer schweren Energiekrise, die durch begrenzten Zugang, uneinheitliche Stromverfügbarkeit, unbezahlbare Preise und eine unzureichende Beteiligung des Privatsektors verursacht

wird, wie eine aktuelle Studie zeigt.

Die Ergebnisse der Studie, die im Diskussionspapier 215 des *National Research Institute* (NRI) mit dem Titel *„Review of Electricity Reform Experiences in Small Island Developing States - Lessons for Papua New Guinea“* veröffentlicht wurde, zeigen, dass PNG nach wie vor zu den Ländern mit der niedrigsten Elektrifizierungsrate weltweit gehört. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung lebt nach wie vor ohne verlässliche Stromversorgung.

Rabindra Nepal, Professor an der *University of Wollongong*, und Ronald Sofo, wissenschaftlicher Mitarbeiter des NRI, untersuchten in der Studie die Fortschritte und Ergebnisse der in den 1990er Jahren eingeführten Reformen des Energiesektors in kleinen Inselentwicklungsstaaten (SIDS) mit begrenzten Stromsystemen. Ziel war es, verwertbare Erkenntnisse für PNG zu gewinnen.

Zu den wichtigsten Ergebnissen des Berichts gehören:

- Stagnation der Reformen: Die meisten Entwicklungsländer unter den SIDS, einschließlich PNG, haben aufgrund politischer Herausforderungen, institutioneller Schwächen und begrenzter Ressourcen nur minimale Fortschritte bei den Energiereformen gemacht.
- Ineffizienter Energiesektor: PNGs Energieinfrastruktur ist von Ineffizienz und finanzieller Instabilität geprägt.
- Grenzen des Reformmodells: Der Reformrahmen der 1990er Jahre, der den Schwerpunkt auf eine

wirksame Regulierung, die Umstrukturierung staatlicher Unternehmen, private Investitionen und den Wettbewerb auf dem Markt legt, ist für PNG aufgrund seiner kleinen, isolierten Stromnetze ungeeignet.

Der Bericht skizziert mehrere Strategien, die PNG von anderen SIDS übernehmen könnte, um seine energiepolitischen Herausforderungen zu bewältigen:

1. Verstärkung des Engagements des Privatsektors: Die Stärkung von Institutionen, die Abmilderung von Risiken für private Investoren und die Gewährleistung von Transparenz sind unerlässlich, um private Investitionen in die Stromerzeugung anzuziehen.
2. Förderung der erneuerbaren Energien: Die Entwicklung unabhängiger Erzeuger erneuerbarer Energien sollte in umfassendere Reformen integriert werden.
3. Ausweitung netzunabhängiger Lösungen: Privat betriebene Mini-Netze und netzunabhängige Energiesysteme sind entscheidend für die Erreichung der Elektrifizierungs- und Klimaziele PNGs.

Die Studie unterstreicht den dringenden Bedarf an maßgeschneiderten Reformen, um die energiepolitischen Herausforderungen zu bewältigen und eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Ohne entschlossenes Handeln besteht die Gefahr, dass das Land bei seinen Bemühungen um eine zuverlässige und erschwingliche Stromversorgung für seine

Bürger*innen weiter zurückfällt, warnen die Autoren in ihrem Abschlussbericht. (<https://www.png-facts.com/news/papua-new-guinea-faces-looming-electricity-crisis-report-warns>)

Neumitglied im Rat der Palmölproduzierenden Länder

Premierminister James Marape hat die offizielle neue Mitgliedschaft Papua-Neuguineas im Rat der Palmölproduzierenden Länder (*Council of Palm Oil Producing Countries*, CPOPC) begrüßt und von einem Meilenstein für die Palmölindustrie im Land gesprochen. Papua-Neuguinea ist neben Indonesien, Malaysia und Honduras nun das vierte Mitglied der Palmölorganisation.

Bei einem hochrangigen Treffen, an dem CPOPC-Generalsekretär Dr. Rizal Affandi Lukman, der stellvertretende Generalsekretär Datuk Nageeb Wahab, PNGs Ölpalmenminister Francis Maneke, der indonesische Botschafter Andriana Supandy, Landwirtschaftsminister Dr. Sergie Bang und der Generalsekretär der *Oil Palm Industry Corporation* Kepson Pupita teilnahmen, bekräftigte Premierminister Marape das Engagement PNGs für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Palmölproduktion.

Der Premierminister versicherte, dass PNG sich für die Verbesserung der Investitionsmöglichkeiten und des Marktzugangs für Palmöl einsetzen werde. *„Wir müssen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass das Palmöl aus PNG den Anforderungen der internationalen Märkte entspricht, einschließlich der Einhaltung der Vorschriften der Europäischen Union. Unsere Industrie*

muss sich an die globalen Standards anpassen und gleichzeitig von den wirtschaftlichen Möglichkeiten profitieren, die Palmöl bietet“, sagte er.

Der Generalsekretär des CPOP begrüßte die Neumitgliedschaft von PNG und erklärte: *„Der Beitritt von Papua-Neuguinea zum CPOPC stärkt unser gemeinsames Eintreten für fairen Handel und nachhaltige Palmölproduktion.“* (PNG Business News 24.02.25)

Offshore-Erdölprojekt für Golf-Provinz

Vertretende der Regierung von Papua-Neuguinea sowie der Firmen *Hevehe Petroleum* und *Twinza Oil* haben am 19. Dezember 2024 im Regierungsgebäude in Port Moresby das sogenannte *„Pasca-Gas-Abkommen“* unterzeichnet. Es handelt sich um das erste Offshore-Erdölprojekt in der Golf-Provinz.

Premierminister James Marape begrüßte das Abkommen als einen Meilenstein der Energie-Transformation und betonte, dass es den Landbesitzern und der Golfprovinz zugutekommen wird. Die Vereinbarung sichert eine 70-prozentige staatliche Beteiligung zu, d.h. der Staat PNG erhält 70 % des Projektwerts durch Steuern, Lizenzgebühren und Abgaben.

Hevehe Petroleum hält einen Anteil von 50 %, wodurch Landbesitzer und die Provinzregierung gestärkt werden. Die Regierung der Golf-Provinz ist mit 10 % an *Hevehe Petroleum* beteiligt und profitiert von Abgaben und Lizenzgebühren. Die Binnenmarktverpflichtung (*Domestic Market Obligation*, DMO) schreibt vor, dass 5% der Produktion zu günstigen

Preisen für die lokale Verwendung bestimmt sind.

Der neuguineische Erdölminister Jimmy Maladina erklärte, die Vereinbarung räume der Nachhaltigkeit und dem Schutz der Menschenrechte viel Platz ein. Dies sei ein Hinweis auf das Engagement des Staates für das Wohlergehen der Menschen in der Golf-Provinz.

Info: Am *Pasca Joint Venture* sind das MRDC (*Mineral Resources Development Company*), die Provinzregierung der Golf-Provinz und andere Interessensgruppen beteiligt. Ziel ist es, innerhalb von fünf Jahren 80 % der Arbeitskräfte vor Ort zu beschäftigen und 25 % der Unternehmen vor Ort zu beteiligen. (PNG Business News 06.01.25)

Frieda River-Projekt engagiert sich für Schutz des Ökosystems

„Das Frieda River Copper-Gold Project (FRCGP) wird keine Abfälle in Flüssen entsorgen“, beruhigte Phil McCormack, der Projektleiter von *Frieda River Limited* (FRL), einem Teil des australischen Bergbauunternehmens *PanAust Limited*, Landeigner im Gebiet der geplanten Gold- und Kupfermine am Frieda River in der Provinz East-Sepik.

„PanAust wird das Ökosystem des Sepik um jeden Preis schützen und nimmt seine Verpflichtung zur sicheren Planung, zum sicheren Bau und zum sicheren Betrieb des Damms nicht auf die leichte Schulter“, sagte er weiter.

FRL schlägt vor, eine der größten unerschlossenen Kupfer-Gold-Ressourcen der Welt auf sozial verantwortliche Weise zu erschließen, und zwar durch das mehrere Milliarden Kina teure

Sepik-Entwicklungsprojekt, das den Bau des *Frieda River Hydroelectric Project* (FRHEP) umfasst. Dieses Projekt soll auch einen 191 Meter hohen Damm mit Asphaltkernschüttung als integriertes Lager für die Minenabfälle und das Brauchwasser umfassen. Das Brauchwasser wird dann in das *Sepik Power Grid Project* eingespeist, um die Region mit Strom zu versorgen. (PNG Business News 17.02.25, <https://panaust.com.au/?s=Frieda+River>)

„Bel isi“-Programm ausgezeichnet

Ein Programm der Santos-Stiftung, das sich für eine Änderung der Einstellung gegenüber familiärer und sexueller Gewalt einsetzt und Opfer sexueller Gewalt in Papua-Neuguinea unterstützt, hat bei den *„Platts Global Energy Awards“* in New York (USA) internationale Anerkennung erhalten.

Jean Martin, Leiterin der *Santos Foundation PNG*, nahm die Auszeichnung im Namen der Stiftung und ihrer Partner entgegen und sagte, dass das Programm *„Bel isi PNG“* aufgrund der Zusammenarbeit aller Partner sehr erfolgreich ist.

Kevin Gallagher, Geschäftsführer und CEO von Santos, erklärte, dass *„Bel isi PNG“* ein leuchtendes Beispiel für die Ziele der *Santos Foundation* sei. Es wurde ins Leben gerufen, um das Problem der familiären und sexuellen Gewalt in Papua-Neuguinea anzugehen.

Es sei die Aufgabe der Santos-Stiftung, in lokale Initiativen zu investieren, die das Gedeihen von Gemeinschaften fördern und Kapazitäten und Widerstandsfähigkeit aufbauen. Die Stiftung ist seit 40 Jahren in PNG tätig und investiert

jedes Jahr 10 Millionen US-Dollar in lokale Gemeinden von Papua-Neuguinea. Sie konzentriert sich dabei auf die Bereiche Gesundheit, Jugend, Gemeindeentwicklung sowie familiäre und sexuelle Gewalt.

Hintergrund: Das Programm „Bel isi PNG“ ist eine öffentlich-private Partnerschaft, die darauf abzielt, den Unternehmenssektor in Zusammenarbeit mit der Regierung und der Zivilgesellschaft zu ermutigen, eine transformative Rolle bei der Veränderung der Einstellung gegenüber familiärer und sexueller Gewalt zu übernehmen und gleichzeitig den Opfern Zugang zu sofortiger Betreuung und Unterstützung zu bieten.

Die Initiative hat seit ihrem Start im Jahr 2018 bis Ende 2023 mehr als 2.000 Menschen (vor allem Frauen) in Not unterstützt. Mehr als 5.000 Beschäftigte der Privatwirtschaft haben an Aufklärungsveranstaltungen über familiäre und sexuelle Gewalt teilgenommen.

Zu den Partnern von „Bel isi PNG“ gehören die Santos-Stiftung, die australische Bundesregierung, die Bank of South Pacific (BSP), Steamships, Femili PNG, die Business Coalition for Women, das Sicherheitsunternehmen G4S und die National Capital District Commission.

Die *Platts Global Energy Awards* sind eine Auszeichnung in der Energiebranche, die von *S&P Global Platts* verliehen wird. Mit den Preisen werden herausragende Leistungen in verschiedenen Bereichen der globalen Energieindustrie ausgezeichnet, einschließlich der Öl-, Gas-, Strom-, und Erneuerbare-Energien-Sektoren. Sie werden als eine Art „Oscar“ der Energiebranche angesehen.

Die Preise wurden 1999 ins Leben gerufen und ehren Unternehmen und Einzelpersonen, die Innovation, Führung und außergewöhnliche Leistung in der Energieversorgung, -produktion und -technologie gezeigt haben. Die Kategorien reichen von Energieunternehmen des Jahres bis zu Innovation des Jahres, Nachhaltigkeit und Führung.

Die Verleihung der Preise findet jährlich statt und umfasst eine feierliche Zeremonie, die von wichtigen Akteuren der Branche besucht wird. Die Auswahl der Gewinner erfolgt durch eine unabhängige Jury von Experten aus der Branche.

Verliehen wurde der Preis 2024 für „*besonderes gesellschaftliches Engagement*“ an die Firma Santos. Santos ist ein australisches Energieunternehmen, das seit den 1980er Jahren in Papua-Neuguinea tätig ist und dort Öl- und Gasprojekte betreibt. Ein Projekt ist z.B. das PNG LNG-Projekt, an dem Santos mit 13,5 % beteiligt ist. Dieses Projekt umfasst die Erschließung und den Export von Flüssigerdgas (LNG) aus den Gasfeldern in PNG.

(PNG Business News 16.12.24, <https://www.facebook.com/SantosFoundation.org/>, <https://www.santosfoundation.org/>)

China übergibt Rauschgiftlabor

Der chinesische Botschafter Yang Xiaoguang hat Mitte Januar das erste Rauschgiftlabor an die Polizei von Papua-Neuguinea (*Royal Papua New Guinea Constabulary*) übergeben. Damit ist es zukünftig möglich, illegale Drogen auch in PNG zu testen. In der Vergangenheit mussten alle Drogentests in Australien durchgeführt werden,

was die Ermittlungen verlängerte und die Ergebnisse verzögerte, erklärte der amtierende Polizeipräsident Donald Yamasombi.

Botschafter Yang Xiaoguang erklärte, dass das neue Drogenlabor „*das Sicherheitsumfeld verbessern*“ und die Arbeitsmöglichkeiten und Kapazitäten der Polizeikräfte in PNG ausweiten werde. (PNG Post-Courier 17.01.25)

Teilnahme am Unabhängigkeitsjubiläum

Bis zu 30 Staats- und Regierungschefs aus der ganzen Welt werden zu den Feierlichkeiten zum 50. Jubiläum der staatlichen Unabhängigkeit von Papua-Neuguinea Mitte September erwartet, wobei alle Staats- und Regierungschefs aus dem Pazifikraum ihre Teilnahme bereits bestätigt haben, wie Premierminister James Marape bei einer Pressekonferenz bekanntgab. „*Alle Staats- und Regierungschefs aus dem Pazifikraum haben ihre Teilnahme für den 16. September zugesagt. Es wird ein arbeitsreiches Jahr für uns alle werden. Ich fordere unsere Bevölkerung auf, sich über Ankündigungen und bevorstehende Aktivitäten auf dem Laufenden zu halten*“, so Marape.

Der Premierminister wies auf wichtige Aktivitäten im Jubiläumsjahr hin. So soll im Februar ein neues nationales Rugby-Team für die *National Rugby League* ernannt werden. Dazu soll es in Schulen und Jugendzentren verschiedene Rugby-Turniere geben. Im August soll es ein landesweites Erweckungs- und Versöhnungsprogramm geben, das von den Kirchen organisiert wird. Dazu gehört auch eine Gedenk-

veranstaltung auf der Insel Bougainville am 30. August, um diejenigen zu ehren, die während der Bougainville-Krise Angehörige verloren haben.

Die *PNG-Spiele 2025* werden im südlichen Hochland ausgetragen, wobei der National Capital District (NCD) als Ausweichquartier dient. Das Ende der Spiele ist für Anfang September geplant, so dass die Sportler*innen an den Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag teilnehmen können.

Darüber hinaus wird das Bildungsministerium den Schulkalender an diese Veranstaltungen anpassen, um die Teilnahme von Schüler*innen und Lehrkräften an den Jubiläumsfeierlichkeiten zu gewährleisten, so das Büro des Premierministers.

„Port Moresby wird das Epizentrum dieses bedeutenden Jahres für unser Volk und unser Land sein. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die nationale Regierung und die Stadtverwaltung zusammenarbeiten, um eine Feier zu veranstalten, die diesem historischen Ereignis gerecht wird“, sagte Gouverneur Parkop aus dem NCD bei der Pressekonferenz. *„Wir sind bereit, Port Moresby und Papua-Neuguinea ein unvergessliches Erlebnis zu bieten“*, sagte er weiter. (PNG Business News 06.01.25)

Hohe Krebsbelastung

Papua-Neuguinea hat mit schätzungsweise 12.000 bis 15.000 Neuerkrankungen pro Jahr mit einer erheblichen Krebsbelastung zu kämpfen, so Ken Wai, stellvertretender Sekretär im neuguineischen Gesundheitsministerium. Wai gab diese Zahlen bei einer Gedenkveranstaltung zum Weltkrebstag in der *Lawes Road Clinic*

im National Capital District bekannt.

Unter Berufung auf Statistiken der *Internationalen Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation* stellte Wai fest, dass jährlich etwa 9.000 krebsbedingte Todesfälle in PNG auftreten. Er wies auf das hohe Krebsrisiko in PNG hin und nannte dabei mehrere vermeidbare Risikofaktoren. *„Der Tabakkonsum in PNG liegt bei mehr als 50 % bei Erwachsenen und 21 % bei Kindern, daher müssen wir das Rauchen einschränken. Die Exposition gegenüber Passivrauchen beträgt 90%“*, erklärte er. Er verwies auch auf den hohen Alkoholkonsum (etwa 80 %), das Kauen von Betelnüssen (73 %) und den geringen Verzehr von Obst und Gemüse, wobei über 65 % der Bevölkerung nicht die empfohlenen fünf Portionen Obst und Gemüse täglich essen. Wai benannte Stress als einen weiteren Faktor für die hohe Krebsrate.

Um die hohe Krebsrate in PNG zu bekämpfen, hat das Gesundheitsministerium laut Wai Maßnahmen zur Kontrolle des Tabak- und Alkoholverkaufs entwickelt und arbeitet derzeit an weiteren Maßnahmen zur Vermeidung von ungesunden Lebensmitteln. Vor allem der Verkauf stark zuckerhaltiger Limonaden und Lebensmittel an Kinder und Jugendliche solle eingeschränkt werden. Wai riet den Menschen, mehr auf ihre Ernährungsgewohnheiten zu achten und allgemein einen gesünderen, aktiveren Lebensstil zu pflegen. (PNG Post-Courier 04.02.25)

Gespräch mit US-Botschafterin

Ende Januar traf sich Premierminister James Marape zu ausführlichen Beratungen mit der US-

Botschafterin für Papua-Neuguinea, Ann Marie Yastishock. Bei dem Treffen wurden wichtige Bereiche der Zusammenarbeit diskutiert, darunter Sicherheit, Umweltpolitik, Wirtschaftswachstum und regionale Stabilität.

Marape und Yastishock bekräftigten ihr Engagement für die Stärkung der diplomatischen Beziehungen. Beide Länder feiern in diesem Jahr das 50-jährige Bestehen ihrer bilateralen Beziehungen. Yastishock lud Premier Marape zu den Feierlichkeiten nach Washington ein.

Die Politiker*innen erörterten auch das 2023 unterzeichnete Abkommen zwischen den USA und Papua-Neuguinea über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (*Defence Corporation Agreement, DCA*). Botschafterin Yastishock versicherte dem Premierminister, dass das Abkommen in den USA eine starke parteiübergreifende Unterstützung genieße und ein Eckpfeiler der Beziehungen zwischen den USA und PNG bleiben werde. *„Wir haben Washington die Bedeutung des DCA vermittelt und erwarten, dass die Partnerschaft in den kommenden Jahren noch stärker wird“*, erklärte die Botschafterin.

Marape bedankte sich für das Zustandekommen des DCA vor knapp zwei Jahren und sagte: *„Bei diesem Abkommen geht es nicht nur um Verteidigung, sondern auch um die Stärkung der Rolle PNGs als wichtiger strategischer Partner im indopazifischen Raum.“*

In dem mehrstündigen Gespräch ging es ebenfalls um die wirtschaftliche Entwicklung von Papua-Neuguinea, wobei sich beide Politiker einig waren, wie wichtig

es sei, die US-Investitionen in PNG zu erhöhen. Botschafterin Yastishock sagte zu, sich bei amerikanischen Unternehmen nach Investitionswünschen in PNG zu erkundigen. *„Es gibt hier ein beträchtliches Investitionspotenzial und wir wollen amerikanische Unternehmen dazu ermutigen“*, erklärte sie. (PNG Business News 03.02.25)

Antrittsbesuch des französischen Botschafters

Am 28. Januar begrüßte Premier James Marape den neu ernannten französischen Botschafter in Papua-Neuguinea, Pierre Fournier, in seinem Amtssitz in Port Moresby.

Marape würdigte die Rolle Frankreichs in Melanesien. *„Frankreich ist ein wichtiger Partner für uns. Präsident Macron ist selbst eine globale Führungspersönlichkeit, und seine Vision für nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz und globale Zusammenarbeit deckt sich eng mit unseren eigenen Prioritäten“*, erklärte der neuguineische Premier.

Botschafter Fournier teilte mit, dass sein Vorgänger kürzlich zum ersten französischen Botschafter in Samoa ernannt wurde, was einen wichtigen Meilenstein für Frankreichs wachsendes Engagement in der Pazifikregion darstelle. Er betonte Frankreichs Engagement für die Stärkung der bilateralen Beziehungen und unterstrich die einzigartige Position Frankreichs als G7- und G20-Nation mit einer starken Präsenz im Pazifikraum.

Fournier wies auf die im März bevorstehenden Besuche hoher französischer Militärs in PNG hin. Diese Besuche zielten auf eine verstärkte Zusammenarbeit im

Verteidigungsbereich ab, wobei der Schwerpunkt auf der Sicherheit im Seeverkehr, der Ausbildung und der regionalen Stabilität liege, erläuterte der französische Botschafter.

Das Gespräch umfasste auch Informationen über Umwelt- und Forstschutzprojekte, die während des Besuchs von Präsident Macron in PNG im Juli 2023 initiiert worden waren. Marape bekräftigte das Engagement PNGs für die globalen Umweltbemühungen und erklärte: *„Papua-Neuguinea ist entschlossen, seine Rolle im globalen Umweltschutz zu spielen. Die Führungsrolle von Präsident Macron in diesem Bereich und unsere gemeinsamen Naturschutzprojekte dienen als Vorbild für das, was weltweit erreicht werden kann.“*

Fournier sprach eine formelle Einladung an Marape für die im Juni 2025 stattfindende Konferenz der Vereinten Nationen über die Ozeane aus, bei der die Erhaltung der biologischen Vielfalt und Klimaschutzmaßnahmen im Mittelpunkt stehen werden. Er erörterte auch anstehende bilaterale Projekte, darunter die Finanzierung von Infrastrukturprojekten und Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten.

Marape kündigte Pläne zur Ernennung eines neuen Botschafters von PNG in Frankreich an, um die diplomatischen Beziehungen weiter zu stärken. *„Dies wird ein wichtiger Schritt zur Stärkung unserer bilateralen Beziehungen und zur Gewährleistung einer kontinuierlichen Zusammenarbeit“*, meinte er.

Zum Abschluss des Treffens äußerten sich die Politiker optimistisch über die Zukunft der Beziehungen zwischen PNG und Frankreich. (PNG Business News 03.02.25)

BOUGAINVILLE

Menschenrechtsbericht fordert eine von Rio Tinto finanzierte Minensanierung

Die erste groß angelegte Umweltverträglichkeitsprüfung der stillgelegten Panguna-Mine des Bergbaukonzerns *Rio Tinto* hat ergeben, dass die Hinterlassenschaften der Mine lebensbedrohliche Risiken für die lokalen Gemeinden darstellen.

Die unabhängige Studie wurde in Auftrag gegeben, nachdem Landbesitzer in der autonomen Region Bougainville (Papua-Neuguinea) im Jahr 2020 ihre langjährigen Beschwerden gegen *Rio Tinto* bei der australischen Regierung vorgebracht hatten.

Das britisch-australische Unternehmen *Rio Tinto* hat die Ergebnisse des im Dezember 2024 veröffentlichten Berichts akzeptiert, ist aber nicht auf die Forderungen der Landbesitzer und der betroffenen Gemeinden eingegangen, die Sanierung des Minenumfelds zu finanzieren.

Der Bericht *„Panguna Mine Legacy Impact Assessment Report“* über die Folgenabschätzung der Panguna-Mine kam zu dem Ergebnis, dass die Infrastruktur der Mine, die Grube und die Dämme ein *„sehr hohes Risiko“* darstellen, während Erdbeben und die Exposition gegenüber Minen- und Industriechemikalien ein *„mittleres bis hohes“* Risiko für die lokale Bevölkerung bedeuten. Die Überschwemmungen flussabwärts von Panguna - verursacht durch eine Milliarde Tonnen Abraum, der in das Jaba-Kawerong-Flusssystem gekippt wurde - stellen dem Bericht zufolge ein *„sehr hohes“* tatsächliches und potenzielles Risiko

für die Menschenrechte dar. „*Das größte Problem sind die potenziellen Auswirkungen auf das Recht auf Leben durch instabile Strukturen, Einstürze und Überschwemmungen*“, heißt es wörtlich. Auch der Zugang zu einer gesunden Umwelt, Trinkwasser, Nahrung und Wohnraum sei von den Hinterlassenschaften der Mine betroffen.

Die zweijährige, unabhängige wissenschaftliche Untersuchung vor Ort durch das australische Ingenieurdienstleistungsunternehmen *Tetra Tech Coffey* enthielt 24 Empfehlungen zu den Auswirkungen der Minenabfälle und zu den Bereichen, die weiter untersucht werden müssen. Zu den umfassenden Feldstudien gehörten Boden-, Wasser- und Lebensmitteltests, hydrologische und geomorphologische Analysen sowie Hunderte von Erhebungen und Befragungen der Gemeinden.

Hintergrund: Im August 2024 unterzeichneten Rio Tinto und seine ehemalige Tochtergesellschaft und Minenbetreiberin *Bougainville Copper Limited* zusammen mit der autonomen Regierung von Bougainville eine Absichtserklärung, um die Risiken der veralteten Infrastruktur im ehemaligen Panguna-Minengebiet zu mindern. Im November hatten sich die drei Parteien auf die Bildung eines „Runden Tisches“ geeinigt.

Rio Tinto sagte in einer Erklärung nach der Veröffentlichung des Berichts, dass der Runde Tisch „*plant, sich mit den Ergebnissen zu befassen und einen Abhilfemechanismus zu entwickeln, der mit den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte im Einklang steht*“.

In dem betroffenen Gebiet leben schätzungsweise 25.000 der etwa 300.000 Einwohner*innen zählenden autonomen Insel im Osten PNGs.

(<https://www.benarnews.org/english/news/pacific/png-mining-humanrights-12062024013114.html> 06.12.25)

Wahlen im September

Die Bevölkerung der autonomen Region Bougainville (ABG) wird im September wählen.

Parlamentssprecher Simon Pentanu wird am Montag, den 7. Juli, die Urkunden für die fünften Parlamentswahlen ausstellen, teilte die ABG-Regierung jetzt in einer Erklärung mit. Gewählt werden soll dann zwischen dem 2. und dem 8. September 2025. Bis zum 21. September sollen alle Stimmen ausgezählt sein.

Bei den Wahlen 2025 werden fünf neue Sitze in Einzelwahlkreisen vergeben, wodurch sich die Gesamtzahl der Sitze in der fünften Kammer auf 46 erhöht, einschließlich der Sitze für den neuen Präsidenten und den Parlamentssprecher, erklärte Pentanu.

Für die korrekte Durchführung der Wahlen ist das Büro der Wahlkommission von Bougainville (*Bougainville Electoral Commission*) verantwortlich. Wahlkommissar Tsianai bedankte sich bei allen lokalen Akteuren, die am Wahlprozess beteiligt sind, sowie bei der australischen und neuseeländischen Regierung für ihre (auch finanzielle) Unterstützung. (*Radio NZ Intern.* 06.02.25)

MAF plant Wiederaufnahme des Flugbetriebs

Der international tätige christliche Missionsflugdienst *Mission Aviation Fellowship* (MAF) hat Ende Februar angekündigt, den Flugbetrieb auf Bougainville langfristig wieder aufnehmen zu wollen.

Präsident Ishmael Toroama, Vorsitzender der Autonomen Regierung von Bougainville (ABG), zeigte sich erfreut über die Ankündigung, zunächst das Luftfahrt- und Technologieprogramm der MAF auf der Insel im Osten von Festland-Neuguinea wieder in Betrieb zu nehmen.

Toroama hatte sich im vergangenen Jahr persönlich mit einem Schreiben an die Geschäftsführung von MAF in Papua-Neuguinea gewandt und darum gebeten, den für die in schwer zugänglichen Regionen der Insel lebende Bevölkerung überlebenswichtigen Flugservice wieder aufzunehmen.

„*Wir freuen uns darauf, den Menschen durch die Luftfahrt und MAF-Technologies zu helfen und die Kirche, die Regierung und Entwicklungsorganisationen in abgelegenen Gebieten mit Dienstleistungen wie Luftfahrt, Solarenergie und HF-Funk für Kliniken sowie anderen Initiativen zu unterstützen*“, erklärte John Woodberry, Leiter des *MAF Launch Teams*. Man werde dafür den Hangar, den die MAF bereits früher auf Bougainville genutzt hatte, renovieren, dort ein Treibstofflager und Unterkünfte für MAF-Mitarbeitende einrichten.

Viele Bürger*innen erinnerten sich gerne an die MAF-Unterstützung mit ärztlichen Evakuierungsflügen und Material-

transport und freuten sich auf die lang erwartete Rückkehr des Flugdienstes, hieß es. Reverend Abraham Toroi, Bischof der United Church, sagte: „Die MAF hat viel zur Entwicklung von Bougainville beigetragen, die Region hat eine sehr gute Beziehung zu MAF.“

Die ersten Projekte der MAF in Bougainville sollen sich auf die technologische Ausbildung von Pastoren und Führungskräften sowie auf kleine Solarsysteme für abgelegene Schulen konzentrieren, um so den Grundstein für den Start des Luftfahrtprogramms zu legen.

(<https://papuanewguinea.mafint.org/news/2025-president-toroama-warmly-welcomes-launch-maf-operations>
28.02.25)

SALOMONEN

Unterstützung durch Australien

Australien wird 190 Millionen AUS-Dollar in die königliche Polizei der Salomonen (*Royal Solomon Islands Police Force*) investieren und ein neues Ausbildungszentrum für Polizisten in der Hauptstadt Honiara einrichten, um zu verhindern, dass China seine Sicherheitspräsenz in dem pazifischen Inselstaat weiter ausbaut.

Das neue Hilfspaket wurde vom australischen Premierminister Anthony Albanese im Dezember 2024 in Canberra vorgestellt, nur wenige Tage, nachdem ein Vorstoß zum Sturz des salomonischen Premierministers Jeremiah Manele im Parlament gescheitert war.

In einer gemeinsamen Erklärung erklärten Albanese und Manele, das Geld werde der Pazifiknation eine „dauerhafte souveräne Sicherheitskapazität“ verschaffen

und ihre „Abhängigkeit von externen Partnern“ verringern.

Manele hatte im Juni letzten Jahres erklärt, er wolle von Australien Unterstützung bei der Verdoppelung der Polizeikräfte des Landes erhalten, um die anhaltenden Unruhen nach dem Ausbruch der Unruhen im November 2021 besser bewältigen zu können.

Albanese sagte, die 190 Millionen Dollar würden über vier Jahre verteilt und zur „Verbesserung der Finanzierung, Ausbildung und Infrastrukturunterstützung für ein nachhaltiges Wachstum der Royal Solomon Islands Police Force“ verwendet.

Das neue Finanzierungspaket verleiht Australien jedoch kein Vetorecht bei den Entscheidungen, die die Salomonen im Bereich der nationalen Sicherheit und der Polizeiarbeit treffen. (*ABC News* 20.12.24)

Ehegesetz wird überarbeitet

Die Rechtsreformkommission der Salomonen überprüft derzeit das Gesetz über Eheschließung und Scheidung der Inselbewohner*innen und prüft unter anderem, ob das Heiratsalter von 15 auf 18 Jahre angehoben werden muss. Gegenwärtig erlaubt das Gesetz der Salomonen die Heirat mit 15 Jahren und erkennt die „Gewohnheitsehe“ an, bei der es keine gesetzliche Altersgrenze gibt. Das bedeutet, dass die Kinderehe noch weitgehend akzeptiert wird.

Dem Bericht „*Solomon Islands Endim Vaelens Agenstims Pikini*“ zufolge, der von einer Koalition von Wohlfahrtsverbänden erstellt wurde, wird jedes fünfte Mädchen auf den Salomonen vor dem Alter von 18 Jahren

verheiratet, in ländlichen Gebieten sogar jedes vierte. Rund 6 % der Mädchen auf den Salomonen werden sogar vor ihrem 15. Lebensjahr verheiratet.

Jacqui Southey, Direktorin für Interessensvertretung und Forschung bei der Kinderschutzorganisation *Save the Children*, sagte, es gebe eine breite öffentliche Unterstützung für die Anhebung des Ehealters. „Kinder und Erwachsene, Eltern und Gemeindeglieder waren sich einig, dass die Erfahrungen von Kindern darin bestehen sollten, mit ihren Freunden zu spielen, in die Schule zu gehen und Fähigkeiten zu erlernen“, so Southey. Eine zu frühe Heirat führe zu Problemen wie Gewalt in der Ehe, den Abbruch der Schulausbildung und eine zu frühe Schwangerschaft, kritisierte sie.

Rebekah Armstrong, die Leiterin der Abteilung Advocacy and Justice bei *World Vision*, forderte die Regierung der Salomonen auf, die Ergebnisse der Befragung ernst zu nehmen und die Interessen minderjähriger Mädchen besser zu schützen.

Info: Save the Children, World Vision und ChildFund hatten für den Bericht mehr als 200 Kinder, Jugendliche und Erwachsene befragt. Die meisten Befragten waren der Meinung, dass Strafen verhängt werden sollten, um die Kinderheirat einzudämmen, wobei eine Geldstrafe von 5.000 Dollar am häufigsten vorgeschlagen wurde.

Der Abschlussbericht der drei Kinderschutzorganisationen empfiehlt nicht nur eine Anhebung des Heiratsalters, sondern auch die Einführung eines Altersnachweises und eine Einverständniserklärung vor der Heirat sowie die

Einführung eines Bildungsprogramms zur Verhinderung von Kinderheiraten. (*Radio NZ Pacific* 06.12.24, <https://www.wvi.org/stories/solomon-islands/solomon-islands-endim-vaelens-agenstim-pikinini-siep-programme-launch>, <https://www.savethechildren.org.nz/media-hub/survey-strong-support-to-raise-marriage-age-in-solomons>)

Neuer britischer Botschafter

Paul Robert Turner überreichte Anfang Februar sein Beglaubigungsschreiben als neuer britischer Botschafter für die Salomonen und als nicht-residentieller Botschafter für die Republik Nauru an den Premierminister der Salomonen, Jeremiah Manele.

Turner war bereits im Juli 2024 zum britischen Hochkommissar für die Salomonen und Nauru ernannt worden. Er verfügt über Erfahrung in der britischen Regierung und in internationalen Organisationen, darunter die Weltbank, die Afrikanische Entwicklungsbank und die Europäische Union. Beim britischen Ministerium für internationale Entwicklung war Paul für die Wirtschafts- und Handelsportfolios im östlichen und südlichen Afrika sowie in China zuständig. In jüngerer Zeit arbeitete er für die Weltbank in Uganda.

Premierminister Manele würdigte bei dem Empfang in seiner Residenz die guten bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und erklärte, dass Großbritannien eines der ersten Länder im Pazifik gewesen sei, das 1978 diplomatische Beziehungen zu den Salomonen aufgebaut habe. Er gab auch einen Überblick über die Prioritäten seiner Regierung, darunter Bildung, Gesundheit,

Klimawandel und Handel.

Botschafter Turner erklärte in seiner Antrittsrede, ihm sei sehr an der Verbesserung des Wirtschaftssektors in den Salomonen gelegen. Er wolle sich vor allem für die Aufwertung der lokalen Kakaoindustrie engagieren, versprach Turner. Außerdem verstehe er sich als Ansprechpartner des britischen Commonwealth, wenn es um gemeinsame Bemühungen beider Staaten bei der Bewältigung von Klimawandelfolgen ginge, ergänzte er. (<https://www.gov.uk/government/news/new-uk-high-commissioner-to-solomon-islands-presents-credentials> 06.02.25)

† Ex-Premierminister Sir Francis Billy Hilly

Am 10. März verstarb im *National Referral Hospital* in Honiara Sir Francis Billy Hilly im Alter von 76 Jahren.

Sir Francis wurde am 20. Juli 1948 in Emu Harbour auf der Insel Ranongga in der Westprovinz geboren und hatte eine herausragende Karriere im öffentlichen Dienst und in der Politik. Er besuchte die Government Primary School in Honiara und die King George VI School und war später der erste Student von den Salomonen, der 1973 an der *University of the South Pacific* in Fidschi einen Bachelor of Arts (Verwaltung) erwarb.

Bevor er in die Politik ging, arbeitete er als Beamter in der Provinz Makira und als Manager der *British Solomons Trading Company* in Gizo. 1976 wurde er zum Parlamentsabgeordneten für den Wahlbezirk Ranongga/Simbo gewählt.

Von Juni 1993 bis November 1994 war er Premierminister der

Salomonen und bekleidete danach mehrere Ministerämter, u.a. das Amt des stellvertretenden Premierministers, das Amt des Gesundheitsministers und das Amt des Ministers für Handel, Industrie und Beschäftigung.

In Anerkennung seiner Verdienste um den öffentlichen Dienst wurde Sir Francis 2012 zum Ritter geschlagen. Später war er Vorsitzender der Kommission der politischen Parteien der Salomonen, trat jedoch im Dezember 2024 nach einer Erkrankung von diesem Amt zurück. (*Islands Business* 11.03.25, *Wikipedia*)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin.]

Premierminister festigt seine Macht durch Kabinettumbildung

Fidschis Premierminister Sitiveni Rabuka hat seine politische Macht weiter gefestigt, indem er im Rahmen einer Umbildung seines Kabinetts sechs zuletzt unabhängige, ehemalige Oppositionsabgeordnete mit Ministerämtern versorgt bzw. zu stellvertretenden Ministern ernannt hat. Neugeschaffen wurden drei eigenständige Ministerämter für Polizei, Einwanderung und Klimawandel, die fortan von Iowane Naivalurua, Viliame Naupoto und Mosese Bulitavu übernommen werden. Außerdem wurden Naisa Tuinaceva, Josaia Niudamu und Aiki Bia zu stellvertretenden Ministern für Transport, Justiz und Information ernannt.

Die sechs Abgeordneten waren zusammen mit drei weiteren Abgeordneten im letzten Jahr aus der einzigen Oppositionspartei

FijiFirst ausgeschlossen worden, weil sie entgegen der Parteilinie für eine umstrittene Diätenerhöhung gestimmt hatten (siehe damalige Berichterstattung). Aufgrund des folgenden parteiinternen Streits wurde *FijiFirst* Mitte 2024 schließlich aufgelöst, da die Partei aus Sicht der Parteienbehörde nicht über die gesetzlich vorgeschriebenen Regularien für die Schlichtung parteiinterner Streitigkeiten verfügte. Während die restlichen ehemaligen *FijiFirst*-Abgeordneten nach der Parteiauflösung weiter die – allerdings deutlich geschrumpfte – Opposition im Parlament bilden, firmierten die neun zuvor ausgeschlossenen Abgeordneten fortan als unabhängige „Group of 9“ oder „G9“. Sie signalisierten bereits nach der Abspaltung von der Opposition Unterstützung für den Premierminister Rabuka.

Durch die Einbindung der Abgeordneten in sein Kabinett sichert sich Rabuka nun die Unterstützung der neun Abgeordneten und ist damit für eine einfache Mehrheit nicht mehr auf seine bisherigen Koalitionspartner angewiesen. Außerdem kommt er dem Ziel einer Dreiviertelmehrheit, die für Verfassungsänderungen notwendig ist (siehe nächste Meldung), deutlich näher.

Die Kabinettsumbildung wird jedoch sowohl in der Öffentlichkeit als auch innerhalb der Regierung kritisiert: So beschwerten sich die Koalitionspartner von Rabukas *Peoples Alliance*-Partei, die *National Federation Party* und *SODELPA*, darüber, dass sie vorab nicht ausreichend in die Pläne für die Erweiterung des Kabinetts eingebunden worden seien. In der Öffentlichkeit wird vor allem kritisiert, dass die Schaffung der zusätzlichen Ministerämter – mit

allen damit verbundenen Ausgaben etwa für Mitarbeiter*innen – dem Land inmitten der derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Lage bis zu 3 Millionen Fidschidollar (ca. 1,2 Millionen Euro) zusätzlich kosten könnte. Insgesamt steigt die Anzahl der Minister*innenämter in Fidschi damit auf 22, zusätzlich gibt es 12 stellvertretende Minister*innen. Das ist einer der höchsten Werte in der Geschichte Fidschis. Zum Vergleich: In Deutschland gibt es momentan inkl. des Kanzleramtsministers 16 Ministerien. (*Radio New Zealand 16.01.25, Wikipedia*)

Regierung bereitet Verfassungsreform vor

Die fidschianische Regierung hat im Januar 2025 ein Gesetz auf den Weg gebracht, um eine Revision der fidschianischen Verfassung vorzubereiten. Eine grundlegende Überarbeitung der aktuellen Verfassung war eines der zentralen Wahlversprechen der Regierungspartei *Peoples' Alliance*. Aus ihrer Sicht ist eine Verfassungsänderung notwendig, weil die bisherige Verfassung nicht im Einklang mit internationalen Menschenrechten sei sowie dem Regierungschef und dem Justizminister – der, wie in angelsächsischen politischen Systemen üblich zugleich Generalstaatsanwalt ist – zu viel Macht zugestehe.

Bisher ist jedoch wenig darüber bekannt, an welchen Stellen genau die Regierung die Verfassung ändern möchte und wie der Prozess für eine solche Überarbeitung aussehen soll. Kritiker*innen der Revision bezweifeln zudem, dass es der Regierung in der verbleibenden Zeit bis zur nächsten Parlamentswahl im Dezember

2026 noch gelingen wird, eine umfassende Reform umzusetzen. Durch die jüngste Kabinettsumbildung (siehe vorherige Nachricht) könnte es für die Regierung nun aber einfacher werden, notwendige Mehrheiten für einige Änderungen im Parlament zu erhalten. Laut der bestehenden Verfassung ist dafür nicht nur, wie in den meisten Ländern, eine Zweidrittelmehrheit, sondern sogar eine Dreiviertelmehrheit notwendig – nach dem Wechsel von neun Abgeordneten ins Regierungslager besitzt dieses nun eine Mehrheit von 70 %. Um Änderungen durchzusetzen, müssten sie daher noch vier weitere Oppositionsabgeordnete überzeugen, zuzustimmen.

Die derzeitige Verfassung ist im Jahr 2013 in Kraft getreten und war in den Jahren zuvor von einer Kommission ausgearbeitet worden, die von dem damaligen Übergangspräsidenten Voreqe Bainimarama eingesetzt worden war. Zuvor hatte Bainimarama im Jahr 2009 nach seiner militärischen Machtübernahme die damals gültige Verfassung aus dem Jahr 1997 außer Kraft gesetzt. Zuvor gab es bereits zwei weitere Verfassungen. Damit zählt Fidschi weltweit und auch im Pazifik zu den Ländern, die bisher am häufigsten ihre Verfassung gewechselt haben. Daran hat auch der heutige Premierminister Sitiveni Rabuka seinen Anteil: Als er im Jahr 1987 zwei Militärputschs durchführte, setzte er die Unabhängigkeitsverfassung von 1970 außer Kraft. Später ließ er die als diskriminierend und rassistisch kritisierte Verfassung von 1990 erarbeiten, welche die politische Macht der indigenen Bevölkerung zementierte, indem sie die Anzahl der Parlamentssitze von Fidschianer*innen mit indisch-

stämmigen Vorfahren begrenzte. Nachdem Rabuka 1992 auf Basis dieser Verfassung ein erstes Mal zum Premierminister Fidschis gewählt worden ist, erfolgte während seiner ersten Amtszeit dann aber eine schon in der Verfassung von 1990 vorgesehene Revision, die 1997 zu einer Neufassung führte, die damals selbst von Kritiker*innen Rabukas gelobt wurde. (*Radio New Zealand 28.01.25, FBC News 10.01.25, Fiji Village 06.03.25, Fiji Times 05.03.25, Fiji Sun 05.03.25, ConstitutionNet, Wikipedia*)

„Truth and Reconciliation Commission“ unter Leitung von Österreicher soll Putsch-Vergangenheit aufarbeiten

Fidschi hat eine sogenannte „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ (*Truth and Reconciliation Commission, TRC*) ins Leben gerufen, welche dazu beitragen soll, die Geschichte der Putschs, politischen Gewalt und Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen aufzuarbeiten und zu nationaler Versöhnung beizutragen. Geleitet wird die Kommission von dem aus Österreich stammenden Menschenrechtsexperten Dr. Marcus Brand. Zusätzlich gehören der Kommission vier Vertreter*innen aus Fidschi an. Finanziell unterstützt werden die Arbeit der Kommission der nationale Versöhnungsprozess, der aus ihr hervorgehen soll, von der Europäischen Union sowie von Australien und Neuseeland. Sowohl die Besetzung als auch die Finanzierung der Kommission, deren Mandat zunächst auf 18 Monate angelegt ist, stößt in Fidschi auch auf Kritik.

Das Konzept der Wahrheits- und Versöhnungskommission orientiert sich an vergleichbaren

Prozessen zur Aufarbeitung von Unrecht und Konflikten in zahlreichen anderen Ländern – wo sie sehr unterschiedliche und teils auch politisch gesteuerte Ergebnisse erzielt haben. Ein Kernelement der Arbeit der Kommission ist es, einerseits die Wahrheit über begangenes Unrecht an das Licht zu bringen, andererseits aber auch Räume für offenen Austausch zu bieten, die es auch Täter*innen ermöglichen, sich in einem als „sicher“ empfundenen Rahmen zu äußern.

Befürworter*innen solcher Prozesse verweisen darauf, dass nur ein offener Austausch und die Förderung gegenseitigen Verständnisses zu wirklicher Versöhnung beitragen kann. Kritiker*innen bemängeln hingegen unter anderem, dass das Konzept meist damit einhergeht, Täter*innen für Vergehen nicht juristisch zur Rechenschaft zu ziehen und dass es häufig dem Grundgedanken folgt, dass Täter*innen zugleich auch Opfer sind.

Entsprechend unterstrich auch der Kommissionsleiter Brand bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der Kommission, dass es nicht das Ziel der Kommission sei, einzelnen Personen oder Gruppen Schuld zuzuweisen, sondern den Fidschianer*innen dabei zu helfen, gemeinsam das Trauma der Vergangenheit zu überwinden. Laut Brand soll die Kommission unabhängig agieren und unter anderem mit der Zivilgesellschaft, den Medien und der Politik zusammenarbeiten, aber auch den Austausch mit der allgemeinen Öffentlichkeit suchen. Unter den Mitgliedern der Kommission befinden sich eine Frauenrechtsaktivistin, eine frühere Richterin, ein pensionierter *Fiji-Airways*-Pilot sowie eine Journalistin.

Erwartet wird von der Kommission insbesondere, die Ereignisse und vor allem mögliche bis heute verborgene Hintergründe der zwei im Jahr 1987 vom heutigen Premierminister Sitiveni Rabuka durchgeführten Militärputschs, des zivilen Putschs von George Speight im Jahr 2000 und der militärischen Machtübernahme von Voreqe Bainimarama im Jahr 2006 aufzuarbeiten. Dazu soll es auch – voraussichtlich freiwillige – Anhörungen betroffener Personen geben. Premierminister Rabuka hat bereits angekündigt, dass er freiwillig vor der Kommission sprechen werde – und davon ausgehe, dass er auch der erste Gesprächspartner der Kommission sei. Bereits mehrfach hat er angekündigt, dass er auch bereit sei, die Namen von ihm bekannten Hintermännern preiszugeben. Es ist allerdings unklar, ob er sich dabei nur auf die zwei von ihm selbst durchgeführten Militärputschs bezieht, oder auch auf die Ereignisse rund um den zivilen Aufstand von George Speight. Bis heute halten sich Gerüchte, dass Rabuka selbst zu den Drahtziehern auch dieses Putschs gehört haben könnte, der sich gegen den indischstämmigen Premierminister Mahendra Chaudhry – dem Nachfolger Rabukas nach seiner ersten Amtszeit als Premierminister und dem ersten nicht indigenen Regierungschef Fidschis – gerichtet hatte.

Rabuka hat sich unter anderem für eine Begnadigung Speights, den er als persönlichen Freund bezeichnet, von seiner lebenslangen Haftstrafe eingesetzt – vollzogen wurde die Freilassung Speights auf Geheiß des fidschianischen Präsidenten schließlich im letzten Jahr (siehe damalige Berichterstattung).

Mahendra Chaudhry, der im Jahr 2000 mehrere Wochen als Geisel im fidschianischen Parlament festgehalten wurde, gehört heute zu den Kritikern der Kommission. Weniger stört ihn allerdings der Wunsch nach Aufarbeitung der Vergangenheit als die Finanzierung der Kommission: Chaudhry glaubt – ebenso wie andere Kritiker*innen –, dass die Kommission ihre Arbeit aufgrund der ausländischen Finanzierung nicht wirklich unparteiisch verrichten könne. Er befürchte, dass die Arbeit der Kommission eher eine „akademische Übung“ werde als wirklich zur Suche nach der Wahrheit hinter den Putschs und den damit einhergehenden Ereignissen beitragen wird.

Ähnliche Kritik kommt auch von der fidschianischen *NGO Coalition on Human Rights* (NGOCHR). Sie kritisiert die Intransparenz bei der Besetzung der Kommission, vor allem aber die Wahl des Österreicherers Brand für ihre Leitung: Aus ihrer Sicht handelt es sich um einen „EU-Kandidaten“ ohne ernsthaftes Vorwissen zur Situation in Fidschi, der von der EU dank ihrer Finanzierung der Kommission durchgedrückt worden sei. Deshalb bezeichnet das Nichtregierungs-Bündnis die Besetzung gar als „neo-kolonial“ und sieht allein dadurch die Unabhängigkeit und Integrität des gesamten Prozesses gefährdet. (*Radio New Zealand* 31.01., 05.02., 10.02.25)

Entlassung von Lynda Tabuya nach „Nacktvideo“-Skandal löst Diskussion über Benachteiligung von Frauen in der Politik aus

Premierminister Sitiveni Rabuka hat die einzige weibliche Ministerin in seinem Kabinett, die

langjährige Politikerin Lynda Tabuya, im Dezember 2024 als Ministerin für Frauen, Kinder und Soziale Sicherung entlassen, nachdem ein privates Video, das sie unbekleidet beim Tanzen zeigen soll, in den sozialen Medien verbreitet worden war. An ihrer Stelle zur Ministerin ernannt wurde Sashi Kiran, die anders als Tabuya nicht der *Peoples Alliance Party* von Premierminister Rabuka angehört, sondern seinem Koalitionspartner *National Federation Party*.

Tabuya hatte bei den letzten Parlamentswahlen jeweils eines der besten landesweiten Wahlergebnisse erzielt.

In der konservativen fidschianischen Gesellschaft hat die Existenz der Nacktaufnahmen einer seriösen Politikerin einen regelrechten „Skandal“ ausgelöst, der zusätzlich dadurch angeheizt wurde, dass Tabuya von ihrem Ehemann, für den sie das Video nach eigener Aussage aufgenommen hatte, offiziell geschieden ist. Die regelrecht „feindliche“ Stimmung gegenüber Tabuya in den sozialen Medien hat aber auch erneut eine Debatte über den ungleichen Umgang mit Frauen und Männern in der Politik in Fidschi und über die Benachteiligung von Frauen in der fidschianischen Politik grundsätzlich ausgelöst. Zu den Unterstützerinnen Tabuyas zählt insbesondere die prominente fidschianische Frauenrechtsaktivistin Shamina Ali, welche die Kritik an Tabuya als frauenfeindlich bezeichnet und ausführt, dass es unterschiedliche moralische Standards für Frauen und Männer in der fidschianischen Politik gebe. Kritisiert wird auch, dass der Fokus fast ausschließlich auf der Existenz der angeblichen Nacktaufnahmen

liegt, weniger auf dem Diebstahl des Handys, des Hackens und der Veröffentlichung des Videos.

Tabuya selbst bezeichnet die Verbreitung des Videos und der Kritik gegen sie als geschlechtsspezifische Gewalt und Cyberkriminalität. Neben ihrer Anzeige wegen des Diebstahls und des Hackens ihres Handys hat ein Anwalt Tabuyas mittlerweile auch in Großbritannien Klage gegen den in London lebenden Herausgeber der investigativen Nachrichtenseite *FijiLeaks*, Victor Lal, eingereicht, die das Video möglicherweise als erstes veröffentlicht hat. Lal bestreitet, dass er das Video geleakt habe und droht Tabuya seinerseits mit einer Gegenklage wegen Rufschädigung.

Die geringe Bedeutung, die Frauen in der fidschianischen Politik zukommt, zeigt sich schon daran, dass Tabuya und die ihr nun nachfolgende Kiran die einzigen Frauen in einem 22-köpfigen Kabinett sind. Dem fidschianischen Parlament mit seinen derzeit 56 Mitgliedern gehören insgesamt lediglich sechs Frauen an, eine Quote von weniger als 11 Prozent.

Die aktuelle „Skandal“ um Tabuya steht allerdings nicht für sich allein. Bereits Anfang 2024 (siehe damalige Berichterstattung) gab es eine wochenlange Kontroverse über die Veröffentlichung angeblicher Chat-Nachrichten zwischen Tabuya und dem fidschianischen Bildungsminister Aseri Radrodro von der Partei SODELPA. Die Nachrichten legten damals sowohl eine außereheliche Affäre zwischen den beiden während eines gemeinsamen Aufenthalts in Australien sowie den übermäßigen Konsum von Alkohol und Drogen nahe. Auch damals

beinhalteten die Veröffentlichungen explizite Bilder. Tabuya streitet die Echtheit der Nachrichten ab. Nach wochenlangem Zögern entschied Premierminister Rabuka damals, Tabuya in ihrem Amt zu belassen. Bildungsminister Radrodro war bereits vor der Veröffentlichung wegen eines Streits mit Rabuka, der angeblich nicht mit den Vorkommnissen in Verbindung stand, aus seinem Amt entlassen worden, wurde später auf Druck seiner Partei aber wieder ins Amt eingesetzt. Auch damals wurde bereits kritisiert, dass sich die öffentliche Erregung fast ausschließlich auf Tabuya fokussierte, während für Radrodro als Mann offenbar andere moralische Ansprüche galten.

Trotz ihrer Entlassung als Ministerin bleibt Tabuya Mitglied im fidschianischen Parlament und vorerst auch in der Regierungspartei *Peoples Alliance Party*, in der sie sich allerdings einer parteiinternen Anhörung zu den Vorwürfen stellen musste. Kurz vor Redaktionsschluss (9.3.2025) hat Premier Rabuka in einem Statement angedeutet, dass er sich vorstellen könnte, dass Tabuya – in einer neuen Funktion – erneut ein Ministeramt erhalten könnte.

Zuvor hatte Tabuya sich am 7. März 2025 in einer traditionellen Versöhnungszeremonie offiziell bei Rabuka und der Regierung für die Vorkommnisse entschuldigt. Nach der Zeremonie berichtete Tabuya jedoch auch davon, dass einige Mitglieder ihrer Partei sie aufgefordert hätten, die *Peoples Alliance Party* zu verlassen, einer anderen Partei beizutreten oder eine neue Partei zu gründen. Man wolle sie nicht mehr als Teil der Regierungskoalition sehen.

Tabuya unterstrich allerdings ihre Unterstützung für Premierminister Rabuka und nahm diesen auch gegen Kritik in Schutz.

(Radio New Zealand 26.12., 31.12.24., 05.02., 06.02., 12.02., 22.02.25, Fiji Sun 08.03.25, FBC News 07.03.25, Guardian 01.02.24, Wikipedia, Webseite des fidschianischen Parlaments, Webseite der fidschianischen Regierung, Social Media)

Fidschi verlegt sein Konsulat in Israel nach Jerusalem

Die fidschianische Regierung hat angekündigt, ihr Konsulat in Israel aus Tel-Aviv nach Jerusalem zu verlegen. In diplomatischen Kreisen gilt diese Entscheidung aus Sicht vieler Staaten als Affront, da der Status der geteilten Stadt Jerusalem offiziell weiter ungeklärt ist. Auch wenn die USA in der ersten Amtszeit von US-Präsident Donald Trump ihre Botschaften ebenfalls nach Jerusalem verlegt haben, befinden sich die meisten ausländischen Vertretungen weiterhin in Tel-Aviv – darunter etwa auch die deutsche Botschaft.

Während Israels Premierminister Benjamin Netanyahu sich in einem Telefonat mit dem fidschianischen Regierungschef Sitiveni Rabuka für die Entscheidung bedankte, sprach die Palästinensische Autonomiebehörde von einem „Act of Aggression“ gegen die Palästinenser*innen. Das palästinensische Außenministerium, das nach der Übernahme der Macht im Gaza-Streifen durch die Hamas, im Wesentlichen die Interessen der Palästinenser*innen im Westjordanland sowie in Ostjerusalem vertritt, forderte Fidschi dazu auf, die Entscheidung umgehend rückgängig zu machen. Es verwies auch darauf, dass die Verlegung diplomatischer Vertretungen nach Jerusalem vor der

endgültigen Klärung der Zugehörigkeit der Stadt bzw. der einzelnen Stadtteile gegen zahlreiche UN-Resolutionen verstoße.

Fidschi ist seit dem Amtsantritt von Premierminister Sitiveni Rabuka im Dezember 2022 zu einem der wichtigsten internationalen Verbündeten Israels geworden. Rabuka begründet die engen Beziehungen – ähnlich wie viele benachbarte Inselstaaten – damit, dass Israel laut der Bibel Gottes auserwähltes Volk sei. Obwohl diese Sichtweise in Fidschi, das eine große nicht-christliche Bevölkerung besitzt, deutlich kontroverser diskutiert wird als in anderen pazifischen Inselstaaten, geht Rabuka in seiner Unterstützung für Israel noch über die Positionierung anderer pazifischer Staaten hinaus. So hat das Land bei den Vereinten Nationen (UN) zuletzt bei umstrittenen Resolutionen der UN-Generalversammlung mehrfach als einer von ganz wenigen Staaten mit Israel gestimmt, im letzten Jahr trotz Kritik auch innerhalb Rabukas Regierungskoalition als einziger Staat neben Israel die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs bei der Klärung von rechtlichen Streitigkeiten zwischen Israel und Palästinenser*innen abgelehnt (siehe damalige Berichterstattung).

Fidschi ist nun der siebte Staat, der seine diplomatische Vertretung nach Jerusalem verlegt. Kritiker*innen von Rabukas Kurs wie der frühere fidschianische Premierminister Voreqe Bainimarama befürchten, dass die aus ihrer Sicht einseitige Positionierung Fidschis jahrzehntelangen Ruf als Verfechter internationaler Institutionen zerstören und außerdem auch die fidschianischen Soldat*innen gefährden könnte, die

im Einsatz der Vereinten Nationen tätig sind. Derzeit stellt Fidschi knapp 350 Blauhelmsoldat*innen (in der Vergangenheit war die Zahl teils noch deutlich höher), davon etwa 150 in der UN-Mission, welche die Grenze zwischen Syrien und Israel entlang der Golan-Höhen sichern. Sowohl Rabuka als auch sein Vorgänger Bainimarama waren selbst beide in solchen UN-Missionen im Einsatz.

Trotz großer Meinungsverschiedenheiten bei Themen wie dem Klimawandel hat Rabuka sich während des US-Wahlkampfes aufgrund dessen Unterstützung für Israel auch auf die Seite von Donald Trump geschlagen. Kurz nach Trumps Amtseinführung nahm Rabuka im Februar auch zusammen mit US-Präsident Trump und US-Abgeordneten an einem „National Prayer Breakfast“ in Washington teil.

(Radio New Zealand 03.02.25, 20.02.25, UN Peacekeeping Statistics, fidschianisches Außenministerium 01.02.25, Times of Israel 19.02.25, Pacific Media Network 20.02.25, Wikipedia)

Chinesisch-Unterricht an Schulen

Das fidschianische Bildungsministerium hat Mitte Januar eine Vereinbarung mit der chinesischen Regierung über ein gemeinsames Chinesisch-Sprachprogramm unterzeichnet. Zwölf Schulen in der Central Division werden in einem Pilotprojekt Chinesisch unterrichtet.

Angesichts des wachsenden Engagements Fidschis mit China in den Bereichen Handel, Tourismus und kultureller Austausch wird die Aufnahme der chinesischen Sprache in den Lehrplan die Kommunikation verbessern und die

bilateralen Verbindungen stärken, erklärte der fidschianische Bildungsminister Aseri Radrodoro bei der Unterzeichnung des Abkommens mit dem chinesischen Botschafter in Fidschi, Zhou Jian. Dieser sagte: „Die Popularisierung des Chinesisch-Unterrichts wird nicht nur mehr Fidschianer dazu ermutigen, China zu erkunden und zu verstehen, sondern auch den kulturellen Austausch zwischen China und Fidschi fördern und so eine Brücke der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses schlagen. Der Chinesisch-Unterricht wird neue Möglichkeiten für die internationale Zusammenarbeit eröffnen.“

Laut Bildungsminister Radrodoro wird die chinesische Regierung im Rahmen der Vereinbarung Lehrkräfte und andere relevante Ressourcen für die Schulen bereitstellen. (Artikel von Julia Ratzmann. FBC News 15.01.25)

VANUATU

Einzigste Frau in 52-köpfiges Parlament gewählt

Allen Widrigkeiten zum Trotz hat sich eine Frau einen Sitz im 52-köpfigen Parlament von Vanuatu gesichert.

Marie Louis Paulette Milne, eine von nur sieben Frauen unter 216 Wahlkandidierenden, erhielt bei den vorgezogenen Neuwahlen am 16. Januar 2025 1.227 Stimmen und setzte sich damit gegen ihren engsten Konkurrenten Tony George Yasyas Ailir (1.197 Stimmen) um den letzten Sitz im Wahlkreis Port Vila durch.

Milne, eine frühere stellvertretende Bürgermeisterin von Port Vila, war von der Stadtverwaltung

zurückgetreten, um an der Wahl teilnehmen zu können. Sie ist die einzige Abgeordnete der *Green Confederation Party* und kandidierte unter demselben Banner wie ihr Ehemann Moana Kalosil, ein ehemaliger Premierminister von Vanuatu. Kalosil, der im Wahlkreis Efate Rural antrat, konnte sich mit nur 950 Stimmen keinen Sitz sichern.

Im Jahr 2015 gehörte der damalige stellvertretende Premierminister Moana Kalosil zu einer Gruppe von 14 Abgeordneten, die wegen Korruption und Bestechung zu Haftstrafen verurteilt wurden. Er wurde 2017 nach einer vierjährigen Haftstrafe entlassen.

Info: Die Gesamtzahl der für die vorgezogenen Neuwahlen registrierten Wähler*innen betrug 212.245. Die Wahlbeteiligung war in diesem Jahr stark angestiegen: 69 % der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab, gegenüber nur 44% bei den Schnellwahlen 2022. Obwohl 25 politische Parteien für die Parlamentswahl registriert waren, traten nur 23 an und nur 12 von ihnen errangen Sitze.

Fünf der politischen Parteien, die es ins Parlament geschafft haben, erhielten nur einen Sitz und haben nach den jüngsten Änderungen der Verfassung von Vanuatu drei Monate Zeit, sich für die Dauer des laufenden Parlaments einer größeren Partei anzuschließen. Von den 31 unabhängigen Kandidaten schaffte nur einer, Gaetan Pikioune im Wahlkreis Santo, den Einzug ins Parlament.

Die *Leaders Party* war die erfolgreichste Partei und erhielt neun Parlamentssitze, zwei mehr als ihr engster Konkurrent, die

Vanua'aku Pati, die sieben Sitze hat.

Die *Iauko Group*, die *Union of Moderate Parties* und die *Rural Development Party* haben jeweils sechs Sitze.

Graon Mo Jastis Pati und die Wiedervereinigungsbewegung für den Wandel haben jeweils fünf Sitze. Die acht verbleibenden Sitze in der 52-köpfigen Kammer werden von den übrigen Parteien, den Bürgerbewegungen und dem einzigen unabhängigen Abgeordneten gehalten. (*Radio NZ Intern.* 30.01.25, 11.02.25)

UN-Berichterstatterin fordert Einbeziehung queerer Menschen in Klimapolitik

Elisa Morgera, Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Förderung und den Schutz von Menschenrechten im Zusammenhang mit dem Klimawandel, hat die Einbeziehung von LGBTQI+-Menschen in die Klimapolitik Vanuatus gefordert.

Während ihres Besuchs in Vanuatu im November letzten Jahres betonte sie, dass die nationale Klimawandel-Politik die unverhältnismäßigen Auswirkungen auf marginalisierte Gruppen, einschließlich LGBTQI+-Personen, berücksichtigen und gleichzeitig die Menschenrechte und die Klimagerechtigkeit bewahren sollte.

Morgera bestätigte, dass die Regierung mit der Entwicklung einer Politik begonnen habe, die sich für die Menschenrechte von LGBTQI+-Personen einsetzen soll. Sie betonte, dass der Prozess landesweite Konsultationen einschließen werde, um die Inklusion der bisher marginalisierten

Personengruppen zu gewährleisten.

Aus ihrer internationalen Menschenrechtsperspektive als UN-Sonderberichterstatterin betonte Morgera die Pflicht, LGBTQI+-Personen vor gesellschaftlicher Marginalisierung zu schützen, insbesondere im Zusammenhang mit den Folgen des Klimawandels. (*Vanuatu Daily Post* 12.12.24)

China liefert militärische Ausrüstung

Ende letzten Jahres hat die chinesische Regierung Patrouillenboote und militärische Ausrüstungsgegenstände an die Provinzen Torba, Penama, Malampa und Tafea übergeben. Damit soll die Arbeit der *Vanuatu Police Force* (VPF) erleichtert werden.

Die Übergabe fand in der Lape-tasi-Werft statt, wo der chinesische Botschafter in Vanuatu, Li Minggang, die Ausrüstung im Beisein des geschäftsführenden Premierministers, Charlot Salwai, und Mitgliedern des diplomatischen Corps an den Innenminister Andrew Napuat übergab. Napuat ist u.a. für die VPF zuständig.

„Heute übergibt China Waren an Vanuatu und hält seine Zusage ein. Wie ein chinesisches Sprichwort besagt, lohnt es sich, auf gute Dinge zu warten, und jetzt liefern wir die modernste Ausrüstung. Wir glauben, dass diese Ausrüstung dazu beitragen wird, die Einrichtungen der Vanuatu Police Force und der Vanuatu Mobile Force zu modernisieren und ihre Fähigkeiten zur Strafverfolgung zu verbessern, was der Bevölkerung von Vanuatu zugutekommt“, erklärte der chinesische Botschafter in seiner Rede bei der Übergabe.

Zu der Ausrüstung im Wert von 500 Millionen Vanuatu-Dollar gehören 20 Motorräder, zehn Jeeps und zehn Transportfahrzeuge. (*Vanuatu Daily Post* 10.12.24)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Neuer Präsident

Die neu eingesetzte Regierung von Neukaledonien hat den frankreichfreundlichen Alcide Ponga zu ihrem Präsidenten gewählt. Sechs der 11 Regierungsminister im Kabinett von Neukaledonien hatten für den 49-jährigen Ponga gestimmt. Dazu gehörten die vier Regierungsmitglieder aus seiner Fraktion (*Les Loyalistes-Rassemblement*) sowie die entscheidenden Stimmen von Jérémie Kati-djo-Monnier von der gemäßigten Partei *Calédonie Ensemble* und Petelo Sao von der Partei *Eveil Océanien*.

Samuel Hnepeune, der vom Lager der Unabhängigkeitsbefürworter unterstützte Kandidat, erhielt drei Stimmen von der *Union Calédonienne (UC)-FLNKS*.

Ein Teil der Unabhängigkeitsbefürworter aus der *Union National pour l'Indépendance (UNI)* und deren beide Regierungsmitglieder hatten sich der Stimme enthalten.

Ponga löst den Unabhängigkeitsbefürworter Louis Mapou ab, dessen Regierung kurz vor Weihnachten gestürzt war.

Alcide Ponga entstammt einer frankreichfreundlichen indigenen Kanak-Familie, in der sein Vater, seine Mutter und sein Onkel hohe politische Ämter in den Institutionen Neukaledoniens innehatten, und zwar alle unter dem damals pro-französischen

Rassemblement pour la République (RPCR) unter der Führung der historischen Figur Jacques Lafleur. Sein Onkel Maurice Ponga war Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Ponga hat einen Master in Politikwissenschaften. Er trat 2013 in die Politik ein. Seit 2014 ist er Bürgermeister der neukaledonischen Kleinstadt Kouaoua, einer Nickelabbausiedlung, in der er auch geboren wurde. Im April 2024 wurde er Präsident des *Rassemblement-LR*. (*Radio NZ Pacific 09.01.25, Wikipedia*)

Keine Antibiotika in Futtermitteln mehr

Nach Sensibilisierungskampagnen und Schulungen zur Biosicherheit in landwirtschaftlichen Betrieben wurde die Einfuhr von Futtermitteln, die antimikrobielle Mittel („Antibiotika“) enthalten, in Neukaledonien innerhalb von nur zwei Jahren vollständig eingestellt. Das hat kürzlich die *„Weltorganisation für Tiergesundheit“* (WOAH) positiv hervorgehoben.

Bei der Aktualisierung der jährlichen Daten über die Verwendung von antimikrobiellen Mitteln bei Tieren war Dr. Stéphanie Sourget, die Leiterin der Abteilung Quarantäne und Tiergesundheit beim neukaledonischen Veterinär-, Lebensmittel- und Pflanzenschutzinspektionsdienst, überrascht, als sie bei ihren Erhebungen keine Antibiotika mehr in Futtermitteln feststellen konnte. In den Jahren 2022 und 2023 war dieses sogenannte „Medizinalfutter“ gar nicht mehr importiert worden. Nach Gesprächen mit Vertretern der Versorgungskette stellte Dr. Sourget fest, dass diese

bedeutende Veränderung keine negativen Auswirkungen auf die Erzeuger oder die Tiergesundheit hatte und auch nicht zu einem verstärkten Einsatz anderer antimikrobieller Mittel führte.

Dr. Sorget zeigte sich positiv überrascht von dieser Entwicklung: *„Wir waren besorgt über das Risiko, dass diese Änderung im Ferkelfutter zu hohen Sterblichkeitsraten führen könnte, was erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen auf den Sektor hätte haben können. Wir stellen jedoch erfreut fest, dass alles sehr gut läuft, sowohl aus der Sicht der Landwirte und der Futtermittelhändler - die einen Wachstumsrückgang von nur 1 kg verzeichnet haben - als auch aus der Sicht der Tiergesundheit.“*

Dr. Coralie Lussiez, Leiterin der Biosicherheitsabteilung des kaledonischen Inspektionsdienstes für Tier-, Lebensmittel- und Pflanzengesundheit und WOAH-Delegierte für Neukaledonien, ergänzte zu den Bemühungen um die Verringerung der Antibiotika in Futtermitteln: *„Wir haben nicht nur intensiv mit verschiedenen Interessengruppen kommuniziert, um das Bewusstsein für die Risiken der Antibiotikaresistenz zu schärfen, sondern haben auch an Untersuchungen über das Vorhandensein resistenter Bakterien in Neukaledonien teilgenommen und dabei eng mit den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Forschung zusammengearbeitet.“*

Info: Medizinalfutter ist Tierfutter, das mit Medikamenten oder therapeutischen Substanzen versetzt wurde. Es wird zur Behandlung oder Vorbeugung von Krankheiten bei Tieren oder zur Förderung ihres Wachstums verwendet. In Neukaledonien ist

Schweinefleisch nach Rindfleisch und Geflügel die drittgrößte Fleischindustrie, die das gesamte Gebiet mit frischen Schweineprodukten versorgt. In der Vergangenheit war dieser Industriezweig ein bedeutender Abnehmer von Arzneimittelfutter.

(<https://www.woah.org/en/article/improved-biosecurity-lowers-antimicrobial-use-in-new-caledonia/>)

Neues Kraftwerk eingeweiht

Am 23. Februar 2025 hat der französische Minister für die Überseegebiete, Manuel Valls, das Kraftwerk Kwita Wije in Boulouparis in der südlichen Provinz Neukaledoniens eingeweiht. Die von der Firma *Akuo* entwickelte Anlage kombiniert ein 6-Megawatt (MW)-Photovoltaik-Stromerzeugungssystem mit einer 3-MW/3-MWh-Speichereinheit sowie einem Photovoltaik-Gewächshaus für den Gemüseanbau.

Das neue Kraftwerk deckt den Bedarf von 2.100 neukaledonischen Haushalten und spart jährlich 3.200 Tonnen Kohlendioxid (CO₂) ein. Die Integration von Speichern sorgt für eine größere Stabilität des öffentlichen Stromnetzes und ermöglicht die Bereitstellung von Ökostrom in den Abendstunden, insbesondere zwischen 18 und 20 Uhr, wenn die Nachfrage am höchsten ist.

Neukaledonien hat sich verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen bis 2035 um 75 % zu reduzieren, wie im Energiewendeplan von 2023 dargelegt. Die Entwicklung von Speicherkapazitäten, wie sie das Kraftwerk Kwita Wije demonstriert, ist von entscheidender Bedeutung für die verstärkte Integration erneuerbarer Energien und die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen

Brennstoffen, insbesondere im Metallurgiesektor.

Hintergrund: Das Kraftwerk wurde von der Caisse d'Épargne Île-de-France, der Banque de Nouvelle-Calédonie, dem Akuo Carbon Fund und durch eine Crowdfunding-Kampagne auf der Plattform *AkuoCoop by Lendospere* finanziert, bei der 266 Investoren 770.000 Euro aufbrachten. Diese Initiative unterstreicht das öffentliche Engagement für den Ausbau erneuerbarer Energien. (*Energy News 25.02.25*)

MIKRONESIEN

Frauenpower im Parlament

Palau: Gleich sechs Frauen sind im 12. Parlament der Republik Palau vertreten. Vier Frauen wurden in die Abgeordnetenversammlung und zwei in den Senat gewählt.

Zu den gewählten Frauen im Abgeordnetenhaus gehören die Abgeordnete Rebecca Ngirmechaet aus dem Bundesstaat Ngchesar, die Abgeordnete Stephanie Ngirchoimei aus dem Bundesstaat Airai, die Abgeordnete Francisca Otong aus dem Bundesstaat Ngatpang und die Abgeordnete Portia Franz Kesolei aus dem Bundesstaat Ngeremlengui. Die beiden weiblichen Senatoren sind Senatorin Rukebai Inabo und Senatorin Lalii Ann Pedro.

Die Parlamentsmitglieder, darunter auch Präsident Surangel Whipps Jr. und Vizepräsident Raynold „Arnold“ Oilouch, legten ihren Amtseid in einer feierlichen Zeremonie ab. Die Kinder des Präsidenten und des Vizepräsidenten

wünschten ihren Vätern in einer emotionalen Ansprache viel Glück für das neue-alte Amt. Präsident Whipps äußerte sich vorsichtig optimistisch, die Folgen der Corona-Pandemie in den nächsten vier Jahren seiner Amtszeit endgültig überwinden zu können.

Hintergrund: Die 12. nationale Regierung von Palau wurde Mitte Januar offiziell in ihr Amt eingeführt. Im Senat wurde Senator Hokkons Baules erneut als Präsident eingesetzt, Senator Dr. Stevenson Kuartei wurde zum Vizepräsidenten gewählt und Senator Kerai Mariur übernahm die Rolle des Fraktionsvorsitzenden. In der Abgeordnetenversammlung wurde der Abgeordnete Gibson Kanai aus dem Bundesstaat Ngaraard zum Sprecher, der Abgeordnete Mario Gulibert aus dem Bundesstaat Angaur zum Vizepräsidenten und der Abgeordnete Warren Umetaro aus dem Bundesstaat Aimeilik zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. (*Palau Island Times 17.01.25*)

Bedrohung durch steigende Temperaturen

Palau: Steigende Temperaturen stellen eine erhebliche Bedrohung für die Gesundheit, den Lebensunterhalt und die Wirtschaft der Palauer dar, so der „*Lancet Countdown: Health and Climate Change 2024 Report*“ für Palau.

Der Bericht zeigt, dass die Temperaturen in Palau zwischen 2018 und 2022 höher lagen als im Zeitraum zwischen 1986 und 2005. Die Temperaturen stiegen nicht nur, sondern die Hitzewellen dauerten auch länger als in den Vorjahren. In dem Bericht heißt es, dass zwischen 2019 und 2023 im Vergleich zu den Jahren 2000-

2004 eine durchschnittliche Zunahme der gesundheitsgefährdenden Hitzeexposition um jährlich 10 Tage pro Person zu verzeichnen war.

Die Hitze wirkte sich nicht nur auf die Gesundheit aus, sondern forderte auch ihren Tribut von der Wirtschaft Palaus. Die anhaltende Hitzeexposition führte in verschiedenen Sektoren wie der Landwirtschaft, dem Baugewerbe, der verarbeitenden Industrie und dem Dienstleistungssektor zu einem erheblichen Verlust an Arbeitsstunden: „*Im Jahr 2023 verlor Palau aufgrund der sommerlichen Hitze 1,8 Millionen Arbeitsstunden, was zu Einkommensverlusten in Höhe von etwa 2,6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des Landes führte.*“

Info: Der *Lancet Countdown* ist ein Jahresbericht, in dem der Zusammenhang zwischen Gesundheitsproblemen und dem Klimawandel untersucht wird. Es handelt sich um eine Initiative, die von einer internationalen Gruppe von Expert*innen aus verschiedenen Bereichen wie Klimawissenschaft, Gesundheitswesen und Wirtschaft unterstützt wird. Die Berichterstattung ist eine Zusammenarbeit zwischen der renommierten medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet* und verschiedenen Partnerorganisationen. (*Palau Island Time 10.12.24, <https://lancet-countdown.org/>*)

Auf dem Weg zu ökologisch und sozial nachhaltigem Tourismus

Palau: Der Inselstaat Palau ist unter Tourist*innen vor allem als Taucherparadies bekannt. Um die Tourismusindustrie, die während der Corona-Pandemie sehr gelitten hatte, wieder anzukurbeln, setzen die Bewohner*innen von

Palau nun aber auch auf Attraktionen auf festem Land und bieten historische Führungen sowie Kunsthandwerk-Workshops an. Palau möchte, dass seine Besucher*innen nicht nur die Unterwasserwelt vor seinen Küsten, sondern auch Geschichte, Kultur und Lebensstil der Bewohner kennenlernen. Die neue Strategie hat Erfolg! Die Besucherzahlen sind laut Behörden von etwa 5.000 im Jahr 2021 auf über 50.000 im Jahr 2024 gestiegen, angeführt von Reisenden aus China.

Außerdem legt Palau großen Wert auf Umweltschutz. Bereits 80 % der Gewässer wurden zu Naturschutzgebieten erklärt und bei ihrer Ankunft müssen Tourist*innen die sogenannte „Palau-Pledge“ unterzeichnen, also ein Versprechen abgeben, dass sie sich in der freien Natur verantwortungsbewusst verhalten.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin in Chinese Studies.

<https://www.scmp.com/lifestyle/travel-leisure/article/3299845/why-theres-more-palau-diving-wood-carving-ancient-monoliths>

<https://www.travelandtour-world.de/news/article/palau-invites-travelers-to-its-untouched-island-haven-with-a-unique-environmental-pledge-for-the-ultimate-nature-lovers-escape/>)

Bilaterale Zusammenarbeit mit Indien

Föderierte Staaten: Der Präsident der Föderierten Staaten von Mikronesien, Wesley Simina, begrüßte in Palikir die indische Außenministerin Pabitra Margherita. Sie bereiste erstmals vom 18. bis zum 21. Januar die Föderierten Staaten. Die beiden Politiker kamen überein, „gemeinsame Interessensprioritäten“ voranzutreiben und ihre diplomatischen Beziehungen auf ein höheres Niveau

zu heben.

Laut einer Pressemitteilung der mikronesischen Regierung besprachen Simina und Margherita die bilaterale Zusammenarbeit in wichtigen Bereichen, wie z.B. Indiens Unterstützung für den Bau des „One UN House Micronesia Complex“. In diesem Gebäude sollen alle in Mikronesien tätigen UN-Organisationen ein Büro erhalten.

Simina sagte, Margheritas Besuch unterstreiche die „*Stärke der Beziehungen zwischen Mikronesien und Indien*“ und repräsentiere „*eine gemeinsame Vision von Nachhaltigkeit, Wohlstand und vertiefter Zusammenarbeit, die das Fundament für eine dauerhafte Partnerschaft stärkt*“.

Die Politiker schlugen eine Absichtserklärung vor zur engeren Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen bilateralen Handel und Investitionen, Bildung, Gesundheit und Medizintechnik, Arbeitskräftemobilität, maritime Technologie und Dienstleistungen, Seetransport, Klimawandel, Umwelt, Wasser und Energie, Infrastrukturentwicklung, Technologie und Cybersicherheit, Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Sport.

Hintergrund: Indien entwickelt sich zu einem wichtigen Partner für die Pazifikstaaten. „*In einer Zeit, in der Indiens Einfluss zunimmt und geopolitische Instabilität eher nach Freunden als nach Feinden verlangt, ist die Pflege konstruktiver Beziehungen wichtiger denn je*“, so S. Yash Kalash, Forschungsdirektor am *Center for International Government and Innovation*, einer in Indien ansässigen Denkfabrik. (*Pacific Island Times* 23.01.25)

Politische Bildung für Jugendliche

Föderierte Staaten: Das Parlament des Staates Yap hat kürzlich ein neues Programm zur politischen Bildung von Jugendlichen ins Leben gerufen. Das Projekt wird durch japanische Entwicklungshilfegelder finanziert und die Umsetzung erfolgt durch das Pazifikbüro des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Es ist Teil einer größeren Initiative namens SLIP II, die darauf abzielt, die Legislative in den pazifischen Inselstaaten zu stärken.

Insgesamt nahmen bisher 13 Gymnasiast*innen aus Yap an dem Programm teil. Die Jugendlichen sollen dabei durch praktische Aktivitäten wie Scheinwahlen und Parlamentsdebatten schon früh in demokratische Prozesse mit einbezogen werden und zu gesellschaftlichem Engagement motiviert werden. Für viele der Jugendlichen geht es bei dem Projekt aber nicht nur um politische Teilhabe, sondern auch um die Möglichkeit, sich aktiv für positive Veränderungen einsetzen zu können. (Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies. <https://www.undp.org/pacific/press-releases/empowering-youth-shape-governance-yap>)

Digitale Kompetenz

Föderierte Staaten: Das Pazifikbüro des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) hat in Zusammenarbeit mit mehreren Ministerien der Föderierten Staaten von Mikronesien eine neue Initiative ins Leben gerufen, die die digitale Kompetenz in dem Inselstaat stärken soll. Das sogenannte *Digital Leadership*

Training der „Pacific Digital Democracy Initiative“ (PDDI) wird mit EU-Geldern gefördert und soll in erster Linie Regierungsbeamte dabei unterstützen, eigene digitale Lösungen zu entwickeln und ein zunehmend digitales administratives Umfeld zu verwalten. Ziel ist es, einen leichteren Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu ermöglichen, wie zum Beispiel durch Online-Anträge. Außerdem soll dadurch die Transparenz im öffentlichen Sektor gefördert werden. Auch das Aufbauen von Vertrauen auf Seiten der Bevölkerung in die online-Dienste sowie Cybersicherheit spielen in den Sitzungen und Workshops eine Rolle.

Die Initiative ermöglicht somit Regierungsvertretenden auf allen Ebenen, sich mit den Chancen und Risiken der digitalen Transformation auseinanderzusetzen und letztendlich das Leben der Bewohner*innen des Inselstaates mit Hilfe von neuen Technologien zu verbessern. (Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies. <https://www.undp.org/pacific/press-releases/digital-leadership-training-enhance-digital-readiness-fsm>)

Guam als Tor in die USA für chinesische Asylsuchende

Guam: Das US-Territorium Guam ist seit ein paar Jahren zum Ziel einer ungewöhnlichen Fluchtroute geworden. Auf der Suche nach politischem Asyl nimmt eine kleine, aber wachsende Gruppe von chinesischen Staatsbürgern die gefährliche Reise über den Pazifik auf sich, um auf Guam einen Asylantrag zu stellen und so in die USA zu gelangen.

Die meisten der chinesischen Asylsuchenden reisen zunächst nach Saipan auf den Nördlichen Marianen, weil das US-

Territorium chinesischen Staatsbürger*innen einen 14-tägigen Aufenthalt ohne Visum gewährt. Da die Nördlichen Marianen aber keine Asylanträge annehmen, geht es für die meisten Chinesen weiter nach Guam. Die 214 km lange gefährliche Route über den Westpazifik nehmen viele mit dem Schlauchboot auf sich und können auf Guam dann ein Gesuch auf Asyl stellen.

Nach Angaben der Zoll- und Quarantänebehörde der Insel trafen die Beamten im vergangenen Jahr auf 40 Personen bei ihrer Ankunft an Guams Küste, von denen alle die chinesische Staatsbürgerschaft besaßen. Allerdings sind die Bearbeitungszeiten der Asylverfahren oft sehr lang, da es auf Guam keine Richter gibt, die im Asylverfahrensprozess entscheiden dürfen. Es muss also extra ein entsprechender Richter aus den USA einfliegen, oder das Verfahren muss online durchgeführt werden.

Viele der Asylbewerber*innen befürchten, dass die strengeren Einwanderungsrichtlinien, die US-Präsident Donald Trump in seinen ersten Amtswochen unterzeichnet hat, ihre Chancen auf Asyl erheblich einschränken könnten. (Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies. <https://www.voanews.com/a/guam-a-doorway-to-us-for-chinese-asylum-seekers/7974674.html>)

Windkraftprojekt liegt auf Eis

Guam: Präsident Donald Trumps *Executive Order* zur Aussetzung von Windkraftprojekten wird ein geplantes Projekt zum Ausbau der Windenergie auf Guam bis auf weiteres auf Eis legen.

In einer am 20. Januar 2025 erlassenen Richtlinie erklärte Trump

mit Wirkung zum 21. Januar den Rückzug aus Pachtverträgen im Zusammenhang mit Windenergie. Das betrifft auch das neue Windpark-Projekt, das gerade erst von der Biden-Regierung bekanntgegeben wurde, und Küstenabschnitte vor Guam zur gewerblichen Verpachtung freigegeben hätte.

Ziel des Projekts war es, den Inselstaat bis 2035 zu 50 % aus erneuerbaren Energien zu versorgen und bis 2045 komplett auf fossile Rohstoffe in der Energieversorgung verzichten zu können.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies. (Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies. <https://islandsbusiness.com/news-break/trump-halts-guams-ocean-wind-farm-initiative/>)

Bloomberg Big Take: Chinesische Hackerangriffe

Guam: Kleine Telekommunikationsunternehmen und Netzversorger auf Guam sehen sich laut US-Geheimdiensten mit einem beispiellosen chinesischen Cyberwar-Plan konfrontiert.

Melvyn Kwek leitet seit sechs Jahren die vierköpfige Cybersicherheitsabteilung der Energiebehörde *Guam Power Authority* (GPA) des US-Territoriums. 2022 bekam er plötzlich Besuch von US-Geheimdienstmitarbeitenden, die die Netzwerke der Abteilung genauer untersuchen wollten, da ein Verdacht auf Bedrohung der nationalen Sicherheit vorläge.

Die US-Marine ist der größte Kunde von GPA und verbrauchte 2023 etwa 20 % des von ihr erzeugten Stroms. Mit den Besuchen, die Kwek ab 2022 regelmäßig erhielt, reagierten die amerikanischen Behörden auf

beunruhigende Anzeichen, dass chinesische Hacker einen Großteil der zivilen Infrastruktur der Insel infiltriert hatten. Auch das Militär nutzt für den Betrieb seiner Stützpunkte dieselbe zivile Infrastruktur. Laut US-Geheimdienst sei die Hacker-Kampagne wahrscheinlich darauf ausgerichtet, an einem Ort von militärischer Bedeutung Chaos zu stiften. Dennoch wird das Militär auch während seiner milliarden schweren Expansion auf der Insel weiterhin zivile Infrastruktur nutzen, teils auch, um die mitunter angespannten Beziehungen zur lokalen Bevölkerung nicht durch den Aufbau paralleler Systeme zu belasten.

Im Falle einer Konfrontation zwischen China und den USA seien laut Experten konzertierte Cyberangriffe, die darauf ausgelegt sind, die öffentliche Infrastruktur in den USA lahmzulegen, wesentlich wahrscheinlicher als ein direkter militärischer Angriff Chinas. Die chinesische Botschaft in Washington hingegen bestreitet die Vorwürfe und bezeichnet die Anschuldigungen als Schmähattacken ohne faktische Grundlage. Die Herausforderung liegt nun bei der neuen Regierung, die amerikanische Infrastruktur und die seiner Territorien im Pazifik besser vor Cyberangriffen zu schützen. Obwohl Donald Trump bisher zögerte, Taiwan militärisch zu verteidigen, verfolgte er gegenüber China einen konfrontativen Ansatz. Anhaltende Spannungen könnten allerdings zu aggressiven Cyberangriffen auf beiden Seiten führen.

Die Hackerkampagne rund um Guam ist mittlerweile weithin als „*Volt Typhoon*“ bekannt und Sprecher der NSA haben erklärt, dass mit Hochdruck daran gearbeitet wird, jede Schwachstelle zu

beseitigen. US-Behörden sind besonders darüber beunruhigt, dass viele der Cyberangriffe auf Institutionen wie GPA und unterfinanzierte Privatunternehmen fallen, die oft unfähig sind, sich angemessen gegen derartige Bedrohungen zu schützen.

Um auf die anfällige Infrastruktur von Privatunternehmen zugreifen zu können, benötigen Bundesbehörden wie das FBI eine Genehmigung. Wenig überraschend sind viele der Unternehmen nicht erpicht darauf, der Regierung Zugriff zu ihren Netzwerken zu verschaffen.

Cyberspionage wird oft aufgedeckt, wenn Angreifer beginnen, große Datenmengen aus einem Netzwerk zu verschieben. *Volt Typhoon* hingegen infiltriert seine Ziele und agiert dann als authentischer Benutzer, wobei er kaum mehr tut als „herumzuschleichen“. Das Ziel, sagen Experten, besteht darin, den erforderlichen Zugriff zu erlangen, massiven Schaden anzurichten und dennoch unauffällig genug zu sein, um nicht aufzuliegen. In vielen Fällen besteht die einzige Möglichkeit, *Volt Typhoon* zu entdecken, darin, eine Anomalie in einem Berg von regulären Nutzungsdaten zu finden. Also eine einzige Anmeldung unter Millionen, zu einer ungewöhnlichen Zeit oder an einem ungewöhnlichen Ort.

Experten von Microsoft entdeckten die ersten Anzeichen von *Volt Typhoon* im Jahr 2021, als sie einen Cyberangriff auf einen Hafen in Houston/Texas untersuchten. Im Januar 2022 bemerkten sie ähnliche Aktivitäten bei einem Telekommunikationsunternehmen in Guam. Anstatt es auf Computer oder Smartphones abgesehen zu

haben, übernahmen die Hacker Geräte wie handtaschengroße Hardware-Firewalls, die kleine Unternehmen zum Schutz ihrer Netzwerke bevorzugen. Die Experten fanden außerdem Spuren der Hacker bei *Docomo Pacific*, einer Tochtergesellschaft der in Tokio ansässigen *NTT Docomo Inc.*, die auf Guam tätig ist. Auch Experten von *Lumen Technologies Inc.*, einem globalen Glasfaserkabel-Netzwerkbetreiber, gaben bekannt, dass *Volt Typhoon* das Netzwerk der Inselregierung im Visier gehabt hätte. Die US-Küstenwache fand *Volt Typhoon* später in drei weiteren Einrichtungen auf Guam.

Die Hacker arbeiten meist sehr gewissenhaft, um ihre Spuren zu verwischen. Sie löschten sogar einige Schadsoftware-Programme von früheren Angreifern, die, wenn sie gefunden worden wären, möglicherweise Aufmerksamkeit erregt hätten. Außerdem setzte das Team hinter *Volt Typhoon* auf Guam eine neue Schadsoftware ein, die es bei anderen Angriffen nicht eingesetzt hatte. Die Experten von Microsoft werteten dies als Zeichen dafür, dass die Insel eine hohe Priorität hätte. Ende 2022 bestätigte das Verteidigungsministerium, dass auch eine Handvoll US-Bundesnetzwerke auf der Insel infiltriert worden waren, darunter sensible Verteidigungsnetzwerke, die als uneinnehmbar galten.

Guams Anfälligkeit für Cyber-Störungen wurde während eines Angriffs auf *Docomo Pacific* im März 2023 deutlich. Das Unternehmen musste Server abschalten, um den Eindringling zu isolieren, was zu Serviceproblemen für die Menschen auf der ganzen Insel führte, darunter auch US-Militärangehörige und ihre Familien.

Ein Problem in der Bewältigung der Cyberangriffe besteht darin, dass es mehr oder weniger unmöglich ist zu wissen, ob die Hacker vollständig entfernt wurden. Die regierungsweiten Bemühungen, an denen bereits das US Cyber-Command, die Küstenwache, CISA, das FBI und die NSA beteiligt sind, könnten daher Jahre dauern.

Washington hat Ressourcen mobilisiert, um die privaten Unternehmen der Insel auf den neuesten Stand zu bringen. Die NSA bat zunächst Amazon Web Services, Lumen Technologies, Microsoft und Secureworks um Hilfe bei der Untersuchung der Situation in den gesamten USA und der Erstellung eines Warnhinweises, der potenziellen Opfern Orientierung bieten soll. Das FBI erhöhte das Tempo der Sicherheitsinterventionen auf Guam bereits im Februar 2023.

Aber Guams Gouverneurin Lourdes Aflague Leon Guerrero sieht die Problematik, nämlich dass sich Guam im Fadenkreuz zweier Großmächte befindet, auch vor dem Hintergrund beunruhigender historischer Parallelen. Die USA eroberten Guam nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg kampflos und hielten sie bis 1941, als Japan wenige Stunden nach der Bombardierung Pearl Harbors einmarschierte. Tausende Einheimische starben bei der anschließenden japanischen Besetzung, die bis zur Rückeroberung der Insel durch die USA im Jahr 1944 andauerte. Auch wenn US-Army-Kommandeure immer wieder versichern, dass sie die Insel nicht wieder verlieren werden, gibt es doch auch einige Inselbewohner, die der US-Militärpräsenz feindlicher gegenüberstehen, denn laut ihnen seien es die US-Stützpunkte selbst, die die Insel zu einem Ziel

chinesischer Angriffe machten.

Einige Menschen bleiben sogar hinsichtlich der Existenz einer Bedrohung skeptisch. Frank Lujan, technischer Leiter von etwa 40 Regierungsbehörden in Guam, darunter die Ministerien für Bildung, Militärangelegenheiten und öffentliche Gesundheit, sagte, er habe keine Beweise aus erster Hand dafür gesehen, dass jemand kompromittiert wurde.

Die Regierung der Insel entwickelte 2023 erstmals einen Cybersicherheitsplan, aber eine Cyberübung auf nationaler Ebene mit Schwerpunkt auf Hawai'i und Guam im April 2024 brachte mehrere Probleme zutage, die noch immer nicht behoben wurden. Im vergangenen Juli drängte das Weiße Haus das Verteidigungsministerium dazu, die Cyberabwehr Guams weiter zu stärken. Anfang 2024 flogen daher Mitarbeitende des Senats nach Guam, um zu besprechen, wie der Kongress helfen könnte. Sie stellten fest, dass Führungskräfte konkurrierender Telekommunikationsunternehmen nicht bereit waren, ihre digitalen Schwächen voreinander zu diskutieren.

Kein Unternehmen ist gesetzlich verpflichtet, Cyberangriffe zu melden. Eine effektive und lückenlose Cyberabwehr wird daher auch weiterhin eine große Herausforderung bleiben.

(Recherche und Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies. <https://www.bloomberg.com/news/features/2025-01-03/chinese-cyber-hackers-terrify-us-intelligence-after-infiltrating-guam>, <https://table.media/en/china/news/cyberattacks-chinese-hackers-step-up-activities/>)

Letzte Ausgabe der „The Saipan Tribune“

Nördliche Marianen: Wie bereits im Oktober 2024 angekündigt, stellte „The Saipan Tribune“, eine der wichtigsten Tageszeitungen der Nördlichen Marianen, seinen Betrieb ein. Grund dafür seien sowohl wirtschaftliche Probleme wie auch die zunehmende Digitalisierung von Medien.

1990 von Mark Pangelinan und Larry Hillbloom gegründet, wurde *The Tribune* zunächst ausschließlich in gedruckter Form veröffentlicht und wurde 1999 mit einer eigenen Webseite auch online zugänglich gemacht. *The Saipan Tribune* war in den vergangenen 30 Jahren ein fester Bestandteil der Nachrichten der Nördlichen Marianen.

Das Management von *The Tribune* führte die Schließung hauptsächlich auf wirtschaftliche Gründe und einen veränderten Nachrichtenkonsum zurück. Die zunehmende Verfügbarkeit von Internetzugang und Mobilgeräten habe dazu geführt, dass Verbraucher*innen sofortige Informationen verlangten, was viele Branchen dazu veranlasst hat, ihre Geschäftsmodelle umzugestalten und online zugänglich zu machen. Diese Veränderung habe die Anforderungen an die *Saipan Tribune* neu definiert. Darüber hinaus konnte der Verlag den anhaltenden lokalen und wirtschaftlichen Herausforderungen der letzten Jahre trotz größter Bemühungen nicht mehr gerecht werden.

Info: Die Inhalte der vergangenen Ausgaben der *Saipan Tribune* bleiben weiterhin in einem online-Archiv zugänglich.

(Artikel von Clara Groth. Masterstudentin in Chinese Studies. <https://pasquines.us/2025/01/14/northern-mariana-islands-saipan-tribune-shuts-down/>)

Staatsbürgerschaft für mehr Klimaresilienz auf Nauru

Nauru: Wie für die gesamte Pazifikregion stellt der Klimawandel und insbesondere der steigende Meeresspiegel für den Inselstaat Nauru eine erhebliche Bedrohung dar.

Um die etwa 13.000 Bewohner*innen Naurus besser vor dessen Auswirkungen zu schützen, sollen etwa 90 % der Bevölkerung innerhalb der nächsten Jahre weg von der Küste in das höher gelegene Landesinnere umgesiedelt werden. Um dieses teure Unterfangen finanzieren zu können, hat Präsident David Adeang Ende Februar das umstrittene „Golden Pass“ Programm ins Leben gerufen, bei dem naurische Pässe für 105.000 US-Dollar verkauft werden und somit den Käufern eine visumsfreie Einreise in 89 Länder ermöglichen. Damit sollen insgesamt etwa 43 Millionen US-Dollar eingenommen werden.

Mit einer Gesamtfläche von nur 21 km² ist Nauru einer der kleinsten Staaten der Welt. Der Phosphatabbau in den 1970er Jahren hat zusätzlich dazu geführt, dass geschätzte 80 % der Fläche heute unbewohnbar sind. Die wenigen Gebiete, in denen eine Besiedlung noch möglich ist, sind bisher noch nicht erschlossen worden, weshalb Bauvorhaben so kostspielig ist. Laut Hochrechnungen der Regierung könnten innerhalb der nächsten Jahre etwa 500 Pässe verkauft werden und damit Einnahmen in zweistelliger Millionenhöhe generieren.

Weltweit bieten mehr als 60 Länder ähnliche Programme an, um ihre Staatseinnahmen zu steigern. Beobachter und Experten warnen allerdings vor den Risiken, denn

der Verkauf von Pässen wird auch für kriminelle Zwecke genutzt, um beispielsweise der Strafverfolgung zu entgehen oder Geldwäsche zu betreiben.

Ein früherer Versuch der naurischen Regierung, Pässe zu verkaufen, war 2003 katastrophal gescheitert, als die naurische Staatsbürgerschaft an Al-Kaida-Mitglieder verkauft wurde. Regierungsvertreter versichern allerdings, dass ein Kauf jetzt mit strengem Verfahren und Überprüfung einhergeht.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies.

<https://www.deutschlandfunknova.de/nachrichten/klimawandel-in-nauru-verkauf-von-staatsbuergerschaft-soll-umzug-finanzieren>

<https://www.theguardian.com/world/2025/feb/26/nauru-climate-citizenship-golden-passport>)

MARSHALL-INSELN

Großes Meeresschutzgebiet eingerichtet

Am 30. Januar wurde das erste nationale Meeresschutzgebiet der Marshall-Inseln bei einer Unterzeichnungszereemonie im *International Conference Center* in Majuro offiziell eingeweiht. An der feierlichen Zeremonie nahmen hochrangige Vertreter*innen aus der Politik teil. So unterzeichneten den Vertrag u.a. Präsidentin Dr. Hilda C. Heine und die Minister für natürliche Ressourcen und Handel.

Das 18.500 Quadratmeilen große Schutzgebiet schützt die abgelegenen Bikar- und Bokak-Atolle. Hier befinden sich u.a. die landesweit größte Nistkolonie der bedrohten Grünen Meeresschildkröte und das Paarungsgebiet von Tiefseehaien.

Die Einrichtung des Meeresschutzgebietes ist Teil des laufenden Engagements der Republik, die nationalen, regionalen und globalen Ziele zum Schutz der Ozeane mit Hilfe des sogenannten „*Reimaanlok-Rahmens*“ zu erreichen, der traditionelles Wissen mit moderner Wissenschaft verbindet, um natürliche Ressourcen nachhaltig zu bewirtschaften und Schutzgebiete einzurichten.

„*Reimaanlok - 'Blick in die Zukunft' - ist in unserem kulturellen Wissen und unseren Erkenntnissen verwurzelt, um eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen zu gewährleisten*“, erklärte Minister Tony Muller vor einer großen Menschenmenge, die an der Zeremonie teilnahm.

Die Regierung der Marshall-Inseln ist zwar für die Bewirtschaftung, die nachhaltige Entwicklung und den Schutz der natürlichen Ressourcen zuständig, doch die Entscheidungen über die Nutzung dieser Ressourcen werden von den lokalen Gemeinschaften unter der Leitung und Autorität sowohl der lokalen Regierung als auch der traditionellen Führer getroffen - eine Praxis, die im Rahmen des *Reimaanlok-Prozesses* voll unterstützt wird. Deshalb nahmen auch die für die Atoll-Verwaltung zuständigen lokalen Führer an der Unterzeichnungszereemonie teil.

Im Anschluss an die Unterzeichnung wurde ein Film von *National Geographic* über Bikar und Bokak uraufgeführt, in dem sowohl Vertreter der MIMRA (*Marshall Islands Marine Resources Authority*) als auch internationale Wissenschaftler*innen über den Reichtum der Meereswelt der beiden Atolle berichten. Eine

Expedition von *National Geographic Pristine Seas* und MIMRA im Jahr 2023 hatte umfangreiche Daten über die außergewöhnliche Artenvielfalt in diesem Gebiet gesammelt, darunter gesunde Korallenriffe, reiche Fischpopulationen und seltene Arten. Aus dieser Expedition ging dann der Film hervor, der jetzt in Majuro seine Premiere feierte.

(<https://marshallislandsjournal.com/huge-marine-sanctuary-established/> 30.01.25)

Rainbow Warrior kehrt zurück

Die Begrüßungszeremonie für das Greenpeace-Flaggschiff *Rainbow Warrior* auf den Marshall-Inseln am 11. März markierte den Beginn einer sechswöchigen Mission rund um den mikronesischen Staat, um den Forderungen der Lokalbevölkerung nach Atom- und Klimagerechtigkeit Nachdruck zu verleihen und eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung der Auswirkungen der jahrzehntelangen Atomwaffentests der US-Regierung zu unterstützen.

Die Ankunft der *Rainbow Warrior*, die von traditionellen Kanus eskortiert und von marshallischen Gesängen und Tänzer*innen begrüßt sowie vom traditionellen Ältestenrat (*Council of Iroij*) gesegnet wurde, markierte einen bedeutenden Moment in der gemeinsamen Geschichte der international tätigen Umweltschutzorganisation Greenpeace und den Marshall-Inseln – genau 40 Jahre, nachdem die Greenpeace-Crew am 11. März 1985 über 300 Menschen vom Rongelap-Atoll auf die Insel Mejjatto evakuiert hatte, nachdem der giftige nukleare Niederschlag des US-amerikanischen Atombombentests „Castle Bravo“ am 1. März 1954 auf dem Bikini-

Atoll auch die benachbarten Atolle radioaktiv verstrahlt hatte.

Ein Greenpeace-Sprecher erklärte, die Crewmitglieder der *Rainbow Warrior* würden unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen über die Auswirkungen der jahrzehntelangen Atomwaffentests der US-Regierung durchführen. Es ginge vor allem um die Überprüfung der heutigen Strahlenbelastung für die Bewohner*innen der Marshall-Inseln.

Mit an Bord sind die Neuseeländerin Bunny McDiarmid und der niederländische Ingenieur Henk Haazen, die auch schon im März 1985 zur Besatzung der *Rainbow Warrior* gehört hatten.

Nach Angaben von Greenpeace wird die *Rainbow Warrior* während der sechswöchigen Mission nach Mejjatto, Enewetak, Bikini, Rongelap und Wotje reisen und dringend benötigte unabhängige Strahlungsforschung betreiben.

Dr. Rianne Teule, leitende Beraterin für Strahlenschutz bei *Greenpeace International*, erklärte: „Wir hoffen, dass unsere Forschungen die laufenden Gerichtsverfahren und die anhaltenden Forderungen der Regierung der Marshall-Inseln nach Wiedergutmachung unterstützen.“ (*Radio New Zealand* 12.02.25, *Marshall Islands Journal* 14.03.25)

Impfungen auf dem Sportplatz

Im Kampf gegen den Gebärmutterhalskrebs – eine der häufigsten Krebsarten bei jungen Mädchen auf den Marshall-Inseln – hat das *Ministry of Health and Human Services* Ende Februar auf dem *Jenrok Track and Field* (Sportgelände) in Majuro eine öffentliche

Impfaktion für junge Mädchen durchgeführt. Die Mädchen konnten sich zudem gegen Grippe impfen und sich kostenlos medizinisch durchchecken lassen. Auch Blutdruckmessungen wurde angeboten.

Um die Wartezeit zu verkürzen, konnten sich die Mädchen und Frauen an zahlreichen sportlichen Wettkämpfen und spaßigen Spielen auf dem Sportgelände beteiligen.

Eine Sprecherin des Ministeriums zeigte sich erfreut über den regen Zulauf bei diesem ersten öffentlichen „Frauen-Gesundheitstag“.

(*Marshall Islands Journal* 21.02.25)

„Jahr der Hoffnung“

Bei der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit Anfang Januar 2025 begann Präsidentin Hilda Heine ihre Rede zur Lage der Nation mit einer Schweigeminute zum Gedenken an vier Menschen, die auf See ertrunken waren.

Sie erklärte das Jahr 2025 zum „Jahr der „Hoffnung“ und fügte hinzu, dass das vergangene Jahr ein Jahr der Vorbereitung und der Schaffung der Grundlagen für die verbleibende Amtszeit der Regierung gewesen sei. Im Jahr 2025 stünden viele wichtige Ereignisse für die Marshall-Inseln an, u.a. die Fertigstellung des provisorischen Terminals des internationalen Flughafens Amata Kabua, die Ankunft der beiden Flugzeuge der *Air Marshall Islands*, zwei neue Motoren für das Kraftwerk der *Marshall's Energy Company* in Majuro, der Baubeginn des neuen Parlamentsgebäudes und der Abschluss einer Vereinbarung zwischen den Marshall-Inseln und dem Satelliteninternetdienst

Starlink, die für eine bessere Konnektivität der Inseln im digitalen Raum sorgen werde.

Ihre Regierung werde im Jahr 2025 den Schwerpunkt auf die soziale Entwicklung der Menschen legen, so Heine. Dazu werde es eine Steuerbefreiung für Personen mit einem Einkommen von weniger als 8.000 Dollar geben. Außerdem werde sie ein Unterstützungsprogramm ins Leben rufen, das bedürftigen Personen, die nicht von der Sozialversicherung der Marshall-Inseln abgedeckt sind und zu denen auch Menschen mit Behinderungen gehören, 100 Dollar pro Monat auszahlen werde.

Präsidentin Hilda zeigte sich stolz auf die jüngste Errungenschaft des Landes: Zum ersten Mal in der Geschichte der Inseln wurden alle Achtklässler, die im vergangenen Jahr ihren erfolgreichen Abschluss gemacht haben, an einer öffentlichen High School eingeschrieben. Die Präsidentin – ursprünglich eine studierte Lehrerin und promovierte Pädagogin - ist seit langem eine Befürworterin guter Bildung. Sie kündigte auch an, dass das Bildungsministerium die Einführung des digitalen Lernens vorantreiben werde.

Heine mahnte eine bessere Aufsicht über die staatlichen Behörden an, um Korruption zu vermeiden. Wichtig seien auch jährliche Wirtschaftsprüfungen von Unternehmen, um wirtschaftliche Schwachstellen aufzutun und Sparmaßnahmen zu identifizieren. (*Marshall Islands Journal 06.01.25, <https://rmigov.com/>*)

KIRIBATI

Abkommen mit Nauru

Die Präsidenten der mikronesischen Staaten Kiribati und Nauru, Taneti Maamau und David Adeang, haben am 1. Februar 2025 eine Absichtserklärung zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen ihren Regierungen im Luftverkehr unterzeichnet.

Die neue bilaterale Vereinbarung soll den Luftfahrtsektor durch Informationsaustausch, erweiterte Transportdienste und bessere Sicherheit und Infrastruktur für die Bürger*innen beider Länder verbessern.

Nach Angaben der Regierung von Nauru fanden bereits im Dezember und Januar erste Gespräche mit der Regierung von Kiribati statt. Der Text des Abkommens wurde von der *Nauru Air Corporation* und dem kiribatischen Verkehrsministerium erstellt.

Beide Präsidenten zeigten sich zufrieden mit dem neuen Abkommen. (*Radio NZ Intern. 03.02.25*)

Beziehungen zwischen Neuseeland und Kiribati in der Krise

Ein offen ausgetragener diplomatischer Konflikt zwischen Neuseeland und Kiribati hat den Kampf um Einfluss im Pazifik zwischen China und westlichen Nationen erneut ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt.

Als Neuseelands rechts-konservative Regierung Ende Januar unerwartet eine Überprüfung der Entwicklungshilfe für seinen pazifischen Nachbarn kündigte, verursachte dies auf dem Inselstaat große Bestürzung. Denn Gelder aus dem Ausland machten im Jahr

2022 etwa 18 % des Staatseinkommens Kiribatis aus, wobei der Großteil der Unterstützung aus Neuseeland kommt.

Das Zerwürfnis folgte Anfang Februar auf die plötzliche Ankündigung hin, dass Neuseelands stellvertretender Premierminister und Außenminister Winston Peters mehrere Millionen Dollar an Hilfgeldern auf den Prüfstand stellt. Laut einem Sprecher der neuseeländischen Regierung hatte Peters ursprünglich für Januar einen Besuch auf Kiribati geplant, bei dem er Gespräche mit Kiribatis Präsident Maamau führen sollte. Eine Woche vor Ankunft wurde die neuseeländische Seite darüber informiert, dass Maamau aufgrund eines Termins nicht verfügbar sei. Stattdessen sollte ein Treffen zwischen Peters und Kiribatis Vizepräsident stattfinden.

Zwischen 2021 und 2024 beliefen sich Neuseelands Hilfszusagen an Kiribati auf insgesamt 57 Millionen Dollar. Dazu zählen Investitionen in Gesundheit, Bildung, Fischerei, wirtschaftliche Entwicklung und Klimaresilienz. Laut Regierung in Wellington sei dieser Vorfall jedoch nicht die erste diplomatische Bemühung um engere Beziehungen, die zurückgewiesen wurde. Die neuseeländische Regierung habe den Zwischenfall daher nicht aus einer plötzlichen Laune heraus eskaliert, sondern ihrer tiefen Frustration Ausdruck verliehen. Denn der Mangel an Kontakten auf politischer Ebene erschwere eine effektive und sinnvolle Umsetzung der Entwicklungsprogramme.

Auf neuseeländischer Seite und auch von Beobachtern aus den USA wird die Entfremdung der letzten Jahre mit großer Sorge

verfolgt, denn sie wird als Konsequenz einer engeren Beziehung zwischen Kiribati und China interpretiert. Neben Neuseeland stießen in den letzten Jahren auch australische Partner in der Zusammenarbeit mit Kiribati auf Schwierigkeiten. China hingegen wurde mit offenen Armen willkommen geheißen.

Erst 2019 nahm Kiribati unter Präsident Maamau diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik auf und brach im Gegenzug die Beziehungen zu Taiwan ab. Laut Kritikern habe Kiribati unter Maamau, der im Oktober letzten Jahres für eine dritte Amtszeit wiedergewählt wurde, eine autoritäre und isolationistische Wende eingeschlagen. Ein prominenter Oppositionsführer äußerte im vergangenen Jahr Bedenken hinsichtlich mangelnder Transparenz bei mehreren Abkommen, die 2022 zwischen Kiribati und China unterzeichnet wurden.

Die pazifischen Sicherheitspartner Australien, Neuseeland und die USA sind außerdem über die Anwesenheit uniformierter chinesischer Polizeikräfte auf Kiribati und den Salomonen besorgt. Das Sicherheitsabkommen zwischen China und Kiribati wird als chinesische Einflussnahme und Machtprojektion im Pazifik gewertet und als Zurückdrängen westlicher Mächte.

Die Regierung auf Kiribati weist Kritik und Vorwürfe westlicher Partner jedoch zurück und bezeichnete den diplomatischen Zwischenfall als unglückliches Missverständnis. Laut Regierungssprechern seien die Details zu Peters' Besuch noch nicht festgelegt gewesen und alternative Termine sollten noch überprüft

werden. Auch Analysten wie Si-
one Tekiteki von der *Auckland University of Technology* (Neuseeland) vermuten, dass es sich eher um ein Missverständnis handelt als um eine vorsätzliche Zurückweisung.

Dass Neuseeland den Streit nun an die Öffentlichkeit trägt, sei laut Jon Fraenkel, Professor an der *Victoria University of Wellington*, keine kluge Diplomatie. Dennoch sei es unwahrscheinlich, dass Wellington das Hilfspaket letztlich kürzen würde. Außerdem betonte Fraenkel, dass Inselstaaten wie Kiribati nicht naiv seien. Auch wenn sich die Beziehungen zu China in den letzten Jahren wesentlich verbessert haben, würden sich Pazifikstaaten nicht einfach von Peking um den Finger wickeln lassen. Letztendlich machen chinesische Hilfgelder nur einen kleinen Teil der Gesamtsumme der ausländischen Unterstützung aus und kommen meistens nur in Form von Zuschüssen, die nicht unbedingt als Entwicklungshilfe gedacht sind.

(Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies. <https://thediplomat.com/2025/02/new-zealands-kiribati-aid-review-further-opens-door-for-chinese-influence/>, <https://edition.cnn.com/2025/02/09/asia/new-zealand-kiribati-us-china-pacific-intl-hnk/index.html>, <https://www.rnz.co.nz/international/pacific-news/540577/nz-kiribati-diplomatic-rift-how-personalities-and-misunderstandings-can-drive-foreign-aid>, <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/new-zealand-reviews-kiribati-aid-programme-after-presidential-snub-2025-01-27/>, <https://www.abc.net.au/pacific/programs/pacificbeat/waterinsecurity/104862912>)

Herausforderungen und Fortschritte in der medizinischen Versorgung

Der Staat Kiribati besteht aus 33 Inseln im Pazifischen Ozean, von denen 21 bewohnt sind. Das Land ist insofern einzigartig, als dass diese Inseln weit auseinander liegen – über 3,5 Millionen km², um genau zu sein. Allein Kiribatis Abgeschiedenheit und die großen Distanzen bedeuten eine enorme Herausforderung für die Bewohner*innen der Atolle, insbesondere bei der Versorgung mit Medikamenten.

Medizinische Hilfsgüter werden in Kiribati per Boot oder Flugzeug angeliefert und kommen oft zu spät und zu selten bei denen an, die sie brauchen. Manchmal dauert der Transport so lange, dass die wertvollen Medikamente lange vor ihrer Ankunft bereits verfallen sind. Aufgrund des aufwändigen Transports sind die Medikamente außerdem oft sehr teuer und für viele Bewohner des Inselstaates kaum bezahlbar.

Daher haben sich nun mehrere internationale Organisationen zusammengeschlossen, um die Versorgung Kiribatis mit wichtigen Medikamenten zu verbessern. Insbesondere die Weltbank unterstützt beim Ausbau der Lieferketten, damit auch entlegene Inseln Kiribatis mit den nötigen Arzneimitteln versorgt werden können.

Um die medizinischen Versorgungsprobleme in Kiribati bewältigen zu können, hat der Inselstaat, in Kooperation mit Organisationen wie der UNICEF und dem India UNDP-Fonds, ein neues Komitee gegründet, das vor allem die Präventionsarbeit in den Fokus rückt. Das Komitee soll bei

gesundheitlichen Bedrohungen, wie zum Beispiel Epidemien, frühzeitig einschreiten und die Ausbreitung verhindern. Seit seiner Gründung hat das Gremium bereits maßgeblich zur Bekämpfung von COVID-19 und anderen schweren Krankheiten beigetragen. Mithilfe der internationalen Zusammenarbeit konnten 34 Gesundheitszentren im ganzen Land eingerichtet werden, die in ihrer Präventionsarbeit vor allem auf Hausbesuche und Informationsveranstaltungen setzen.

Obwohl der Mangel an medizinischer Versorgung in Kiribati weiterhin ein harter Kampf ist, hat diese Initiative die Lage für viele Inseln und ihre Bewohner bereits erheblich verbessert. (Artikel von Clara Groth, Masterstudentin Chinese Studies. <https://borgenproject.org/medical-supplies-to-kiribati/>)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Neuer Premierminister

Tonga: Dr. Aisake Eke ist Ende Januar in einer privaten Zeremonie im Königspalast von Tongas König zum 19. Premierminister des Königreichs ernannt worden.

Eke übernahm das Amt nach dem überraschenden Rücktritt von Hu'akavameiliku Siaso Sovaleni, der vor einem Misstrauensvotum zurückgetreten war.

Der im Dorf Vao'tu'u im westlichen Distrikt von Tongatapu geborene Eke erwarb einen Dokortitel in Betriebswirtschaft an der *University of Southern Queensland* (Australien), wo er eine

Studie über die Qualität der Dienstleistungen im öffentlichen Sektor in Tonga durchführte. Von 2014 bis 2017 bekleidete er das Amt des Finanzministers in der Regierung des ehemaligen (bereits verstorbenen) Premierministers 'Akilisi Pōhiva.

Info: Nach der tongaischen Verfassung wird der Premierminister von der gesetzgebenden Versammlung, die sich aus den Volksvertretern und den Vertretern des Adels zusammensetzt, durch Mehrheitswahl oder Nominierung gewählt. Der Name des ausgewählten Kandidaten wird dann dem König vorgelegt, der den Kandidaten offiziell ernennt. (<https://pmn.co.nz/r-22.01.25>, Wikipedia)

Medizin-Tourismus nach Indien

Samoa: Samoa schickt immer mehr Patient*innen für lebensrettende (Herz-)Operationen nach Indien, vor allem wegen der im Vergleich zu Neuseeland deutlich niedrigeren Behandlungskosten. Die rheumatische Herzerkrankung ist dabei eines der größten Gesundheitsprobleme für die in Samoa lebenden Kinder.

Dr. Farah Fatupaito, Leiterin der Pädiatrie (Kinderheilkunde) am *Tupua Tamasese Meaole Hospital* in der Hauptstadt Apia, nennt überfüllte Schulen und unzureichende Aufklärung über die Erkrankung als Hauptfaktoren. Außerdem übersehen viele Eltern die ersten Symptome und halten Gelenkschmerzen für kleinere Verletzungen, sagte sie. Späte Diagnosen könnten jedoch zu lebensbedrohlichen Komplikationen führen, die oft teure Operationen im Ausland erfordern, erklärte die Kinderärztin.

Immer mehr Familien entschieden sich dafür, ihre kranken Kinder nach Indien oder Fidschi zu schicken, um hohe medizinische Kosten zu vermeiden. „*Ich habe die Kosten in Neuseeland und Indien verglichen und festgestellt, dass zum Beispiel eine Herzverletzung in Indien nur 7.000 US-Dollar kostet, während es in Neuseeland etwa 15.000 Dollar sind*“, erklärte Fatupaito.

Info: Samoa hat zur Verbesserung der Gesundheitssituation die sogenannte „Manu-App“ für mobile Endgeräte eingeführt. Es handelt sich hierbei um ein digitales Gesundheitsdatensystem („elektronische Patientenakte“), das die Nachsorge von Patient*innen verbessern soll. Die frühere Verwendung von Papierakten führte oft zu unvollständigen Informationen, was die konsistente Versorgung Kranker beeinträchtigte. „*Mit der neuen App können die Ärzte ganz einfach auf die Patienteninformationen zugreifen*“, lobte Ärztin Dr. Fatupaito.

(<https://pmn.co.nz/read/health/more-samoans-turning-to-india-for-affordable-medical-treatment> 28.11.24)

Neues Abkommen über visafreies Reisen

Samoa: Samoa und China haben Ende Januar ein neues Abkommen über visafreies Reisen unterzeichnet. Die Bürger*innen von Samoa und China können nun bis zu 30 Tage lang ohne Visum in das jeweils andere Land reisen.

Das Abkommen über die gegenseitige Befreiung von der Visumpflicht wurde während des chinesischen Frühlingsfestes in der chinesischen Botschaft in Apia (Samoa) unterzeichnet.

Laut einer Erklärung der samoanischen Regierung vereinbarten

beide Seiten, den Austausch zwischen den Menschen beider Staaten und die Zusammenarbeit in Bereichen wie Kultur, Jugend, Bildung und Tourismus auszubauen.

Dieses Jahr wird der 50. Jahrestag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Samoa und China begangen.

(<https://pmn.co.nz/r 24.01.25>)

Gouverneur und Vize vereidigt

US-Samoa: Am 3. Januar wurden der neue Gouverneur Pulaalii Nikolao Pula und sein neuer Vizegouverneur Pulu Ae Ae Jr. in einer feierlichen Zeremonie in Malaeoletalua, Fagatogo, offiziell in ihr Amt eingeführt. Die Veranstaltung markierte den Beginn ihrer vierjährigen Amtszeit an der Spitze der Regierung von Amerikanisch-Samoa.

An der Zeremonie nahmen auch hochrangige Gäste aus dem unabhängigen Staat Samoa teil, darunter Premierministerin Fiame Naomi Mata'afa in Begleitung ihrer Kabinettsminister. Auch führende Vertreter der Oppositionspartei Samoas, darunter Tuilaepa Sa'ilele Malielegaoi, Laufo Pierre Laufo und andere Mitglieder der Partei zum Schutz der Menschenrechte, nahmen an der Vereidigung der Gouverneure teil.

In einer Erklärung des Büros der neuen Regierung bedankte sich Gouverneur Pulaalii herzlich bei seinem Vorgänger, dem ehemaligen Gouverneur Lemanu Peleti Mauga, und würdigte die Verdienste seiner Regierung.

Gouverneur Pulaalii und Vizegouverneur Pulu Ae Ae Jr. haben in ihren jeweiligen Antrittsreden ihre Vision für Amerikanisch-Samoa

skizziert, die auf Einheit, transparente Regierungsführung und effektive Dienstleistungen für die Bevölkerung setzt.

Im Anschluss an die Amtseinführung fand im *Lee Auditorium* in Utulei ein offizielles Staatsdinner und ein Ball statt, an dem politische Persönlichkeiten, kirchliche Würdenträger und Gemeindevertretende teilnahmen. Die Feierlichkeiten wurden mit einem Sonntagsgottesdienst in der E.F.K.A.S. Fagatogo fortgesetzt, bei dem für den Erfolg der neuen Regierung gebetet wurde.

Hintergrund: US-Samoa ist ein Außengebiet der Vereinigten Staaten von Amerika im südlichen Pazifik. Das Territorium steht seit 1946 auf der UN-Liste der Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung. Der Gouverneur von Amerikanisch-Samoa ist der höchste gewählte Beamte der Inselgruppe. Er vertritt Amerikanisch-Samoa auf nationaler Ebene, insbesondere gegenüber der US-Bundesregierung. Er ist auch in internationalen Angelegenheiten tätig, insbesondere in Bezug auf die Beziehungen zu den benachbarten pazifischen Inselstaaten. Er ist für die Umsetzung der Gesetze und die Verwaltung der Regierung verantwortlich. Er kann Gesetze unterzeichnen oder sein Veto einlegen. (*Samoa Observer 05.01.25, Wikipedia, CIA World Factbook*)

Rekordtemperatur im Meer

Cook-Inseln: Die Meeresoberflächentemperatur (*Sea Surface Temperature, SST*) um die Cook-Inseln erreichte im März 2024 einen rekordverdächtigen Höchstwert mit 29,5°C. Dabei handelte es sich um die heißeste

Meerestemperatur seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1970.

Der dramatische Anstieg der Meeresoberflächentemperatur wurde vom Meteorologischen Dienst der Cook-Inseln mit Hilfe von Wellen-Bojen und Gezeitenmessern erfasst.

Normalerweise liegt die wärmste Wassertemperatur um die Cook-Inseln nahe Manuae bei 28,1°C. Die kälteste Wassertemperatur liegt normalerweise bei 27,9°C und wird nahe der Insel Aitutaki gemessen. (*Cook Island News 22.01.25*)

Traditionelles Verbot verhängt

Cook-Inseln: Die Gemeinde Aitutaki hat Mitte Januar mit Unterstützung des Nationalen Umweltsdienstes (*National Environment Service, NES*) ein traditionelles *ra'ui* (vorübergehendes Fischereiverbot) in ihrer Lagune wieder eingeführt, um das Leben im Meer zu schützen und eine nachhaltige Bewirtschaftung der Ressourcen zu gewährleisten.

Der Bürgermeister von Aitutaki, Nick Henry, sagte, der NES werde ihnen neue Markierungen (Bojen o.ä.) zur Verfügung stellen, um die Grenzen der einzelnen *ra'ui* eindeutig zu kennzeichnen.

Der NES werde sie auch bei der Aktualisierung und Vervollständigung des Managementplans für die Lagune von Aitutaki unterstützen, erklärte der Bürgermeister. Dazu gehöre u.a. die Lizenzierung aller kommerziellen Anbieter in der Lagune. Die Klimaschutzorganisation „*Climate Change Cook Islands*“ unterstützt die Inselregierungen der 15 Cook-Inseln durch die Bereitstellung von Mitteln für den Schutz von Korallengärten

und permanente Liegeplätze (um die Beschädigung der Korallen durch die Anker von Schiffen zu verringern) für jeden 'lizenzieren' Lagunenbetreiber.

Hintergrund: Das Unterschutzstellen von bestimmten Meeresgebieten („tabu“) hat eine lange Tradition auf den Cook-Inseln. Die Ältesten berieten darüber, in welchen Zonen vorübergehend nicht gefischt und keine Meeresfrüchte geerntet werden durften, damit sich die Bestände in dieser Zeit erholen konnten.

An der ra'ui-Zeremonie Anfang des Jahres haben sich nahezu alle Bewohner*innen von Aitutaki beteiligt. Neben den offiziellen Reden und der Verhängung des Tabus über bestimmte Meereszonen und Küstenabschnitte wurde auch getanzt, gefeiert und gegessen. (*Cook Island News 10.01.25, https://cookislands-data.sprep.org/system/files/TRAD19_11_Tiraa%20Ra%27%20ui.pdf*)

Neue Still-Initiative

Cook-Inseln: Mitte Dezember gab das Gesundheitsministerium der Cook-Inseln (Te Marae Ora) den Startschuss für die *Rarotonga Breastfeeding Hospital Policy*, das *Bachelor of Nursing Internship*, das *Postgraduate Midwifery Internship* und das *Sleep Apnoea Programm*.

Auf der Hauptinsel Rarotonga wird zudem die neue Initiative „*Baby Friendly Hospital Initiative*“ (babyfreundliches Krankenhaus, BFHI) umgesetzt. Dabei handelt es sich um eine Initiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF), die sicherstellen soll, dass weltweit alle Entbindungseinrichtungen das Stillen fördern, schützen

und unterstützen.

Gesundheitsministerin Vainetutai Rose Toki-Brown erklärte zu der Vielzahl neuer gesundheitsfördernder Programme für Babys und Kleinkinder: *„Wir brauchen eine starke Politik, insbesondere die Initiative Babyfreundliches Krankenhaus. Dies ist ein wichtiger Teil im Leben unserer Kinder, unserer Zukunft - die ersten 1.000 Tage ihres Lebens sind so wichtig.“*

Die neue sogenannte „Stillkrankenhaus-Richtlinie“ wurde speziell für die Cook-Inseln entwickelt, um sicherzustellen, dass sichere Stillpraktiken umgesetzt werden, um ein gesünderes Leben für neugeborene Kinder zu fördern.

Bob Williams, Sekretär im Gesundheitsministerium, erklärte, man diskutiere derzeit auch über die Verlängerung des Mutterschutzes von bisher sechs Wochen auf dann 12 Wochen.

Dr. Karen Hammad, die Pflegefachberaterin der Pazifischen Gemeinschaft (SPC), ist seit mehreren Monaten vor Ort in Rarotonga, um das BFHI-Programm am Zentralkrankenhaus einzuführen und weiterzuentwickeln und die Still-Richtlinie zu erarbeiten. Als einen der größten Erfolge bezeichnete sie die Einführung eines gemeindebasierten postnatalen Dienstes, der sicherstellt, dass alle Mütter und Säuglinge in den ersten vier bis sechs Wochen nach der Geburt zu Hause von erfahrenen Hebammen betreut werden.

Ministerin Toki-Brown zeigte sich besonders erfreut über den erfolgreichen Berufsabschluss zahlreicher neuer Kinderkrankenschwestern, die nun auf den Cook-Inseln helfen sollen, die

neuen Maßnahmen für Babys und Mütter umzusetzen. (*Radio NZ Pacific 11.12.24, <https://www.cookislands-news/>*)

FRZ.-POLYNESIEN

Regierung setzt auf lokale Ernährung

Lokale landwirtschaftliche Produkte sollen aufgewertet werden und längerfristig gesundheits-schädliche importierte Lebensmittel ersetzen, wie es jetzt seitens der Regierung von Französisch-Polynesien hieß. Ziel der neuen Ernährungskampagne ist es, die Zentralküchen und Schulkantinen das ganze Jahr über mit Produkten „Made in Fenua“ zu versorgen. Dafür wurden bereits im ganzen Land neun Großküchen aufgebaut, in denen lokal erzeugte Agrarprodukte frisch verarbeitet werden. Die Räume sind nach ökologischen Gesichtspunkten konzipiert und wurden mit Sonnenkollektoren, einer verstärkten Wärmedämmung und einem natürlichen Belüftungssystem ausgestattet, um ihre Umweltauswirkungen zu verringern.

Mit dem Ausbau des Sektors der landwirtschaftlichen Verarbeitung will das Land die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln erreichen und die Abhängigkeit von Importen verringern. Bis dato werden 90 % aller benötigten Lebensmittel nach Frz.-Polynesien importiert. Zukünftig sollen in den Großküchen- von denen noch weitere geplant sind- auch Lebensmittel verarbeitet werden, die den hohen ästhetischen Ansprüchen von Supermarktkund*innen nicht genügen. Ob das Obst für die Desserts der Schüler*innen nicht der Norm in Größe und Form entspreche, sei

dann egal, hieß es aus dem Landwirtschaftsministerium. Das erhofft sich auch Vorteile für die Landwirte, die dann ihr Obst und Gemüse ganz frisch verkaufen könnten und nicht mehr an Lieferketten und Dumpingpreise von Discountern gebunden seien. Produktionsverluste der Landwirte könnten vermieden werden, indem z.B. lokale Agrarprodukte zu vakuumverpacktem und tiefgefrorenem Gemüse und Obst, Chips, Mehl (Uru-Mehl) usw. verarbeitet werden. (*Tahiti Info 12.02.25*)

LGBTQIA+ Jugendforum

Frz.-Polynesien: Anfang Dezember 2024 hat in der Hauptstadt Pape'ete (Tahiti) das pazifikweit erste LGBTQIA+ Jugendforum stattgefunden. Ziel dieses Forums war es, „*Gleichheit, Vielfalt und Inklusion in unseren ozeanischen Gesellschaften zu fördern*“. Die mehrtägige Veranstaltung gab den rund 20 Teilnehmenden aus vielen Pazifikstaaten die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen und konkrete Aktionspläne im Umgang mit nicht-heterosexuellen Menschen zu entwickeln.

Info: Organisiert hatte das Forum die „Vereinigung Cousins Cousines“ und die „ILGA Oceania“ (*International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association - Oceania region*). Sie stand unter dem Motto: „Eine gleichberechtigte, vielfältige und integrative Vision“.

Dieses Forum war eine Vorbereitung für die für Mai 2025 geplante Menschenrechtskonferenz (World Pride 2025 Human Rights Conference), bei der die Beteiligung junger queerer Menschen

aus der ozeanischen Region im Vordergrund stehen wird. (*TNTV News 07.12.24, <https://www.ilga-oceania.org/>*)

Besuch aus Frankreich

Frz.-Polynesien: Frankreichs neu ernannter Minister für Übersee, Manuel Valls, wird voraussichtlich noch vor Ende Mai 2025 nach Französisch-Polynesien reisen.

Dies gab der Präsident von Französisch-Polynesien, Moetai Brotherson, bekannt, der den französischen Minister Anfang Januar zu Gesprächen in Paris traf. Dabei wurde die derzeitige finanzielle Unterstützung Frankreichs (rund 1,7 Milliarden Euro pro Jahr), unter anderem in den Schlüsselbereichen Gesundheit und Bildung erörtert. Ein weiteres Thema waren die Vorbereitungen und die damit verbundenen finanziellen Mittel für die Ausrichtung der Pazifikspiele 2027 auf Tahiti. (*Radio NZ Intern. 20.01.25*)

Rekordzahl an Touristenankünften

Frz.-Polynesien: Die Tourismusstatistik in Französisch-Polynesien verzeichnet 263.766 Ankünfte für das Jahr 2024. Das sind 1,2 % mehr als im Jahr 2023, so das ISPF (Institut für Statistik in Französisch-Polynesien). 42,8 % der Reisenden kamen aus den USA, 30,7 % aller Reisenden aus Frankreich. 12,9 % der Reisenden kamen aus anderen europäischen Ländern nach Polynesien. Sprunghaft stieg der Marktanteil asiatischer Reisender. Betrug dieser im Jahr 2023 noch 1,6 %, stieg er im Jahr 2024 auf 3,1 %. Auch der Anteil an Kreuzfahrt-Tourist*innen stieg an: 2023

kamen 43.815 Menschen auf Kreuzfahrtschiffen nach Frz.-Polynesien, 2024 waren es 52.111 (+18,9 %). In diesem Jahr sind 92 Kreuzfahrtschiffe für einen Stopp in Französisch-Polynesien vorgeesehen.

18,1 % aller Arbeitnehmer*innen in Frz.-Polynesien arbeiten im Hotel und Gastronomiegewerbe. (*<https://tahititourisme.org/en-org/market-sectors-and-statistics/key-statistics-and-data/>*)

HAWAI'I

Hawai'i sinkt schneller als erwartet

Jüngste Daten zeigen, dass die Landmasse der Inseln aufgrund einer Kombination aus steigendem Meeresspiegel und natürlichen geologischen Verschiebungen viel schneller sinkt als bisher von Experten vorausgesagt.

Eine neue Studie der *University of Hawai'i at Mānoa* zeigt, dass die südlichen Küstengebiete auf der Insel Oahu bis zu 40mal schneller sinken als der Durchschnitt in Ozeanien. Das beschleunigte Absinken birgt erhebliche Risiken für die Küstengebiete, die Infrastruktur und die Ökosysteme. Umweltschützer und Regierungsvertreter drängen auf sofortige Maßnahmen, um die potenziellen langfristigen Auswirkungen abzumildern.

Die von Kyle Murray durchgeführte Studie zeigt, dass das Zusammenspiel von Landabsenkung und Meeresspiegelanstieg dazu führen wird, dass Überschwemmungen viel früher als erwartet auftreten. Murray erklärte: „*In Gebieten, die schnell absinken, werden die Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs viel früher spürbar sein als bisher angenommen*“.

Die im Journal „*Communications Earth & Environment*“ veröffentlichte Studie stellt die Forderung auf, dass sich gefährdete Gebiete bereits jetzt besser vor zukünftigen Überschwemmungen schützen müssten. Das betrifft vor allem die Küsteninfrastruktur und die Küstenbevölkerung in gefährdeten Regionen wie etwa Mapunapuna, das auf weichem Sandboden gebaut ist. Diese Region sinkt um etwa 25 Millimeter jährlich.

(<https://www.nature.com/articles/s43247-025-02108-4>, *Times of India* 12.03.25)

Patientenversorgung in Gefahr

Das US-amerikanische Ministerium für Veteranenangelegenheiten (*Department of Veterans Affairs, VA*) hat bereits mehrere tausend Stellen gestrichen und beabsichtigt, weitere 80.000 zu streichen. Das Ministerium ist von Präsident Donald Trumps Durchführungsverordnungen zu Geschlecht (sex and gender) und Vielfalt betroffen. Das VA ist unter anderem einer der größten Anbieter von psychiatrischer Versorgung im Land. Es unterhält u.a. eine Frauenklinik für Soldatinnen, die im Einsatz sexuelle Gewalt durch Soldaten erfahren haben. Trump will diese Kliniken zwar nicht vollständig schließen, jedoch wurde bereits massiv Personal abgebaut. Außerdem wurde das VA aus Washington angewiesen, künftig weniger Transgender-Menschen zu behandeln bzw. notfalls auch Menschen ohne eindeutige geschlechtliche Identität abzuweisen.

Eine Krankenschwester aus einer der Kliniken erzählte dem Radiosender „*Hawai'i Public Radio*“, dass sich bereits einige

Patient*innen an die Klinikleitung gewandt hatten mit der Bitte, ihre geschlechtliche Identität aus den Krankenakten zu streichen- aus Angst vor Repressalien durch die Trump-Regierung. Wieder andere Patient*innen äußerten die Sorge, dass ihren langjährigen Therapeut*innen jetzt gekündigt werden könnte.

(<https://www.hawaiipublicradio.org/> 11.03.25)

Forscherin für Lucy-Mission ausgewählt

Emily Costello, Planetenforscherin an der *University of Hawai'i at Mānoa*, wurde von der NASA als eine von acht teilnehmenden Wissenschaftler*innen für die so genannte „Lucy-Mission“ zu den Jupiter-Trojaner-Asteroiden ausgewählt. Bei diesen Asteroiden handelt es sich um Überbleibsel des frühen Sonnensystems, die auf stabilen Umlaufbahnen gefangen sind, die mit dem Planeten Jupiter in Verbindung stehen, ihm aber nicht nahekommen.

Im Rahmen der Lucy-Mission wird Costello dazu beitragen, das Wesen und die Geschichte der trojanischen Asteroiden zu verstehen, indem sie Einblicke in die Rolle von Meteoriteneinschlägen bei der Formung der Oberflächen der Trojaner liefert.

Emily Costello forscht am *Hawai'i Institute of Geophysics and Planetary* in der UH Mānoa School of Ocean and Earth Science and Technology (SOEST). Sie soll ihr Fachwissen über die Modellierung von Einschlägen und gezielte Beobachtungen von Kratern und dem Material, das sie nach außen schleudern, in die NASA-Forschung mit einbringen.

Info: Die im Jahr 2021 gestartete Raumsonde Lucy ist die erste Weltraummission zur Erforschung der vielfältigen Gruppe kleiner Körper, die als Jupiter-Trojaner-Asteroiden bekannt sind. Trojanische Asteroiden kreisen in zwei „Schwärmen“, die dem Jupiter auf seiner Umlaufbahn um die Sonne vorausgehen und folgen. Während ihrer 12-jährigen Mission wird Lucy eine rekordverdächtige Anzahl von Asteroiden erforschen. Sie fliegt an drei Asteroiden im Hauptasteroidengürtel des Sonnensystems und an acht trojanischen Asteroiden vorbei, die sich eine Umlaufbahn um die Sonne mit Jupiter teilen. Lucy wird auch dreimal an der Erde vorbeifliegen.

(<https://www.hawaii.edu/news/2025/03/11/nasa-lucy-mission-emily-costello/> 11.03.25)

Hawaii-Reggae wieder modern?

Auf der Insel Maui ist am 6. Februar anlässlich des 80. Geburtstag von Bob Marley ein neuer Reggae-Radiosender an den Start gegangen. Die drei DJs Guy Amico, Marty Dread und Shaggy Jenkins erfüllten sich mit dem „Online Reggae Network“ einen Traum. Reggae wurde vor allem durch Bob Marleys Konzerttour 1979 in Hawai'i sehr beliebt.

Die Betreiber des Radiosenders erhoffen sich von dem neuen Radiosender einen erneuten Aufschwung der Reggae-Musik in Hawai'i. Den Radiosender kann man in den USA als App in den einschlägigen App-Stores unter „Online Reggae Network“ herunterladen und dann kostenlos anhören.

Die drei DJs haben jeweils ihren eigenen Stil, ergänzen sich aber gut. Ihre Hoffnung ist, dass sie

durch diesen neuen kulturellen Beitrag in der Radiolandschaft wieder mehr Menschen für Reggae-Musik interessieren können und diese Musikrichtung nicht ausstirbt. (Artikel von Schülerpraktikantin Elisa Schweizer.

<https://www.mauinews.com/news/local-news/2025/03/new-hawaii-online-reggae-radio-station-hits-worlds-airwaves/>)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Berg als juristische Person anerkannt

Am 30. Januar 2025 wurde erstmals ein Berg als juristische Person anerkannt. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf des Parlaments wurde Ende Januar in ein Recht umgewandelt. Der betroffene Mount Taranaki, ein 2.518 Meter hoher ruhender Vulkan, ist die zweithöchste Erhebung auf der Nordinsel Neuseelands und ein beliebtes Touristenziel. *Taranaki Maunga* – wie ihn Indigene nennen - ist für die Maori ein heiliger Berg.

Durch das Gesetz werden dem *Taranaki Maunga* die Rechte und Pflichten eines Menschen zugesprochen. Die Rechtspersönlichkeit des Berges hat sogar einen eigenen Namen: *Te Kahui Tupua*. Durch diese Maßnahmen erhofft man sich einen besseren Schutz des Heiligtums von Seiten der Tourist*innen. Außerdem wird der Respekt vor der Maori-Kultur zum Ausdruck gebracht.

Info: Taranaki, die Verwaltungsregion, in der der Berg Taranaki Maunga liegt, hat eine lange Kolonialgeschichte. 1770 erblickte James Cook als erster Europäer den Taranaki Maunga. 70 Jahre später

unterzeichneten dann Vertreter der Maori-Stämme und Beamte der britischen Regierung den Vertrag von Waitangi, das Gründungsdokument Neuseelands. In diesem Dokument wurde den Maori die Rechte an ihren Ressourcen und ihrem Land zugesichert. Doch die britische Krone begann umgehend, den Vertrag zu brechen. 1865 wurde dann ein großer Teil Taranakis beschlagnahmt. Auch der Landstrich, auf dem der heilige Berg steht, blieb nicht verschont. Das Ganze war eine Machtdemonstration der britischen Krone, der eine Maori-Rebellion vorausging. In der Folge wurden Maori-Rituale, die im Zusammenhang mit dem Vulkan standen, verboten und die Entscheidungsgewalt über das Gebiet lag bei Jagd- und Sportgruppen, nicht aber bei den Maori.

Jetzt, wo der Taranaki Maunga eine juristische Person ist, wird es deutlich leichter, die „Gesundheit“ und das „Wohlergehen“ des Berges sicherzustellen. So können beispielsweise Zwangsverkäufe des Maori-Lands eingeschränkt und der Naturschutz gefördert werden. Der Berg bleibt der Öffentlichkeit aber erhalten.

Im Übrigen war es nicht das erste Mal, dass Neuseeland wichtige Naturmerkmale als juristische Person anerkennt: 2017 geschah dies bereits beim Whanganui Fluss (Maori: *Te Awa Tupua*).

(Artikel von Noah Schmitz.
<https://www.hna.de/welt/> 04.02.25,
BBC News 30.01.25)

AUT startet ersten Studiengang für indigenen Journalismus

Die *Auckland University of Technology* (AUT) hat Mitte Februar ihren neuen Studiengang für

indigenen Journalismus „*Hokia ki te Mātāpuna*“ (Rückkehr zur Quelle) vorgestellt.

Der 12-wöchige Postgraduierten-Kurs ist Teil des neu gestalteten Master-Studiengangs für integrativen Journalismus an der AUT, der sich auf traditionelle indigene Geschichten, einschließlich der Bräuche, Sprache und Prinzipien der Māori, konzentriert.

Dr. Gregory Treadwell, der Leiter der Journalismusabteilung der AUT, sagte, man sei erfreut, dieses maßgeschneiderte Programm zu starten. *„Die ganze Idee des Kurses ... ist es, indigenen Gemeinschaften die Möglichkeit zu geben, das traditionelle Geschichtenerzählen zu erforschen und zu sehen, ob diese traditionellen Formen des Geschichtenerzählens heute und in der Zukunft genutzt werden können, um indigene Gemeinschaften zu stärken und zu bilden“*, erläuterte Treadwell die Ziele des Kurses.

Der Kurs wurde in Zusammenarbeit mit der Māori-Journalistin Carmen Parahi und anderen indigenen Medienexpert*innen entwickelt.

„Der Kurs gibt sowohl den Wissenschaftlern, den Dozenten als auch den Studierenden einen Raum, in dem sie erforschen können, wie man traditionelle Quellen des Geschichtenerzählens wiederentdeckt“, so Treadwell.

Der Kurs ist für Berufstätige geeignet und steht sowohl inländischen als auch internationalen Studierenden aus indigenen Gemeinschaften offen. Die Sitzungen finden samstags statt, jede zweite Woche gibt es Abendkurse. Es ist geplant, den Zugang durch Stipendien und potenzielle Partnerschaften mit Institutionen weltweit zu erweitern.

Info: Gregory Treadwell arbeitet seit 20 Jahren an der AUT. Vor seiner jetzigen Tätigkeit war er als Journalist, Fotograf und Zeitungsredakteur tätig. Er ist Abkömmling von Pakeha und Maori.

(<https://pmn.co.nz/read/education/aut-launches-world-first-indigenous-journalism-course-20.01.25>)

Erste französische Schule

Am 3. Februar hat in Remuera bei Auckland die erste französische Schule von Neuseeland eröffnet. Die neue internationale Einrichtung hatte bereits Anfang Dezember 2024 den Status einer „Charter School“ erhalten.

Die *École française internationale Auckland* wird, wie die anderen 580 französischen Schulen in 140 Ländern, einen zweisprachigen Lehrplan in der Primar- und Sekundarstufe anbieten. Dieser ist vom französischen Bildungsministerium anerkannt und führt zum Internationalen Abitur (Baccalauréat), und zwar im Rahmen des AEFÉ-Netzwerks (Agentur für französische Bildung im Ausland).

An 3,5 Tagen wird in Französisch unterrichtet, an den anderen Tagen in Englisch. Der Besuch der Schule ist kostenlos und richtet sich an Schüler*innen aller Nationalitäten und Sprachniveaus.

(*Radio NZ intern. 22.01.25,*
<https://ecole-francaise.nz/fr/>)

Erfolgreicher Raketenstart

Am 8. Februar startete eine Rakete des US-amerikanisch-neuseeländischen Unternehmens *Rocket Lab* vom Weltraumbahnhof auf der neuseeländischen Halbinsel Māhia Peninsula.

Die 18 Meter hohe Rakete beförderte fünf IoT-Satelliten ins Weltall. Die Mission ist Teil einer Reihe von fünf Starts, die *Rocket Lab* für das französische Unternehmen *Kinéis* durchführt. Ziel des Unterfangens ist es, insgesamt 25 Nanosatelliten in die Erdumlaufbahn zu befördern. In einer Distanz von 650 km zur Erde sollen diese dann in einer bestimmten Konstellation die Erde umkreisen. Das ermöglicht, jeden Teil des Planeten höchstens 15 Minuten ohne Satelliten-Zugang zu lassen. Dadurch können Server, Computer oder andere Zielobjekte über den gesamten Planeten vernetzt werden und relevante Daten gelangen beinahe ohne Zeitverzögerung von A nach B.

Das Unternehmen *Rocket Lab* festigt durch seinen jüngsten Raketenstart die Marktführung im Bereich der Startdienste für Kleinsatelliten. (Artikel von Noah Schmitz. *kinéis.com 11.02.25, IT-Boltwise 11.02.25*)

Erstes Kulturfestival der Niue-Diaspora

Das erste „*Hologa Niue Festival*“ im *Due Drop Events Centre* im Aucklander Vorort Manukau am 22. Februar zog Niueaner*innen aus aller Welt an. Tausende im Ausland lebende Niueaner*innen feierten ihre traditionelle Atollkultur mit Musik, Gesang, Vorführungen und Essen. Delegationen aller 13 Dörfer von der kleinen Insel waren bei dem Festival vertreten.

Aufgrund der begrenzten Anzahl von Eintrittskarten für die Veranstaltungshalle stellten die Organisatoren von der „Three Star Nation“ eine große Leinwand vor dem Veranstaltungsort auf, so

dass das Festival auch von draußen verfolgt werden konnte.

Um den Niueaner*innen, die nicht nach Neuseeland reisen konnten, das Mitfeiern zu ermöglichen, wurde das Festival live im Internet gestreamt. Tausende Menschen verfolgten den Live-Stream und bedankten sich in den Kommentaren für die Organisation dieses ersten Festivals für alle Niueaner*innen, die in der Diaspora leben. Ein Zuschauer schrieb in seinem Kommentar, man habe auch im digitalen Raum erleben können, wie stolz die Menschen auf die traditionelle Kultur ihrer Heimatinsel seien.

Neben den Darbietungen gab es auch eine kulinarische Meile sowie Stände mit Kunsthandwerk. Voraussetzung war, dass alle Verkäufer*innen nur traditionelle lokale Produkte aus Niue anbieten durften.

Info: Die isoliert gelegene Koralleninsel Niue ist seit 1974 durch einen Assoziierungsvertrag mit Neuseeland verbunden. Das Atoll liegt 2.400 km nordöstlich von Neuseeland. Niue hat noch rund 1.784 Einwohner*innen. Eine starke Abwanderung nach Neuseeland hat die Einwohnerzahl seit 1966 um mehr als die Hälfte vermindert. Heute leben rund 24.000 Niueaner*innen in der Diaspora in Neuseeland. Sie sprechen eine eigene polynesischsprachige Sprache, das Niueanische. (*Pacific Media Network 24.02.25, Wikipedia,*
https://www.instagram.com/p/DGUT-fhKzJPu/?img_index=1)

**INDONESIEN
WESTPAPUA
TIMOR-LESTE**

Militär intensiviert Operationen

Indonesien: Das indonesische Militär (TNI) hat im Januar und Februar 2025 neue Truppen entsandt und die Operationen in den Bezirken Nduga, Pegunungan Bintang und Puncak intensiviert. Die Militäroperationen wurden Berichten zufolge in indigenen Gemeinden durchgeführt, was zu neuen internen Vertreibungen führte. TNI-Mitglieder sollen Wohnhäuser niedergebrannt und Militärposten in zivilen Gebäuden eingerichtet haben. Die erhebliche Intensivierung der Operationen hat bei Menschenrechtsorganisationen, lokalen Gemeinschaften und religiösen Gruppen Besorgnis ausgelöst, da die verstärkte Militärpräsenz neue interne Vertreibungen in den Gebieten ausgelöst hat.

Die Einsätze könnten Teil einer neuen Kampftaktik sein, die die TNI in Westpapua gegen die Nationale Befreiungsarmee West Papuas (TPNPB) anwenden will. TNI-General Agus Subiyanto kündigte Ende Januar an, seine Kriegsdoktrin grundlegend zu ändern, damit die TNI anpassungsfähiger und fähiger wird, den Guerillakrieg in Westpapua zu bewältigen. General Subiyanto erläuterte, dass die Änderungen technische Anpassungen, die Verbesserung der taktischen Fähigkeiten der Soldaten und die Modernisierung der Kampfausrüstung umfassen würden.

Die Einwohner*innen im Bezirk Puncak verurteilten die Stationierung zusätzlicher TNI-Truppen in

den Distrikten Sinak, Kembra, Bina und Pogoma in der Provinz Papua Tengah. Zwischen dem 5. und 11. Februar 2025 wurden Berichten zufolge indonesische Militärangehörige mit Hilfe von Militärhubschraubern in zehn Distrikten in Puncak stationiert. Der erste Abwurf erfolgte am 5. Februar im Dorf Batini im Bezirk Margebume. Etwa 450 Militärangehörige mit Kampfausrüstung wurden schrittweise ausgeflogen. Nach den eingegangenen Informationen führten TNI-Angehörige spontane Razzien durch, verhörten willkürlich Bewohner und errichteten Militärlager in Dörfern und in der Nähe von Plantagen. Außerdem warfen Militärhubschrauber Truppen im Bezirk Pogoma ab, wo sie Berichten zufolge eine Kirche besetzten und in einen Militärposten umwandelten. Die Nationale Menschenrechtskommission (Komnas HAM) hat die Nutzung von öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Bezirksämtern und Kirchen als Sicherheitsposten durch das indonesische Militär (TNI) und die Polizei in Westpapua verurteilt und erklärt, dass dies eine Menschenrechtsverletzung darstellt. In der gesamten Region übernahmen Militärangehörige die Kontrolle über Wälder, Plantagen und örtliche Schulen, was indigene Dorfbewohner*innen zur Flucht in die Wälder veranlasste und das zivile Leben lahmlegte. (*Human Rights Monitor 06.03.25*)

Protest gegen neues Programm „Free Lunch“

Indonesien: Präsident Prabowo Subianto neues Programm für kostenlose Mittagessen („Free Lunch Program“) an Schulen hat zu landesweiten Protesten in der

Provinz Westpapua geführt. Das Vorzeige-Projekt „Makanan Bergizi Gratis“ (MBG) der indonesischen Regierung hat im Februar auch Westpapua erreicht. Das Programm zielt darauf ab, landesweit zwei Millionen Schüler*innen zu erreichen, wobei eine groß angelegte Einführung für den 17. Februar 2025 geplant war.

Trotz seiner Umsetzung an den Schulen stößt das Programm auf den Widerstand der Zivilgesellschaft in Westpapua. Die Schüler*innen forderten bei ihren Protestaktionen kostenlose Bildung anstelle von kostenlosen Mahlzeiten, um die Bildungskrise zu bekämpfen, mit der Westpapua seit Jahrzehnten zu kämpfen hat. Darüber hinaus äußerten die Schüler*innen Bedenken hinsichtlich der Beteiligung des Militärs oder der Polizei an dem nationalen Essensprogramm.

Im konfliktbetroffenen Westpapua werden die kostenlosen Mittagessenszeiten in den Schulen von Mitgliedern des Militärs zubereitet und verteilt.

Am 3. Februar 2025 protestierten Hunderte von Schüler*innen in der Stadt Dekai, Yahukimo Regency, gegen Prabowos Projekt der kostenlosen Mittagsverpflegung. Zwei Wochen später, am 17. Februar 2025, hielten Schüler in ganz Westpapua friedliche Demonstrationen ab. Proteste fanden in Wamena, Jayapura, Sentani, Nabire, Timika, Yalimo und Dogiyai statt. Indonesische Polizeibeamte schüchtern die Demonstrierenden ein und verhafteten und misshandelten Schüler*innen auf offener Straße, wie Fotos von den Protesten zeigen.

Hintergrund: Das „Free Lunch“ Programm der Regierung richtet

sich vor allem an benachteiligte Kinder in öffentlichen Schulen auf dem Land und in ärmeren Regionen, um deren Ernährung zu verbessern und sicherzustellen, dass sie während des Schulalltages Zugang zu einer ausgewogenen und nahrhaften Mahlzeit haben. Ziel des Programms ist es, sowohl die Bildung als auch die Gesundheit von rund 80 Millionen Schulkindern zu fördern, indem es hilft, den Hunger zu bekämpfen. Hungerige Kinder können sich schlechter auf den Schulstoff konzentrieren und lernen weniger.

Das *Free Lunch Programm* ist Teil der breiteren politischen Anstrengungen des indonesischen Präsidenten, um die soziale Sicherheit und den Wohlstand im Land zu steigern. Von den kostenlosen Mahlzeiten sollen künftig auch schwangere Frauen profitieren.

Das Programm wird den indonesischen Staat rund 28 Milliarden US-Dollar pro Jahr kosten, wenn es vollständig implementiert ist. Der australische Thinktank „*Lowy Institute*“ sprach in einem Bericht von 6,7 Millionen Tonnen Reis, 1,2 Millionen Tonnen Hühnchen, 500.000 Tonnen Rindfleisch und vier Millionen Kiloliter frische Milch, die jährlich für das Programm benötigt würden.

(<https://humanrightsmonitor.org/news/president-probowos-school-lunch-program-triggers-protests-in-west-papua-police-officers-intimidate-arrest-and-ill-treat-protesters/>, Redaktionsnetzwerk Deutschland 13.01.25, <https://www.lowyinstitute.org/publications/indonesia-s-free-lunch-program-cooking-economic-change>, <https://www.cips-indonesia.org/post/the-free-nutritious-meal-program-more-than-just-a-meal>)

† Atmakusumah Astraatmadja

Indonesien: Der indonesische Journalist Atmakusumah Astraatmadja (geb. 20.01.1938, Banten) verstarb Anfang Januar im Cipto Mangunkusumo Central Public Hospital (RSCM) in Jakarta an Nierenversagen. Er wurde 86 Jahre alt.

„Pak Atma“ (so sein Spitzname) war 1968 Chefreporter und später leitender Redakteur der unabhängigen Tageszeitung „*Indonesia Raya*“. In den 1950er Jahren hatte die Zeitung unter dem Gründungsredakteur Mochtar Lubis über Korruption berichtet. Präsident Sukarno verbot sie deshalb 1958. Nach dem Ende von Sukarnos Herrschaft im Jahr 1966 nahm Lubis die Herausgabe der Zeitung 1968 wieder auf. Atma führte die Reporter bei der Aufdeckung von Fehlverhalten der Regierung an. Präsident Soeharto entzog ihr deshalb erneut 1974 die Presselizenzen.

Der rührige Journalist verfasste Essays über Pressefreiheit, die in 30 Publikationen abgedruckt wurden. Er hielt mehrere unangekündigte Vorträge über die Pressefreiheit an Universitäten. Die Vorträge wurden nicht angekündigt, um kein Aufsehen bei Polizei und Militär zu erregen. 1992 begann er, am Dr. Soetomo-Presseinstitut (LPDS) Journalismus zu unterrichten und wurde 1994 dessen Geschäftsführer.

Er ist Autor und Herausgeber von 12 Büchern. Seine jüngste Veröffentlichung heißt „*Membangun Pers Independen*“ (Building an Independent Press, Kompas, 2023). Darin berichtet er über die aktuellen Herausforderungen der Pressefreiheit und die Einschüchterung von Journalisten in

Indonesien.

Info: Atmakusumah erhielt im Jahr 2000 den *Ramon-Magsaysay-Preis* für Journalismus, Literatur und kreative Kommunikationskunst. Im Jahr 2023 ehrte ihn der Presserat mit seinem Preis für sein Lebenswerk.

Bei der Entgegennahme des Magsaysay-Preises sagte Atma, dass trotz der Presseverbote durch die Präsidenten Sukarno und Soeharto „*der Geist der Presse- und Meinungsfreiheit niemals stirbt*“. (*The Jakarta Post* 02.01.25, *Tapol* 07.01.25)

† Menschenrechtsaktivist Yones Douw

Westpapua: Am 2. Februar 2025 verstarb der papuanische Menschenrechtsaktivist Yones Douw in seinem Haus in Nabire, Provinz Zentral-Papua. Yones Douw setzte sich bis zu seinem Tod für den Schutz der Menschenrechte in Westpapua ein. Ein besonderes Anliegen waren ihm dabei der Schutz der Binnenflüchtlinge in Westpapua und die Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverbrechen. So war er auch an der gerichtlichen Aufklärung des Falls Paniai aus dem Jahr 2014 beteiligt, als dieser vor dem Menschenrechtsgericht in Massaker in der Provinz Südsulawesi verhandelt wurde.

Durch seinen mutigen Einsatz für Menschenrechte in Westpapua gefährdete Yones Douw selbst oft seine eigene Sicherheit. Er hat sich dennoch konsequent der Gewalt durch Sicherheitskräfte in Westpapua entgegengestellt und war eine wichtige Stimme im Einsatz für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in

Westpapua. (*Westpapua-Netzwerk* 10.02.25)

Politik in Südostasien

Timor-Leste: Mitte Februar trafen sich die Botschafter und andere hochrangige Politiker der ASEAN-Staaten und von Timor-Leste in Hanoi (Vietnam).

Die *Association of Southeast Asian Nations* (ASEAN) ist ein Staatenbündnis südostasiatischer Staaten, mit Hauptsitz in Jakarta (Indonesien). Die zehn Mitgliedsstaaten sind Laos, Thailand, Vietnam, Indonesien, die Philippinen, Brunei, Singapur, Malaysia, Kambodscha und Myanmar. Ziel des Treffens war es, die ASEAN-Gemeinschaft nachhaltig zu stärken. Aus Vietnams Sicht geschieht dies vor allem durch eine engere Zusammenarbeit der Diplomaten.

Die ASEAN-Staaten sehen Vietnam weiterhin als ein Vorbild in der Entwicklungspolitik und erhoffen sich, dass das so bleibt. Die Beziehungen zu China waren ebenfalls Verhandlungsthema. So schlug der vietnamesische Vize-Außenminister drei Kooperationsrichtungen vor. Er wolle, zusammen mit China, organisiertes Verbrechen wie Cyberkriminalität und Online-Betrug, sowie grenzüberschreitende Verbrechen besser bekämpfen. Außerdem wünscht er sich eine Vertiefung der Kooperation in Subregionen wie der Mekong-Region.

Timor-Leste (Osttimor) ist kein Mitgliedsstaat der ASEAN. Seit seiner international anerkannten Unabhängigkeit 2002 von Indonesien versucht Osttimor aber, Mitgliedsstaat der ASEAN zu werden. Aufgrund von Bedenken der Mitgliedsstaaten, was die politische und institutionelle Entwicklung

aber auch die Wirtschaftskraft des Staates anbelangt, wurden die Beitrittsgesuche bis jetzt immer abgelehnt. Im Jahr 2022 wurde Timor-Leste allerdings der Beobachter-Status bei ASEAN-Treffen gewährt. Osttimor arbeitet gerade an Reformen, um die Voraussetzungen für einen echten Beitritt zu erfüllen. (*Artikel von Noah Schmitz. vovworld.vn 14.02., 25.02.25, Adopted-Endorsed-Guidelines-for-the-Implementation-of-the-Observer-Status-Granted-to-Timor-Les.pdf August 2023*)

AUSTRALIEN

Verstoß gegen Menschenrechte

Ein UN-Ausschuss hat festgestellt, dass Australien gegen ein Menschenrechtsabkommen verstoßen hat, indem es eine Gruppe von Asylbewerbenden, darunter auch Minderjährige, auf der Insel Nauru festhielt, obwohl ihnen der Flüchtlingsstatus zuerkannt worden war.

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes kritisierte die Behandlung von Asylbewerber- und Flüchtlingskindern in dem Offshore-Flüchtlingscamp auf Nauru.

Der UN-Menschenrechtsausschuss, der den rechtsverbindlichen *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)* von 1966 überwacht, war gebeten worden, eine Beschwerde einer Gruppe von Flüchtlingen zu prüfen. Der Ausschuss kam zu dem Schluss, dass Australien gegen Artikel 9 (1) des *Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte* verstoßen hatte, der das Recht auf Freiheit von willkürlicher

Inhaftierung garantiert. Da die Minderjährigen nicht über eine wirksame Möglichkeit verfügten, die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung vor inländischen Gerichten anzufechten, stellte der Ausschuss außerdem fest, dass Australien gegen Artikel 9 (4) des ICCPR verstoßen hat, der das Recht von Personen, denen die Freiheit entzogen wurde, auf gerichtliche Geltendmachung ihrer Ansprüche garantiert.

Die Vereinten Nationen hatten bereits 2016 entschieden, dass die Einrichtung auf Nauru in die Zuständigkeit Australiens fällt. Sie forderten die Regierung auf, die Opfer zu entschädigen und sicherzustellen, dass sich ähnliche Verstöße nicht wiederholen. Der Ausschuss hat keine Befugnis, Staaten zu zwingen, seinen Entscheidungen Folge zu leisten. Dennoch haben seine Entscheidungen Auswirkungen auf das internationale Ansehen von Staaten.

„*Die Auslagerung von Operationen entbindet Staaten nicht von der Verantwortung*“, sagte UN-Ausschussmitglied Mahjoub El Haiba. „*Offshore-Gefangenenlager sind keine menschenrechtsfreien Zonen für den Vertragsstaat, der an die Bestimmungen des Paktes gebunden bleibt*“, hieß es weiter aus dem Ausschuss.

Das australische Innenministerium erklärte in einer Erklärung, die Bundesregierung habe immer die Position vertreten, dass „*Australien keine effektive Kontrolle über die regionalen Verarbeitungszentren ausübt. Nauru als souveräner Staat übt weiterhin die Gerichtsbarkeit über die regionalen Bearbeitungszentren (und die Personen, die diesen Zentren unterliegen) auf seinem*

Territorium aus“, heißt es in der Erklärung des Ministeriums.

Der Sprecher des Ministeriums erklärte, Australiens internationale Verpflichtungen gälten nicht für Personen, die sich „*außerhalb des australischen Hoheitsgebiets oder seiner tatsächlichen Kontrolle*“ befänden.

Hintergrund: Im Rahmen der australischen Einwanderungspolitik werden Menschen, die versuchen, das Land per Boot zu erreichen, seit 2013 zur so genannten „Offshore-Bearbeitung“ in Internierungszentren (*Regional Processing Centre*) wie z.B. Nauru geschickt.

Die Einsetzung des UN-Ausschusses geht auf eine Petition aus dem Jahr 2016 zurück, die von einer Gruppe von 24 Asylbewerbern aus dem Irak, Iran, Afghanistan, Pakistan, Sri Lanka und Myanmar eingereicht wurde, die 2013 bei dem Versuch, Australien per Boot zu erreichen, abgefangen wurden, als sie zwischen 14 und 17 Jahre alt waren.

Die Gruppe, die 2014 ohne Begleitung von der Weihnachtsinsel (australisches Territorium im Indischen Ozean) nach Nauru gebracht wurde, wurde in dem überfüllten Bearbeitungszentrum festgehalten, wo sie keinen Zugang zu ausreichend Wasser und medizinischer Versorgung hatten, so die UN-Erklärung. Fast alle Minderjährigen litten dort unter einer Verschlechterung ihres Wohlbefindens, einschließlich Gewichtsverlust, Selbstverletzung, Nierenproblemen und Schlaflosigkeit, hieß es.

Sie blieben in Nauru inhaftiert, auch nachdem allen bis auf einen aus der Gruppe der Flüchtlingsstatus zuerkannt worden war,

heißt es in der Erklärung.

Australien argumentierte, dass es keine Beweise dafür gebe, dass die angeblichen Verstöße innerhalb seiner Gerichtsbarkeit stattgefunden hätten, heißt es in der UN-Erklärung. Der Ausschuss kam jedoch zu dem Schluss, dass die Einrichtung auf Nauru in den Zuständigkeitsbereich Australiens fällt, da das Land am Bau und an der Finanzierung der Einrichtung beteiligt war.

Info: Mehrere europäische Länder wie das Vereinigte Königreich und Italien prüfen aktuell ebenfalls die Möglichkeit ähnlicher Vereinbarungen zur Auslagerung von Asylverfahren. In beiden Fällen scheiterte das Vorhaben jedoch an den Gerichten. Australiens Offshore-Verarbeitungspolitik und -Praktiken wurden von den Vereinten Nationen, Menschenrechtsgruppen und Flüchtlingen immer wieder kritisiert. Mindestens 12 Menschen sind bereits in den Lagern gestorben, darunter durch Misshandlung von Wachpersonal, medizinische Vernachlässigung und Suizid. Psychiater, die dort arbeiten, haben die Bedingungen als „*folterähnlich*“ beschrieben.

(Artikel von Julia Ratzmann und Clara Groth. ABC News 09.01.25, <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/01/australia-responsible-arbitrary-detention-asylum-seekers-off-shore-facilities>, <https://www.rnz.co.nz/news/pacific/538613/australia-responsible-for-nauru-detainees-un-human-rights-committee>, <https://www.theguardian.com/australia-news/2025/jan/10/australia-violated-rights-of-asylum-seekers-on-nauru-un-watchdog-rules>)

Partnerschaft im Bereich maritimer Infrastruktur

Papua-Neuguinea und Australien haben mit der Gründung einer *Joint Implementation Unit* (JIU) einen wichtigen Schritt zur Modernisierung der maritimen Infrastruktur von Papua-Neuguinea getan. Die Zusammenarbeit zwischen der australischen Infrastrukturfinanzierungsfazilität für den Pazifik (*Australian Infrastructure Financing Facility for the Pacific*, AIFFP) und der *PNG Ports Corporation* soll den Hafenbetrieb an wichtigen Standorten wie Kimbe, Oro Bay, Daru, Lae Tidal Basin und Kavieng revolutionieren.

Die JIU soll die Effizienz bei der Umsetzung der australischen Investitionen in Höhe von 966 Millionen Kina in die Modernisierung der Hafeninfrastruktur von PNG steigern.

Der neuguineische Minister für staatliche Unternehmen, William Duma, hob die JIU als Blaupause für künftige internationale Kooperationen hervor und forderte andere Sektoren auf, den Rahmen der JIU nachzuahmen. „*Ich möchte, dass der Rest des Landes dies als Modell betrachtet und es als Vorlage für die Verwendung von Geldern unserer Freunde in anderen Ländern verwendet*“, sagte er.

Duma hatte gemeinsam mit John Feakes, dem australischen Hochkommissar in Papua-Neuguinea, die neue JIU unterzeichnet. Er gab bekannt, dass der Nationale Exekutivrat noch in diesem Jahr die Bauarbeiten am Hafen von Kimbe (Neubritannien) genehmigen wird und der Baubeginn für das erste Quartal 2025 vorgesehen ist. „*Ich hoffe, dass wir durch die JIU und*

ähnliche Ansätze in PNG damit beginnen können, eine transformative Infrastruktur in den Bereichen Häfen, Energie und Telekommunikation zu schaffen“, erklärte der Hochkommissar.

Info: Die Partnerschaftsvereinbarung zwischen Australien und PNG gilt zunächst bis 2027. Hauptziel ist die Stärkung der (maritimen) Verkehrsinfrastruktur in Papua-Neuguinea.

(<https://apngbc.org.au/2025/png-australia-strengthen-maritime-infrastructure-partnership/> 02.01.25)

Gleichstellung der Geschlechter als Schlüssel für Außenpolitik

Die Gleichstellung der Geschlechter soll im Rahmen einer neuen internationalen Strategie der australischen Regierung in den Mittelpunkt der australischen Außenpolitik, Diplomatie, der Handels- und Hilfsprogramme rücken, so Außenministerin Penny Wong Anfang Februar in Canberra. Die Gleichstellung der Geschlechter sei ein „*stärkerer Indikator für den Frieden als der Reichtum oder das politische System einer Nation*“, sagte Wong in ihrer Rede auf einer Veranstaltung von *UN Women* im australischen Parlamentsgebäude.

Australiens neue Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter zielt darauf ab, die Rechte von Frauen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit zu schützen und die Sicherheit und finanzielle Eingliederung von Frauen zu verbessern.

„Überall auf der Welt sind Frauen mit sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt konfrontiert und haben weniger Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten“, erklärte Wong bei der Ankündigung der neuen

australischen Politik-Strategie. Zwei von drei Frauen im pazifischen Raum seien von körperlicher oder sexueller Gewalt betroffen, fügte sie hinzu. „*Einige werden versuchen, diese Strategie als 'Sonderinteresse' zu delegitimieren... Die Gleichstellung der Geschlechter ist aber eine Angelegenheit von nationalem Interesse*“, erklärte sie in ihrer programmatischen Rede.

Australien stellt bereits jetzt 40 % der finanziellen Gesamthilfen für die pazifische Inselregion bereit und hat bereits eine Politik, die bei der Unterstützung von neuen Hilfsprojekten ab einem Investitionsvolumen in Höhe von mehr als 3 Millionen AUD Gleichstellungsziele vorschreibt. Im Rahmen seiner neuen Strategie wird Australien weitere 30 Mio. AUD ausgeben, um pazifische Nichtregierungsorganisationen stärker dabei zu unterstützen, geschlechtsspezifische und soziale Eingliederungsziele in ihre Programme aufzunehmen, so die Außenministerien unter dem Beifall der Anwesenden.

(<https://www.fbcnews.com.fj/world/australia-makes-gender-equality-key-to-foreign-policy-and-aid/> 05.02.25)

Pflegekräfte aus Papua-Neuguinea

Der Gouverneur der Provinz East Sepik (Papua-Neuguinea), Allan Bird, hat drei Altenpflegerinnen aus dem Sepik kurz vor ihrer Ausreise nach Australien in seinem Büro empfangen.

Die drei jungen Frauen sind am 20. Januar nach Sydney geflogen, wo sie einen Vierjahres-Vertrag in der Altenpflege erhielten. Es handelt sich bei den Frauen um Pionierinnen bei dem Bemühen der australischen Regierung, den

Fachkräftemangel in der Altenpflege mit Kräften aus den pazifischen Anrainerstaaten zu beheben.

„*Dies ist ein sehr stolzer Tag für mich persönlich*“, sagte Gouverneur Bird. „*Ich hatte die Ehre, unsere ersten drei jungen Sepik-Frauen zu verabschieden, die in der Altenpflege in Sydney arbeiten werden. Sie haben sich einer strengen Prüfung durch die Labor Mobility Unit (LMU) des Finanzministeriums unterzogen und Arbeitgebergespräche erfolgreich bestanden, um sich diese Chance zu sichern*“, erläuterte der Gouverneur das Auswahlverfahren.

Der Gouverneur erklärte, er habe sich dafür eingesetzt, dass die Ausbildung zur Krankenschwester in seiner Provinz den Schwerpunkt Altenpflege hat. Zukünftig könnten so noch mehr gut ausgebildete Krankenschwestern aus der Provinz Sepik eine Stelle in Australien annehmen. Dies böte den jungen Frauen eine große Chance, so der Gouverneur. Er bedankte sich bei der Labour Mobility Unit, dem Sepik Labor Mobility Team, den zukünftigen australischen Arbeitgebern und der australischen Regierung für diese Chance.

Info: Von den drei Frauen haben zwei eine Ausbildung als Krankenschwester: eine hat einen Abschluss von der Krankenpflegeschule in Boram und die andere vom Kaindi-Campus der *Divine Word University*. Die dritte Frau ist Grundschullehrerin. (*PNG Business News* 27.01.25)

SPORT**Palau und Nauru wollen mehr Gleichberechtigung**

Palau/Nauru: Die Gleichstellung der Geschlechter im Sport soll in den mikronesischen Staaten Palau und Nauru mit dem Projekt „*Raising Innovative Sport Enablers*“ (RISE) verbessert werden.

Die Generalsekretärin des Nationalen Olympischen Komitees von Palau (PNOC), Baklai Temengil, erklärte: „*Das RISE-Projekt ist eine Partnerschaft zwischen dem PNOC, dem Nationalen Olympischen Komitee von Nauru und dem von der australischen Regierung unterstützten Programm ‚Pacific Women Lead at the Pacific Community‘.*“

Temengil meinte, das Projekt sei ein entscheidender Baustein für Länder, die daran arbeiten, eine vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) festgestellte Lücke zu schließen - den Bedarf an mehr weiblichen Führungskräften in Entscheidungspositionen in der Verwaltung und im technischen Bereich, wie z. B. als Trainerinnen, Kampfrichterinnen und Chefs de Mission. Sie betonte: „*Bei den Olympischen Spielen 2020 in Tokio und 2024 in Paris lag der Anteil der weiblichen Trainer bei 13 %.*“

Das IOC möchte weltweit den Anteil weiblicher Führungskräfte im Sport auf 30 % steigern. (*Palau Island Times 28.02.25*)

NFL expandiert in den Pazifik

USA: In der Superbowl-Nacht vom 10. auf den 11. Februar deklassierten die *Philadelphia Eagles* die amtierenden Champions aus *Kansas City*. In den USA selbst lag die Einschaltquote bei 126 Millionen Zuschauern; weltweit belaufen sich die Schätzungen auf weitere 76 Millionen- so viele Menschen wie noch nie.

American Football wird, wie viele andere Sportarten auch, weltweit immer populärer. Außerhalb der USA gab es schon Spiele der National Football League (NFL) in London, München oder Sao Paolo. Weitere Partien sollen in Frankfurt, Berlin, Madrid oder Australien stattfinden.

2026 wird erstmals ein NFL-Spiel in Melbourne (Australien) ausgetragen. Es soll der Beginn einer langen Zusammenarbeit zwischen der NFL und der Metropole Melbourne sein. Die Liga kündigte bereits eines der beiden beteiligten Teams an: die *LA Rams*. (*Artikel von Noah Schmitz, Sky Sport 05.02.25*)

Notruf auf offener See

Australien: Am 28. Februar erreichte der Hilferuf eines litauischen Ruderers die australischen Behörden. Der Mann namens Aurimas Mockus meldete sich bei der *amsa*, der *Australian Maritime Safety Authority*, weil er ca. 700 Kilometer vor der Küste Australiens auf einen Wirbelsturm zu ruderte.

Aurimas Mockus ist nicht nur ein verirrter Ruderer, sondern Extremsportler. Er setzte sich das Ziel, allein in seinem ca. 8 Meter langem Hightech-Kanu den Pazifik zu überqueren. Er stach im

Oktober 2024 in San Diego in See und wollte erst nach über 12.000 Kilometern im australischen Brisbane wieder einen Fuß an Land setzen. Daraus wurde nichts. Der 44-jährige Litauer wurde mittlerweile von einem Rettungsschiff der *amsa* evakuiert und ist bei guter Gesundheit. Seine Reise wird er nicht beenden können.

Der Brite Peter Bird hatte 1982/83 als erster Ruderer ohne Zwischenstopp den Pazifik überquert, bis er ebenfalls in Seenot geriet und gerettet wurde. Seine Reisezeit betrug 294 Tage. Von Sportrichtern und Mitgliedern der *Ocean Rowing Society* wurde seine Pazifik-Überquerung, aufgrund der Nähe zum Ziel, dennoch als Erfolg gewertet. Diese Leistung verschaffte ihm auch einen Platz im Guinness Buch der Rekorde.

Aurimas Mockus wäre der neue Rekordhalter gewesen, wenn er die fehlenden 700 Kilometer innerhalb von 22 Tagen zurückgelegt hätte. Der Zyklon „Alfred“, der ihm zum Verhängnis wurde, ist nach 50 Jahren der erste Wirbelsturm dieser Größenordnung, der die dicht besiedelte Küstengegend um Brisbane erreichte. (*Artikel von Noah Schmitz. Der SPIEGEL 02.03.25, www.comeon.de 03.03.25*)

Vom Gefängnis auf den Golfplatz

Australien: Der australische Golfer Ryan Peake hat die *104. New Zealand Open* gewonnen. Das Golfturnier, bei welchem dem Gewinner knapp über 100.000 € winken, fand vom 27.02. bis zum 02.03.2025 im Millbrook Resort in Queenstown statt. Es war der erste größere Titelgewinn für Peake.

Das Besondere bei diesem Titelgewinn: Der 1994 geborene Ryan

Peake verbrachte zwischen 2014 und 2019 fünf Jahre im Gefängnis. In seiner Jugend galt er zwar als vielversprechendes Golftalent und spielte unter anderem mit Golf-Superstar Cameron Smith (über 100 Mio \$ Preisgelder) zusammen. Grund für den Gefängnisaufenthalt waren jedoch verschiedene Verbrechen, die Peake als Mitglied einer gewalttätigen Motorrad-Gang beging.

Seit seiner Entlassung 2019 arbeitete der Golfer an seinem Profi-Comeback. Sein Erfolg bei den *New Zealand Open* ließ ihn im Golf-Weltranking von Platz 1.215 auf Platz 432 aufsteigen. Außerdem sicherte ihm seine Leistung einen Platz bei der *153. Open Championship* in Royal Portrush. Die *Open Championship* oder auch *British Open* ist das älteste Golfturnier der Welt und einer der 4 Grand-Slams im Golfsport.

Ryan Peake gewann die *New Zealand Open* mit 261 Schlägen und einem Schlag Vorsprung vor seinem Kontrahenten Kazuki Higa aus Japan. (Artikel von Noah Schmitz. www.thesportsgrail.com 03.03.25, *Der SPIEGEL* 03.03.25)

„TOK BILONG PASIFIK“

Hässlichster Rasen der Welt

Neuseeland: Ein Rasen in Canterbury/Neuseeland hat den Preis für den „hässlichsten Rasen der Welt 2024“ gewonnen.

Dieser Preis wird seit 2023 jährlich von der Verwaltung der schwedischen Insel Gotland vergeben. Auch wenn der Preis zunächst komisch klingt, gibt es einen ernstesten Hintergrund: den Klimawandel.

Laut einer Studie des Copernicus-Klimadienstes war 2024 das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Ein riesiges Problem infolge des Klimawandels sind Dürren und Wasserknappheit. Es wird geschätzt, dass die urbane Wasserknappheit 2050 zwischen 1,7 und 2,4 Milliarden Menschen betreffen wird. Zum Vergleich hatten 2016 etwa 930 Millionen Stadtbewohner*innen dieses Problem.

Der Preis soll auf diese Problematik aufmerksam machen. Er prangert an, dass es nicht mehr zeitgemäß ist, Unmengen an Wasser für heimische Gärten zu nutzen, nur um diese ansehnlicher wirken zu lassen. Diese Meinung teilt vermutlich auch die Schauspielerin Shailene Woodley, die als Botschafterin der Initiative aktiv ist.

Mit dem Preis ausgezeichnet werden die Menschen, die ihre ästhetischen Ambitionen in Bezug auf die Schönheit ihres Rasens verdrängen und damit den kostbaren Grundwasserpegel schonen. Im Jahr 2024 war das die Neuseeländerin Leisa Elliott. (Artikel von Noah Schmitz. *t-online* 11.01.25)

Seltener Strandfund

Neuseeland: In Neuseeland gab es für ein internationales Forscherteam im Dezember letzten Jahres die Möglichkeit, einen Bahamonde-Schnabelwal zu sezieren. Der Wal wurde im Juli 2024 an die Küste der Südinsel, nahe des Ortes Dunedin, tot angespült. Eine Lebendsichtung eines Bahamonde-Schnabelwals in freier Wildbahn gab es bisher noch nicht. Bislang wurden auch nur wenige Exemplare wissenschaftlich untersucht.

1874 wurden erstmalig Zähne und Kiefertile eines *Mesoplodon traversii* – wie der Schaufelzahn-Schnabelwahl wissenschaftlich genannt wird - gefunden. Das erste Mal wurden 2010 zwei lebendige Exemplare gesichtet. Ein Weibchen und ihr Kalb wurden an der Küste der Nordinsel angespült, verstarben dann aber schnell.

Bei der Untersuchung des 1,3 Tonnen schweren Kadavers waren auch Vertreter*innen der neuseeländischen Maori dabei, um sicherzustellen, dass dem Tier auch nach dem Tod noch genügend Respekt entgegengebracht wird. Die indigenen Maori gehen von einer direkten Verwandtschaftsline zwischen sich und den Walen aus und sehen diese als ihre Vorfahren an.

Das Skelett des Bahamonde-Schnabelwals soll nun in einem Museum ausgestellt werden.

(Artikel von Noah Schmitz. *Zeit online* 03.12.24)

Größte bekannte Koralle der Welt entdeckt

Salomonen: In den Gewässern der Salomon-Inseln wurde im November letzten Jahres die größte bekannte Koralle der Welt entdeckt. Mit einem Umfang von 183 Metern ist der gigantische, viel-farbige Organismus ein kompliziertes Netzwerk aus einzelnen Korallenpolypen, die zwischen 300 und 500 Jahren gewachsen sind. Die Koralle ist sogar aus dem Weltraum zu erkennen.

Die wuchernde Koralle wurde von Wissenschaftler*innen des *National Geographic Pristine Seas Teams* während einer Expedition zu den Salomonen in der als „Korallendreieck“ bekannten Region im westlichen Pazifik entdeckt.

Meeresökologe Enric Sala, Forscher bei National Geographic und Gründer von Pristine Seas, erklärte: *„Dies ist eine bedeutende wissenschaftliche Entdeckung, als hätte man den höchsten Baum der Welt gefunden. Aber es gibt auch Grund zur Sorge. Trotz ihrer abgelegenen Lage ist diese Koralle nicht vor der globalen Erwärmung und anderen menschlichen Bedrohungen sicher.“*

Ronnie Posala, die Fischereibeauftragter des Fischereiministeriums der Salomonen, erklärte: *„Die Mega-Koralle unterstreicht die Bedeutung unseres Ozeans, der unsere Gemeinschaften, unsere Traditionen und unsere Zukunft erhält.“*

Info: Die meist braune Koralle *Pavona clavus* mit ihren leuchtenden Gelb-, Blau- und Rottönen ist ein Zufluchtsort für eine Vielzahl von Meeresbewohnern, darunter Fische, Krebse und Garnelen.

Im Gegensatz zu einem Korallenriff, das ein Netzwerk aus vielen Korallenkolonien ist, handelt es sich hier um eine eigenständige Koralle, die ununterbrochen aus Polypen gewachsen ist, die von Larven abstammen, die sich auf dem Meeresboden niederließen und sich im Laufe der Jahrhunderte in Millionen anderer genetisch identischer Polypen vermehrten. Die Koralle ist 34 Meter breit, 32 Meter lang und mehr als fünf Meter hoch.

Trotz ihrer Größe war die Koralle noch nie dokumentiert worden, da die örtlichen Fischer sie im Laufe der Jahre möglicherweise mit einem Felsbrocken verwechselt hatten. (*National Geographic 14.11.24. Life Science 15.11.24*)

Hawaiian Airlines-Mitarbeiterin wegen Tätowierung gekündigt

Hawai'i: Der aus Amerikanisch-Samoa gebürtigen Stewardess Tracy Sialega-Fili ist wegen einer traditionellen samoanischen Hand-Tätowierung zum 31. Dezember 2024 gekündigt worden. Sialega-Fili arbeitete fast vier Jahre lang für die Fluggesellschaft *Hawaiian Airlines*, wurde aber gekündigt, nachdem sie sich im Mai 2024 zu Ehren ihres schwer erkrankten Vaters tätowieren ließ. Sie hatte sich ein *Tualima*, eine traditionelle Handtätowierung, auf die Oberseite ihrer linken Hand und die fünf Fingerknöchel stechen lassen.

Hintergrund: Das *Tualima* ist ein wichtiger Teil der samoanischen Kultur und steht für Abstammung und Familie. Für die samoanische Diaspora in den USA hat es eine noch speziellere Bedeutung - eine Bestätigung der Identität als *Pacific Islander* und eine Hommage an das Heimatland der Vorfahren. *„Bei mir geht es insbesondere um die Reise meines Vaters mit seinen gesundheitlichen Problemen sowie um meine persönliche Reise, auf der ich mich um ihn während seiner Erkrankung gekümmert habe“*, erläuterte die Ex-Stewardess die Bedeutung des Hand-Tattoos.

Die Fluggesellschaft rechtfertigte die Kündigung mit ihren Unternehmensregeln. Mitarbeitende mit Kundenkontakt dürften keine öffentlich sichtbaren Tattoos tragen für den Fall, dass Kund*innen empfindlich auf kulturelle Tattoos reagieren. Sialega-Fili erklärte, sie habe diese Regel gekannt und entsprechend Handschuhe und Make-up getragen. Im Zuge ihrer Kündigung rief sie zu mehr

Respekt gegenüber den traditionellen Werten der samoanischen Kultur auf.

Die Entlassung hat in den USA eine öffentliche Debatte über kulturelle Aneignung ausgelöst, insbesondere in Hawai'i, wo polyne-sische Tätowierungen eine wichtige Rolle auch in der Kultur der indigenen Hawaier*innen spielen.

Brisant ist, dass *Hawaiian Airlines* erst vor kurzem alle seine Flugzeuge auf den Seitenwänden mit dem stark tätowierten mythischen Halbgott Maui hatte bemalen lassen. (*Radio New Zealand 25.12.24*)

Erster Elektrobus

Nauru: Die Republik Nauru hat Ende letzten Jahres den ersten Elektrobus (E-Bus) im Distrikt Yaren in Betrieb genommen. In seiner Rede zur Inbetriebnahme erklärte Minister Asterio Appi: *„Es ist ein Privileg, diesen historischen Meilenstein zu feiern - die Inbetriebnahme der ersten Elektrobusse und Ladestationen in Nauru im Rahmen der SMARTEN-Initiative.“*

Bei der SMARTEN-Initiative der Regierung geht es darum, die Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen zu verringern, die Energieeffizienz zu verbessern und die langfristigen Klimaziele im Einklang mit dem nationalen Energiefahrplan zu unterstützen.

Kevin Petrini, stellvertretender Vertreter des UNDP-Pazifikbüros für den Nordpazifik, beglückwünschte alle Partner und betonte die Rolle des SMARTEN-Projekts bei der Förderung der Energiewende in Nauru.

Der E-Bus trägt folgende Aufschrift an den Seitenwänden: „Rangaen ngabumine dogin apwiejeta jaran - Heute sparen, um morgen Strom zu haben.“

Info: Das Projekt „Supporting Mainstreamed Achievement of Roadmap Targets on Energy in Nauru“ (SMARTEN) ist eine Partnerschaft zwischen der Regierung von Nauru über das Department of Climate Change and National Resilience (DCCNR), dem Pazifik-Büro des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und der Global Environment Facility (GEF). (*Islands Business* 24.12.25, <https://www.undp.org/pacific/press-releases/clean-wheels-nauru-launches-its-first-electric-bus>)

IN MEMORIAM

† Sir Julius Chan Politiker und Staatsmann

Papua-Neuguinea: Am 30. Januar verstarb in seinem Haus in Huris (Provinz Neuirland) der 85-jährige Sir Julius Chan. Seit 2007 war Chan Gouverneur der Provinz Neuirland (Papua-Neuguinea) und saß trotz seines hohen Alters für seine Provinz noch im Nationalparlament.

Chan wurde als Sohn des chinesischen Geschäftsmanns Chin Pak und der einheimischen Papua-Neuguineerin Miriam Tinkoris am 29. August 1939 auf den Tanga-Inseln (Neuirland) geboren. Er wurde am Maristen-College Ashgrove in Australien erzogen und war erstmals in den 1960er Jahren in Papua-Neuguinea politisch tätig. Hier war er dreimal stellvertretender Premierminister (1976,

1985, 1986) und zweimal Finanzminister (von 1972 bis 1977 und von 1992 bis 1994). In seiner ersten Amtszeit als Finanzminister machte sich Chan um die Schaffung der Zentralbank (Central Bank) und der einheimischen Währungen „Kina“ und „Toea“ verdient.

1976 war er Industrieminister und 1994 Außen- und Handelsminister. 1970 wurde Chan Vorsitzender der *People's Progress Party*. Er wurde 1981 von der britischen Königin Elisabeth II. für seine politischen Verdienste rund um die Unabhängigkeitserklärung von PNG im September 1975 geadelt. Von 1980-1982 und von 1994-1997 war Chan Premierminister von PNG.

Sir Julius Chan spielte eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik und der Staatsführung des Landes sowie beim Übergang von der Kolonialherrschaft zur Selbstverwaltung 1975.

Anlässlich des Todes von Chan hatte Premier James Marape eine einwöchige Staatstrauer sowie ein Staatsbegräbnis angeordnet. Das Beerdigungsprogramm umfasste eine öffentliche Gedenkfeier und kulturelle Veranstaltungen am 1. Februar im Rahmen des New Ireland Community Programme am Kopkop College in der Hauptstadt Port Moresby. Am Sonntag, 2. Februar, fanden das Staatsbegräbnis und das nationale *Haus Krai* statt, gefolgt von einem Staatsbegräbnisgottesdienst in der St. Mary's Cathedral und dem Haus Krai im Sir John Guise Stadion. Es gab außerdem Gedenkfeiern, kulturelle Darbietungen und Ansprachen von führenden Politikern des Landes, darunter Premierminister Marape. Das Haus Krai wurde vom

Gouverneur des National Capital District, Powes Parkop, ausgerichtet und bot allen Menschen die Gelegenheit, Julius Chan die letzte Ehre zu erweisen.

Sir Julius Chan (Spitzname „Sir J.“) hinterlässt seine Frau Lady Stella Chan und seine Kinder Vanessa, Byron, Mark und Toea- letzterer benannt nach der von ihm geschaffenen PNG-Währung.

Info: 2016 hatte Chan seine Autobiographie mit dem Titel „Playing the Game“ an der University of Queensland veröffentlicht. (*ABC News, Post-Courier* 30.01.25, *PNG Business News* 04.02.25, <https://www.lowyinstitute.org/the-interpreter/sir-julius-chan-png-s-last-man-standing>, *Wikipedia*)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Redaktionelle Mitarbeit: Noah Schmitz

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.
Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE
und
Mission
EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelischen Kirche im Rheinland
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de